

122. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. Juli 2003, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	9123	Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 14/13021)
Interpellation der Abg. Maget, Narnhammer, Hirschmann u. a. u. Frakt. (SPD)		und
Mehr Rechte für Kinder – zur Situation der Rechte für Kinder in Bayern (Drs. 14/12738)		Antrag der Abg. Gartzke, Naaß, Dr. Ritzer u. a. (SPD)
Frau Narnhammer (SPD)	9123, 9132	Gesamt-S-Bahnausbau in der Metropolregion Nürnberg (Drs. 14/12168)
Unterländer (CSU)	9124	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 14/12894)
Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9126	und
Frau Hirschmann (SPD)	9129	Antrag der Abg. Kaul, Schweder u. a. (CSU)
Frau Dr. Fickler (CSU)	9130	Entwicklung Nürnbergs zu einer Metropolregion (Drs. 14/12773)
Frau Staatsministerin Stewens	9133	Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 14/13016)
Persönliche Bemerkung nach § 110 GeschO		Dr. Scholz (SPD)
Heike (CSU)	9137	Frau Schweder (CSU)
Antrag der Abg. Leichtle, Strasser, Güller u. a. (SPD)		Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fördermittel für das Klinikum Augsburg (Drs. 14/11593)		Staatsminister Dr. Schnappauf
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/12945)		Beschluss zum SPD-Antrag 14/12168
Güller (SPD)	9138	9145
Meyer (CSU)	9138	Namentliche Abstimmung zum SPD-Antrag 14/12166 (s. a. Anlage 2)
Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9139	9145, 9156, 9167
Leichtle (SPD)	9139	Beschluss zum CSU-Antrag 14/12773
Strehle (CSU)	9140	9156
Werner Schieder (SPD)	9140	Antrag der Abg. Steiger u. a. (SPD)
Frau Staatsministerin Stewens	9141	Sonderförderprogramm Oberfranken (Drs. 14/12169)
Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 1)	9141, 9149, 9165	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 14/12948)
Antrag des Abg. Gartzke u. a. (SPD)		Dr. Rabenstein (SPD)
Metropolregion Nürnberg und Trendszenarien der Raumentwicklung in Deutschland und Europa (Drs. 14/12166)		Rudrof (CSU)
		Frau Götte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
		9146
		9148
		9150

Nadler (CSU)	9152	Abschluss der Legislaturperiode	
Staatsminister Dr. Schnappauf	9153	Präsident Böhm	9156, 9161, 9163
Maget (SPD)	9155	Maget (SPD)	9159
Staatsminister Huber	9155	Ministerpräsident Dr. Stoiber	9161
Beschluss	9156		
Schluss der Tagung und Einsetzung eines Zwischenausschusses			
Beschluss (s. a. Anlage 3)	9156, 9169	Schluss der Tagung	9164

(Beginn: 9.03 Uhr)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 122. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 26

Interpellation der Abgeordneten Maget, Narnhammer, Hirschmann und anderer und Fraktion (SPD)

Mehr Rechte für Kinder – zur Situation der Rechte für Kinder in Bayern (Drucksache 14/12738)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt 30 Minuten pro Fraktion. Gemäß § 70 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung hat in der Aussprache die interpellierende Fraktion das erste Wort. In diesem Fall ist also zunächst einer Rednerin bzw. einem Redner der SPD-Fraktion das Wort zu erteilen. Das Wort hat Frau Narnhammer.

Frau Narnhammer (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Mit unserer Interpellation „Mehr Rechte für Kinder – zur Situation der Rechte für Kinder in Bayern“ wollten wir eine aktuelle und vor allem aussagekräftige Bestandsaufnahme der Lebenssituation von Kindern in Bayern erstellt wissen. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei den Verantwortlichen in der Verwaltung für die Beantwortung. Vor allem bedanke ich mich dafür, dass es gelungen ist, die Interpellation noch in dieser Legislaturperiode zu behandeln.

Das umfangreiche Material ist, denke ich, eine gute Grundlage für zukünftige politische Initiativen. Mit unserer Großen Anfrage wollen wir zur Verbesserung der Lebenssituation unserer Kinder in Bayern beitragen. Unsere Fragen beinhalten Bereiche wie die Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungssituation. Wir fragen aber auch nach Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Familien, zur Wohnsituation und zu Spielmöglichkeiten. Ein Abschnitt widmet sich der seelischen und körperlichen Gesundheit, der Umweltsituation sowie dem Thema „Kinder als Verkehrsteilnehmer“.

Meine Damen und Herren, dass Kinder zu häufig Opfer von Straftaten werden, ist leider eine traurige Tatsache. Auch zu diesem Thema haben wir Daten erfragt.

Ein sehr wichtiges Kapitel der Interpellation ist die Teilhabe von Kindern am demokratischen System und am öffentlichen Leben. Wir fragten nach Kinderbeauftragten und nach der Prüfung von Kinderfreundlichkeit. In Erfahrung bringen wollten wir auch den aktuellen Stand der Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen.

Ein immer wichtigeres Thema ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Medien, beispielsweise vor jugendgefährdenden Inhalten im Internet, sowie der Umgang mit Konsum.

Die Fragen im zweiten Teil der Interpellation zielen darauf ab, welche Rechte unseren Kindern zugestehen sind, damit sie aktiv und mitgestaltend in ihre Lebenswelt eingreifen können. Wichtig war uns auch, in Erfahrung zu bringen, ob unsere Kinder in Bayern überhaupt ihre zehn wichtigsten Rechte kennen. Denn, so meinen wir, Kinder haben Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für ihr Wohlergehen notwendig sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Maßnahmen öffentlicher und privater Einrichtungen, die Kinder betreffen, muss das Wohl des Kindes Vorrang haben. So steht es jedenfalls sinngemäß in der Grundrechtecharta der Europäischen Union. Doch leider müssen wir in Bayern feststellen, dass die Rechte von Kindern bei großen Teilen der CSU nicht in guten Händen sind. Die Staatsregierung zeigt für die Nöte aller anderen Gesellschaftsschichten in unserem Bundesland mehr Sensibilität als für die der Schwächsten, nämlich unserer Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere daran, dass die CSU-Regierung das Recht des Kindes auf gewaltfreie Erziehung, das die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, als einziges Land in der Bundesrepublik nicht unterstützt hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie nehmen den Mund in Sonntagsreden immer recht voll. Aber wenn es um das Handeln geht, drücken Sie sich.

Bestes Beispiel in dieser Woche ist dazu wieder die angelaufene bundesweite Kampagne „Mein Kind ist unschlagbar“. Ich denke, das ist ein hervorragender Titel. Aber da stellen sich dann Mitglieder der Staatsregierung hin und lassen sich mit Medienberühmtheiten fotografieren. Damit wollen sie suggerieren, dass auch sie dafür sind. Es kann ja sein, dass sie im Herzen dafür sind. Aber bisher habe ich nichts anderes als Schaufensterveranstaltungen erlebt.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist wirklich konkretes Handeln gefragt.

Allein in Bayern, so konnte man lesen, registrierte das Landeskriminalamt 3635 Fälle gefährlicher und schwerer Körperverletzung gegenüber Kindern, 9518 Fälle vorwiegend leichter Körperverletzung, 2958 Fälle sexuellen Missbrauchs von Kindern. Ich denke, diese Zahlen zeigen, dass Appelle und Pressemitteilungen allein nicht ausreichen. Unterstützung der gewaltfreien Erziehung wäre ein richtiges Signal.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gleiche Trauerspiel mussten unsere Verhandlungsführerinnen und -führer auch erleben, als es bei der nun Gott sei Dank auf den Weg gebrachten Verfassungsänderung um die Auf-

nahme der Kinderrechte ging. Wir wollten damit die Rechtsstellung des Kindes als Grundrechtsträger mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen gestärkt wissen, – natürlich nicht auf Kosten des Elternrechts. Unser Grundsatz aber muss sein: Wenn es Kindern gut geht, und zwar nicht nur materiell, geht es auch den Familien gut. Umgekehrt ist das leider nicht immer der Fall.

Ich möchte hier nochmals ausdrücklich unseren Mitgliedern in der Verhandlungskommission, Anne Hirschmann, Klaus Hahnzog, Harald Güller, Helga Schmitt-Bussinger, danken, dass es ihnen gelungen ist, vom „Regelungsgegenstand“ Kind wegzukommen und zu einer Subjektstellung des Kindes zu gelangen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich meine, auch die Staatsregierung braucht Nachhilfe in Sachen Demokratie.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Prozessen in Bayern ist kein Kinderspiel. Die Bundesregierung hat schon lange einen Anstoß zur Umsetzung von Beteiligungsmodellen für unsere Kinder gegeben. Diese Initiative könnte Bayern in Kindertagesstätten, Schulen und Kommunen umsetzen. Aber auch hier spricht die Bayerische Staatsregierung mit gespalteener Zunge. In der Antwort der Staatsregierung auf unsere Interpellation wird betont, wie wichtig und gleichzeitig wie vielfältig Einflussnahme und Gestaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Prozessen vornehmlich in deren ursprünglichen Lebenswelten sind. Auf der anderen Seite ist aber die Regierung vehement gegen die Einsetzung von Kinderparlamenten auf der unteren und mittleren Ebene, ganz zu schweigen von der höheren Entscheidungsebene. Auch verhindert die Mehrheit hier in diesem Hause seit Jahren konsequent die Einsetzung von Kinderbeauftragten.

Ich meine aber, Politik und Gesellschaft brauchen mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, weil sie nämlich ein grundlegender Teil unserer Demokratie und ein wichtiges Element für ihren weiteren Bestand ist.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es für mich sehr enttäuschend, wenn die Staatsregierung in der Beantwortung unserer Interpellation zwar wieder betont, dass die Partizipation wichtig ist, aber keine konkreten Zahlen nennen kann, nämlich wie, wann und wo Partizipation von Kindern in Bayern überhaupt stattfindet. Ich zitiere dazu aus der Beantwortung der Interpellation: „Die Bayerische Staatsregierung verfügt über keine Informationen, in wie vielen und welchen Kommunen es welche konkreten Einrichtungen zur Beteiligung von Kindern am öffentlichen Leben gibt.“ Im Klartext heißt das, dass es dem Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürger überlassen bleibt, ob Kinder an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Das heißt, der Staatsregierung ist es egal, ob sie beteiligt werden. Auch dies geht aus der Antwort hervor. Die Initiative und

Verantwortung wird wieder einmal auf die Kommunen abgeschoben. Von vorn bis hinten kann man in der Antwort lesen: „Die Staatsregierung geht davon aus ...“, „Bayern ist Spitze ...“; aber wenn es um konkretes Handeln geht, ist leider Gottes Fehlzanzeige.

Ein anderes Kapitel ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Wie wir wissen, wollen immer mehr junge Familien dies tun. Aber davon sind wir in Bayern noch weit entfernt. Es gibt nach wie vor kein Gesamtkonzept für Kinderbetreuung. Hier wird gerade mal das Notwendigste getan. Das heißt dann so schön „bedarfsgerecht“. Und die 313 Millionen €, die natürlich in der Interpellation auch wieder auftauchen, die immer wieder durch die Lande geistern, sind zwar schön und äußerst notwendig, aber, bitte schön, nicht vergessen, dass die Kommunen fast noch einmal genauso viel drauflegen müssen, damit die Kindertagesbetreuung funktioniert. Dann möchte ich auch daran erinnern, dass diese 313 Millionen € auf einen Zeitraum von fünf Jahren gestreckt sind.

Die Staatsregierung kündigt an, was doch alles getan wird. Aber, wie in so vielen Bereichen, die Kommunen müsstens richten. Und sie werden dann finanziell allein gelassen. Ich nenne nur das Stichwort „Mittagsbetreuung“.

Meine Damen und Herren, wir brauchen für Bayern ein Netzwerk der Kinderbetreuungseinrichtungen. Eltern müssen an einer Stelle verlässliche Auskunft bekommen können, zum Beispiel in einem Kinderbüro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Interpellation zeigt, wie wichtig ein regelmäßiger Kinderbericht der Staatsregierung wäre, um aktuell und detailliert über die Lebenssituation bayerischer Kinder informiert zu sein und so zu ihrer Verbesserung beitragen zu können. Dann könnten wir uns auch unsere regelmäßigen Interpellationen zu diesem Thema sparen; denn das wird ja auch sehr kritisch in der Antwort angemerkt. Ich meine, Kinder brauchen Qualität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kinderpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie betrifft alle Politikfelder. Eine gute Politik für Kinder ist eine richtungweisende und zukunftstaugliche Politik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, handeln wir danach.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Wortmeldung: Herr Unterländer, bitte.

Unterländer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erfreulicherweise hat in den vergangenen Jahren die Situation der Familien und der Kinder in unserem Land im Bayerischen Landtag – in den zuständigen Ausschüssen wie auch im Plenum – eine wichtige Rolle gespielt. Deswegen ist diese Interpellation eigentlich nur eine Ergänzung dieser Gesamtdiskussion. Wir unterscheiden uns mit dieser parlamen-

tarischen Schwerpunktsetzung wohltuend davon, wie von der Mehrheit im Deutschen Bundestag Kinder- und Familienpolitik betrieben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie davon sprechen, dass die Beteiligung von Kindern in der Beantwortung der Interpellation durch die Staatsregierung nicht in ausreichender Form dargestellt wird, so meine ich, dass Sie nicht begriffen haben, was Beteiligung von Kindern bedeutet. Beteiligung von Kindern bedeutet eine Vielfalt von Ansätzen. Es ist doch ein Ergebnis der Beteiligung, dass wir Kinderparlamente, dass wir Kinderbeauftragte und Ähnliches haben, für die wir uns einsetzen. Wir halten es aber für sinnvoller, wenn sich das auf der jeweiligen kommunalen Ebene entwickelt. Wollen Sie denn tatsächlich von oben nach unten verordnen, wie solche Modelle aussehen? Demokratie muss von unten aus geschehen. Dazu bedarf es der Befähigung und dazu haben wir zum Beispiel im Erziehungs- und Bildungsplan, der im Moment erprobt und diskutiert wird, in den Kindertagesstätten und in den Lehrplänen der Schulen die entsprechenden Voraussetzungen. Demokratie und Verantwortung müssen erlernt werden. Deshalb ist dies ein ganzheitlicher Ansatz.

Wenn Sie, Frau Kollegin Narnhammer, davon sprechen, dass die Kommunen in Fragen der Kinderbetreuung allein gelassen werden, stelle ich mir schon die Frage, was Sie überhaupt an Realität wahrnehmen. Wir, die Staatsregierung und die Mehrheit dieses Hohen Hauses, haben in diesem Land ein Kinderbetreuungskonzept aufgebaut, das seinesgleichen sucht. In Zeiten mit einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, in denen die öffentlichen Haushalte Probleme haben, finanziert und gedeckt zu werden, ist es möglich, ohne Einschränkungen ein Kinderbetreuungskonzept mit 313 Millionen €, mit einem Ansatz von 30 000 zusätzlichen Plätzen, zu entwickeln und umzusetzen. Das sucht seinesgleichen. Wo bleiben da die Länder, in denen die SPD die Verantwortung trägt?!

(Beifall bei der CSU)

Deshalb frage ich Sie, wie steht es mit der Verantwortung und der Kinderfreundlichkeit, in den Bereichen, in denen Sie – SPD und GRÜNE – die Mehrheit haben? Wie ist es mit der Steuerreform, über die diskutiert wird? Was ist das für eine Politik, wenn die Bundesregierung im Vollzug des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Familienlastenausgleich den alleinerziehenden Familien das Geld aus der Tasche zieht und wenn die Bundesfamilienministerin jetzt für eine Entlastung der Alleinerziehenden plädiert, die durch Ihre Partei, meine sehr verehrten Damen und Herren, selbst gestrichen wurde?

(Zuruf von der SPD: Bundesverfassungsgericht!)

Es kann doch keine familienfreundliche Politik sein, wenn die Entlastung wieder durch die Familien selbst finanziert wird, wenn auf der einen Seite Steuerentlastungen erfolgen, aber auf der anderen Seite durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern die Familien die Hauptbetroffenen sind, wenn überall dort, wo SPD und GRÜNE die Verantwortung tragen, schwerpunktmäßig Familien belastet sind, wie in München, wo die Gebüh-

ren für Kindertagesstätten und Krippen um sage und schreibe bis zu 144% erhöht wurden, und wenn in Ihrer Politik das Thema „Wahlfreiheit für junge Familien“ keine Rolle spielt.

(Frau Narnhammer (SPD): Das ist Ihre Politik!)

Wir wollen nicht, dass den Familien vorgeschrieben wird, welchen Weg sie gehen, sondern wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie sich selbst entscheiden können, welchen Weg sie gehen. Das ist Bestandteil einer humanen Kinder- und Familienpolitik.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Da muss zuerst einmal etwas da sein!)

Dieser Entwicklung und dieser Bestandsaufnahme auf Bundesebene steht der bayerische Weg für Familien gegenüber. Trotz schwieriger Haushaltslage wird gerade in Bayern durch unangetastete familienpolitische Leistungen die Wahlfreiheit gestärkt. Mit dem von mir bereits angesprochenen Ausbau der Kinderbetreuung mit 30 000 neuen Plätzen innerhalb von vier Jahren und einem finanziellen Aufwand von 313 Millionen € werden die notwendigen Zeichen gesetzt, damit die Kinderbetreuung tatsächlich ausgebaut werden kann. In dieser Frage ist uns zweierlei wichtig: Zum einen ist das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben“ eines der zentralen familienpolitischen Anliegen. Zum anderen ist es bedeutsam, dass die hervorragende qualitative Arbeit in den Einrichtungen weiterentwickelt und ausgebaut wird.

Institutionelle Kinderbetreuung, sowohl im frühkindlichen Bereich als auch in Kindertagesstätten und auf dem schulischen Sektor, muss immer das Wohl des Kindes in den Vordergrund rücken. Da stehen wir mit unseren Angeboten hervorragend da. Ich möchte den Ausbau der Tagesmutterkonzepte ebenso nennen wie Krippenplätze, den Ausbau der Horte und die mit Ausnahme von einigen Brennpunkten mittlerweile hervorragende Versorgung mit Kindergärten.

Die Bilanz der Interpellation durch die Bayerische Staatsregierung auf diesem Sektor ist beeindruckend. Es muss das grundlegende Ziel sein – hierzu wurden sowohl von der CSU-Landtagsfraktion als auch von der Staatsregierung immer wieder Vorschläge in die Diskussion eingebracht –, dass Familien für ihre Kinder nicht mit ihrem Einkommen unter Sozialhilfeniveau rutschen. Es ist ein Skandal, wenn Kinder in der reichen Bundesrepublik immer noch als Armutsrisiko bezeichnet werden müssen. Hierzu sollten Sie in Berlin unsere Vorschläge endlich aufnehmen.

Wir bedanken uns in diesem Zusammenhang auch für die Bemühungen der Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft, in den verschiedenen Unternehmensstrukturen und Unternehmensbereichen endlich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. Die Beratungsangebote für Unternehmen, aber auch die Initiativen, die von dort selbst ausgehen, sind mehr als positiv zu bewerten. Es ist das entscheidende Ziel – und davon profitieren Kinder in besonderer Wei-

se –, dass die Jobs kindgerecht gestaltet werden – und nicht umgekehrt, die Familien jobgerecht.

Die Versorgung von Kindern im Bereich der medizinischen Früherkennung, der Bekämpfung von gesundheitlichen Defiziten und der Vermeidung von heute leider schon als Kinderkrankheiten zu bezeichnenden Symptome wie Übergewicht oder Sucht werden durch unterschiedene Maßnahmen und Kampagnen angegangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten die Gelegenheit der Aussprache zu dieser Interpellation auch nutzen, um nach vorne zu schauen. Da gibt es sicherlich noch weiteren Handlungsbedarf. Lassen Sie mich hier einige Punkte ansprechen:

Erstens. Das System der Kinderbetreuung ist vielfältig, und die Förderung der Einrichtungen muss unbürokratisch erfolgen. Dies sind wir einem Kinderbetreuungsgesetz der Zukunft und vor allen Dingen all denen schuldig, die in den Einrichtungen arbeiten. Deswegen muss in der kommenden Legislaturperiode ein neues Kinderbetreuungsgesetz die richtigen Ansätze geben.

Zweitens. Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung müssen gesamtgesellschaftlich, aber vor allen Dingen die Situation in den bayerischen Familien muss noch stärker berücksichtigt werden. Nur wenn es in diesem Zusammenhang gelingt, eine Verbindung zwischen Familien-, Gesellschafts-, Bildungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Seniorenpolitik herzustellen, also einen ganzheitlichen Ansatz für die Situation der Kinder zu finden, werden auch Konzepte zur demografischen Entwicklung erfolgreich sein. Denn der Familienbegriff ist wesentlich größer. Bekanntlich spielen viele Großeltern in der Kindererziehung eine bedeutende Rolle, und das müssen wir stärker berücksichtigen –.

Drittens muss die Definition des Kindeswohls Richtschnur für die politischen Entscheidungen sein. Hier kann es durchaus auch zu Widersprüchen zu den Anliegen von Berufsgruppen oder den Eltern kommen.

Viertens. Die Bedarfssituation zeigt uns, dass wir gerade auch auf Situationen von Kindern, die einen erhöhten Förderbedarf haben, besonders Rücksicht nehmen müssen. Dies gilt zum Beispiel für die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Heimunterbringung und der Tagespflege im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Wir brauchen eine gezielte Förderung der Tagespflege.

Fünftens. Angesichts der dramatischen Situation der öffentlichen Haushalte ist es dringend erforderlich, dass auch im Dialog zwischen Staat und Kommunen immer wieder eine Prioritätensetzung zugunsten der Kinder und der Familien erfolgt. Wir hatten dazu unlängst im sozialpolitischen Ausschuss eine übereinstimmende Beratung. Nicht das Senken der Standards oder das Streichen von Leistungen für Kinder ist an der Zeit, weil sonst Rehabilitationskosten doppelt und dreifach anfallen. Das ist inhuman und unwirtschaftlich.

Sechstens. Die Elternbegleitung und -stärkung und die Förderung der Erziehungskompetenz im Sinne einer Weiterentwicklung der Eltern- und Familienbildung sind

gerade in den Situationen, in denen Familien Hilfe benötigen, mehr als ein präventiver Ansatz.

Wir benötigen hierzu eine Bündelung der Ressourcen, eine Vernetzung und niederschwellige Angebote.

Die Beantwortung der Interpellation hat gerade in den genannten Bereichen gezeigt, dass Bayern eine kinder- und familienfreundliche Politik betreibt. Diejenigen, die diese Interpellation in Auftrag gegeben haben, sollten in Berlin ihre Hausaufgaben machen, damit es tatsächlich gelingt, in der gesamten Bundesrepublik für unsere Familien eine kinder- und familienfreundliche Politik zu betreiben.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wir sind in Bayern!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Schopper.

Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vor dem „prall gefüllten“ Hohen Haus heute zu den Kindern zu sprechen, wo es doch eine politische Daueraufgabe ist, an der sich alle Politikbereiche orientieren müssen, ist eine These, die alle unterschreiben, aber anscheinend doch viele noch mit einem kleinen Nickerchen oder vielleicht einem Kaffee verbinden. Sie wollen diese Realität doch lieber nicht in diesem Hohen Haus mit unterstreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Auch wir sagen: Kinder brauchen ein Dach über dem Kopf, gute Luft, sauberes Wasser, reine Böden, eine Verkehrspolitik, die sich an den Kindern orientiert und die deren Sicherheit in den Mittelpunkt stellt. Kinder brauchen auch eine Nachhaltigkeit innerhalb der Haushaltspolitik. Dieses Potential dürfen wir nicht auf Kosten künftiger Generationen verfrühstücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber diese Erkenntnisse dürfen nicht den Charakter des Worts zum Sonntag bekommen; denn viele politische Debatten erwecken schon den Eindruck, dass oft der Besitzstand gewinnt, weil Kinderinteressen im politischen Raum immer noch die geringeren Interessen und die geringere Lobby haben, wenn es zum Schwur kommt.

Eines muss doch auch klar sein: Wenn heute oftmals von Kinderpolitik die Rede ist, wird doch zumeist das demografische Lied angestimmt. Wer zahlt unsere Rente, wer bezahlt unsere Krankenversicherung? Vor allem deswegen sind doch Kinderpolitik und Familienpolitik in den letzten Jahren thematisiert worden und aus der Gedönsecke herausgekrochen. Der Generationenvertrag „Jung für Alt“ droht einzustürzen, und die Losung von 1957 „Kinder gibt es immer“ stimmt heute nicht mehr. Allein am Jahrgang 1965 der Frauen wird deutlich: Ein Drittel dieser Frauen bleiben kinderlos, und 41% der

Akademikerinnen aus diesem Jahrgang haben keine Kinder.

Für uns als Politikerinnen und Politiker stellt sich doch die Frage: Welche politischen Hausaufgaben sind denn da nicht gemacht worden? Dass Frauen keine vernünftige Perspektive zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben, ist leider auch Ihr trauriges Verdienst; denn lange genug haben Sie mit Ihrem verzopften Frauenbild berufstätige Frauen als Rabenmütter an den Pranger gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Mit Ihren Beschlüssen zum Einstieg in die Krippenfinanzierung haben Sie doch die letzte Reißleine gezogen. Wenn man sich das eine oder andere in der Interpellation durchliest, muss man Ihnen aber eines tatsächlich zugute halten: An Selbstbewusstsein fehlt es nicht. Da wird geschrieben, dass man bei der Ausweisung der Krippenplätze in den letzten drei Jahren so richtig vorangekommen wäre. Sie müssten schon auch sagen, wer Ihnen in dieser Hinsicht sehr geholfen hat. Ohne das rotgrün regierte München sähe Ihre Bilanz noch weit verheerender aus; Sie hätten schlechte Karten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Schauen Sie sich einmal an, mit welcher Hartleibigkeit Bürgermeister die Kleinkindbetreuung nach wie vor torpedieren. Man muss nicht nochmals die Beispiele aus dem Ausschuss bemühen; zum Beispiel hat sich das oberpfälzische Kemnath zu einer Zusage einer Kostenbeteiligung an der Krippe erst bereiterklärt, nachdem die Familie dem Gemeinderat vertraglich zugesichert hat, dass sie der Kommune Kosten erstattet. In anderen Gemeinden müssen die Familien Rechenschaft beim Gemeinderat ablegen, warum sie einen Krippenplatz brauchen, müssen sich Anwürfe gefallen lassen, warum sie denn ihre Kinder in der Krippe betreuen lassen wollen. Ich sage Ihnen: Wer Bauland verkauft, wer den Zuzug von Familien propagiert und wer mit Dollarzeichen in den Augen Investitionen will, der muss auch für die Infrastruktur für Kinder sorgen und darf sie nicht nach altem Inquisitionsmuster drangsalieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie verkünden in der Interpellation mit stolzgeschwellter Brust: Kein anderes Land in Deutschland hat ein Ausbaukonzept dieser Größenordnung zur Umsetzung gebracht. Ich sage Ihnen darauf: Auch kein anderes Land hatte dies so nötig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Auch beim Thema Bildung und Erziehung wird das Motto ausgegeben: Bei Pisa waren wir im Mittelmaß noch die am besten Mittelmäßigen. Hierzu passt ein altes Sprichwort: Unter den Blinden ist der Einäugige König. Ich sage Ihnen aber: Wenn Pisa ergibt, dass die Chance

eines bayerischen Akademikerkindes, das Gymnasium zu besuchen, zehnmal höher ist als die Chance eines Facharbeiterkindes, dann kann doch hier nicht die bayerische Schulpolitik mit Weihwasser ausgesegnet werden. Chancen und Perspektiven für alle Kinder müssen das Ziel sein.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Pädagogisch beginnt dies im Kindergartenalter. Der Bildungs- und Erziehungsplan ist eine feine Sache, eine schöne Grundlage, die zurecht über Bayern hinaus Anerkennung findet. Aber wie gewährleisten Sie, dass der schöne Bildungs- und Erziehungsplan, der wirklich eine sehr, sehr gute Grundlage ist, nicht nur in Sonntagsreden immer wieder Erwähnung findet, aber ansonsten mit zwei Löchern abgeheftet im Bücherschrank steht? Wir fordern gleichzeitig, die Qualität in den Kindergärten durch die Absenkung der Gruppenstärken nochmals zu heben. Ansonsten, glaube ich, wird der Bildungs- und Erziehungsplan mit seinem Anspruch schwer umzusetzen sein und im Alltag nicht Realität werden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Man muss ganz ehrlich sein: Die soziale Selektion wird nie ganz auszugleichen sein. Wenn wir aber ein Schulsystem haben, das diese Ungleichheit tatsächlich immer noch weiter vererbt, muss für uns die politische Folgerung sein: Wir müssen Kinder individuell fördern. Wir müssen dem Grundsatz entgegenwirken, dass Kinder für ihre Eltern haften.

Nach dem Ausbau der sechsstufigen Realschule hat der Druck in den Grundschulen massiv zugenommen – Sie bestreiten dies zwar immer noch. Familien mit entsprechendem Bildungshintergrund haben die Erwartung, dass ihr Kind den Übertritt schafft; manchmal wird dies mit allen Mitteln versucht. Kinder aus bildungsfernen Familien machen in der Schule die nachhaltige Erfahrung: Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Wir sollten versuchen, politisch gegenzusteuern, dass diese Kinder dies auf Dauer als Last mittragen.

In der Beantwortung der Interpellation fällt mir auf, dass Sie zum Beispiel die Ganztagschulen fast ausschließlich unter dem Betreuungsaspekt diskutieren. Die pädagogische Chance der Ganztagschulen, dort Zeit zum Lernen zu haben, dort tatsächlich auch Defizite auszugleichen, Stärken herauszuarbeiten, kann vom Otto Normalschüler nicht wahrgenommen werden. Entweder befindet man sich in der Kategorie defizitär und ist an einer staatlichen Ganztagschule aufgenommen oder man ist hochbegabt. Dazwischen gibt es nur Angebote auf dem privaten Schulsektor. Dies ist dann wiederum eine Frage des Geldbeutels. Sie müssten doch sehen, welchen Zulauf diese Schulen haben, nicht nur in München, sondern auch in anderen Gebieten, welches pädagogische Angebot private Ganztagschulen bieten. Sie werden mit einer Nachfrage überrannt, dass sie um Klassen erweitern könnten.

Meine Damen und Herren, beim Thema Armut sieht die Staatsregierung in der Beantwortung fast keinen Handlungsbedarf. Aber auch in Bayern gilt nach wie vor der Grundsatz: Alleinerziehend zu sein oder viele Kinder zu haben, birgt das Armutsrisiko Nummer 1 in sich. Ihre Definition heißt: Absolute Armut existiert nicht, weil es ja Sozialhilfe gibt. An verdeckter Armut sind die Menschen sozusagen persönlich selbst schuld, weil sie den Rechtsanspruch auf Sozialhilfe, den Sie einräumen – ich finde gut, dass Sie ihn betonen –, nicht geltend machen. Der Sozialbericht schätzt das Potenzial von Menschen in verdeckter Armut mir fast derselben Zahl wie die Zahl derjenigen, die Sozialhilfe beziehen. Die Bilanz ist doch famos geschönt. Ich schaue mit unter Punkt 4 an, was die Staatsregierung tut, um den Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen mittel- und langfristig vorzubeugen. Dort wird geschrieben: Das beste Mittel, Armutsrisiken vorzubeugen, ist eine florierende Wirtschaft und ein funktionierender Arbeitsmarkt. Das ist sicherlich ein Teil des Ganzen. Dies wird aber als endgültig dargestellt. Gott sein Dank ist dann ein Einstieg gelungen, wieder eine herzhaft Philippika gegen Rot-Grün in Berlin halten zu können. Wieder wurde Ihr Motto zum besten gegeben: Alles Schlechte kommt aus Berlin, und wenn etwas gut ist, kann es eigentlich nur von uns gewesen sein.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich aber doch einmal nachfragen lassen. Für mich sind nach wie vor die besten Mittel, Armutsrisiken zumindest halbwegs vorzubeugen: Bildung, Schulabschluss, Ausbildungsplatz. Das bietet zwar keine Gewähr, aber stellt zumindest ein Netz dar, das den freien Fall abbrems.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bildungspolitik ist Ländersache. Deshalb fällt dies wieder auf Ihre Füße.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Auch hinsichtlich dessen, wie man Familien materiell unterstützt, haben wir doch immer noch einen eklatanten Unterschied. Nach wie vor lautet unser Konzept, eine Kindergrundsicherung einzuführen. Ich sage: Wir würden das Ehegattensplitting kappen, damit die Besserdienenden ohne Kinder einen Beitrag zur Förderung von Kindern aus unterprivilegierten Familien leisten, die nicht so viel Geld haben. Wir wissen, dass dies von der Finanzierung her schwierig ist; da bauen wir uns gar keine Wolkenkuckucksheime auf. Ihr Familiengeld war schon im Bundestagswahlkampf eine Luftnummer. Die Familien können doch nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Bei der Suchtprävention ist unser Anliegen, das Selbstbewusstsein der Kinder zu stärken, ihnen eine Lebens-

kompetenz auf den Weg zu geben, die nicht so einfach angreifbar macht, dass Lebenskrisen zu Suchtverhalten führen.

Die Zahlen zeigen, dass wir in vielem noch nicht sehr erfolgreich sind. Das Zusammenspiel von Familien, Erzieherinnen und Erziehern, Lehrern und Lehrerinnen und Jugendämtern ist oft noch nicht sehr erfolgreich. Die Tatsache, dass der Griff zur Zigarette vor allem bei Mädchen immer früher stattfindet, muss für uns ein Alarmzeichen sein, ebenso wie die Tatsache, dass exzessives Trinken – sprich: saufen, bis der Doktor kommt – immer mehr zunimmt.

Wir müssen die politischen Kampagnen dagegen weiter fortsetzen. Eines muss klar sein: Drogen werden immer zu unserer Gesellschaft gehören. Wir müssen den Jugendlichen klarmachen, dass der Gebrauch von Drogen keine Problemlösungsstrategie ist, dass Suchtmittel nicht die gewünschte Coolness bringen und die Anerkennung meist nur von kurzer Dauer ist.

Wirklich erschüttert haben mich die Zahlen in der Interpellation zum sexuellen Missbrauch. Dafür darf es null Toleranz – diese Vokabel nehme ich sonst nicht so gerne in den Mund – geben. Alle demokratischen Kräfte in diesem Haus müssen die gesellschaftliche Ächtung von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen als Signal nach außen geben. Diese Zahlen sind alarmierend. Das Material zeigt eine deutliche Zunahme von sexuellen Missbrauchsdelikten an Kindern, darunter auch besonders schwere Fälle. 1998 waren es zumindest in der PKS-Statistik 54 Fälle, im Jahr 2000 schon 253. Ich hätte gerne eine Erklärung, worauf das Innenministerium diesen Anstieg zurückführt, ob nun die Dunkelziffer zurückgegangen ist oder ob sich das Anzeigeverhalten verändert hat.

Es muss klar sein: Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren sind am meisten gefährdet. Es sind nicht nur die Mädchen, sondern auch die Jungen, die in der potenziellen Gefahr von sexuellem Missbrauch stehen. Man darf nicht davor zurückscheuen, sexuellen Missbrauch zu ächten. Ein Instrument ist die Kampagne „Kinder sind unschlagbar“, die vorhin angesprochen wurde. Wir müssen deutlich machen, dass sexueller Missbrauch ein Überschreiten aller Grenzen ist. Allein der Gedanke daran treibt mir die Zornesröte ins Gesicht.

Mit ihrer Antwort zum Thema Mitbestimmung zeigt die Staatsregierung auch dort, dass sie der Häuptling mit zwei Gesichtern ist. Die Staatsregierung ist ganz begeistert, wenn auf kommunaler Ebene Kinder- und Jugendvertretungen eingerichtet werden; laut Staatsregierung hat sich die Tätigkeit der vielen Kinder- und Jugendbeauftragten bewährt. Diese Euphorie erscheint mir nicht ganz verständlich, wenn ich daran zurückdenke, wie unser Antrag auf Einrichtung eines Kinderbeauftragten ohne großes Federlesen abgelehnt wurde. Wir wollten eine Lobby für Kinder auf Landesebene, ob nun als Ombudsmann oder als Ideengeber, um die Kinderpolitik in verschiedenen Bereichen voranzubringen. Die Behindertenbeauftragte ist ein positives Beispiel, das als Vorbild für einen Kinderbeauftragten oder eine Kinder-

beauftragte hätte dienen können. Da verstehe ich Ihre Hartleibigkeit nicht.

Kinder sind unsere Zukunft – das wird immer wieder gerne formuliert –, aber es ist noch ein weiter Weg zurückzulegen, bis unser Alltag und unsere Gesellschaft kinderfreundlicher gestaltet sein wird. Ich nenne nur die Stichworte Toleranz auf Spielplätzen, Toleranz gegenüber Kindern und Jugendlichen in Räumen. Wir müssen Kinder fördern und fordern, müssen ihnen Schutzräume geben und die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken. Es liegt noch ein steiniger Weg vor uns, bis die Mitwirkung von Eltern in Schulen nicht als Einmischung betrachtet wird und sie als Erziehungspartner ernst genommen werden.

Frau Ministerin, Sie haben schon im Sozialbericht die Botschaft ausgesandt: Wir jammern hier auf hohem Niveau; Kinderarmut und Bildungsnotstand in der Dritten Welt wären doch noch viel schlimmer.

(Frau Radermacher (SPD): Muss das unser Maßstab sein?)

Dieser Appell erinnert mich daran, wie die Eltern in der Jugend immer dann, wenn man nicht aufgegessen hat, gesagt haben: Denk an die Kinder in Afrika, die haben gar nichts zu essen. Es ist völlig unbestritten, dass es eine Katastrophe ist, dass ein Großteil der Kinder in Afrika keine Chance auf Bildung hat, dass Armut und Reichtum dort noch weiter auseinanderklaffen. Dagegen wollen wir auch politisch agieren. Armut wird aber immer individuell und in Relation zu den hiesigen Verhältnissen erlebt. Kinder, die nicht an Klassenausflügen teilnehmen können, die nicht zu Kindergeburtstagen gehen können, weil sie kein Geschenk haben, empfinden ihre persönliche Situation als schmerzlich und sehen klar ihre Defizite. Da Sie schon Ihr Herz für die Dritte Welt entdeckt haben, hätten Sie auch unseren Antrag auf eine Kampagne gegen ausbeuterische Kinderarbeit unterstützen müssen und ihn nicht mit hanebüchenen Argumenten ablehnen dürfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es gibt das Lied von Herbert Grönemeyer „Kinder an die Macht“. Manchmal denke ich mir angesichts der Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause, dass das eine wunderbare Alternative wäre.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Heike (CSU))

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Hirschmann.

Frau Hirschmann (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei der Staatsregierung dafür bedanken, dass sie die von uns eingereichte Interpellation zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Bayern derart zügig und umgehend beantwortet hat, dass wir sie heute in unserer letzten Vollversammlung in dieser Legislaturperiode diskutieren

können. Offensichtlich hat die Staatsregierung aus der verheerenden Debatte über den Sozialbericht gelernt, als der Wahlkampf von der Weigerung, unliebsame Wahrheiten zur Kenntnis zu nehmen, überschattet war. Das ist eine positive Entwicklung.

Herr Kollege Unterländer, Sie wissen, dass ich Sie schätze; das betone ich hier nochmals. Ich schätze Sie auch aus der Zeit, als Sie Mitarbeiter in der CSU-Stadtratsfraktion waren und ich Stadträtin war. An dieser Stelle kann ich sagen, dass Sie sich auch seinerzeit vehement nicht nur für die Realisierung von mehr Kinderkrippen eingesetzt haben, sondern auch dazu beigetragen haben, dass die pädagogische Qualifikation der Mitarbeiter in den Krippen durch das so genannte Beller-Projekt von Staatsregierung, Stadt und Bund wesentlich verbessert worden ist. Umso trauriger bin ich, wenn ich erleben muss, was Sie hier vortragen, was Sie auch soeben wieder zum Ausdruck gebracht haben. Wir haben doch viel Positives auf den Weg gebracht, zum Beispiel – jetzt zitiere ich Sie – die Beteiligung von Kindern, etwa durch Kinderforen. Auf Stadtratsebene gibt es Kinderforen, aber sie wurden von der Landeshauptstadt München initiiert, nicht von der Bayerischen Staatsregierung, auch nicht von Ihnen selbst, Herr Kollege Unterländer.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Unterländer (CSU))

Das wäre auch Aufgabe der Staatsregierung. Die Initiative, die Sie seinerzeit im Stadtrat gezeigt haben, sollte auf dem Weg hierher nicht gemindert worden sein.

(Zuruf des Abgeordneten Unterländer (CSU))

Mit diesem Bericht verhält es sich anders als mit dem Sozialbericht, was mit Sicherheit auch daran liegt, dass die momentane Situation, in der sich Kinder und Jugendliche in Bayern befinden, in den Augen der Staatsregierung wahrhaft rosig zu sein scheint. In den Augen der Staatsregierung! Beim Lesen der Beantwortung der Interpellation kam ich beinahe zu der Auffassung, die Arbeit der SPD im Arbeitskreis Kinderpolitik wäre überflüssig gewesen, weil die Kinder und Jugendlichen in Bayern in einer heilen Welt leben.

Die Wirklichkeit ist aber anders. Die in dieser Beantwortung dargestellte Realität ist einseitig und kontrastiert mit den Erfahrungen, die ich seit zehn Jahren in meiner Kindersprechstunde mache. Ich möchte ein Beispiel nennen. In einem Gespräch, das ich mit 14-jährigen Kindern führte, sagten sie mir: Wir würden gerne andere Kinder zu unserem Geburtstag einladen, aber wir trauen uns nicht, weil diese Kinder aus einer anderen Schicht mit anderen Wohn- und Lebensverhältnissen kommen.

Wenn sie sehen, wie es bei uns ist, habe ich einen schweren Stand in der Klasse. Das ist vielfach die Realität, die in dem Armutsbericht deutlich wird. Ich muss sagen, in einer rosigen Welt leben unsere Kinder und Jugendlichen in Bayern vielfach nicht.

Ich komme zu einem Besorgnis erregenden Vorfall, der sich in der letzten Woche abgespielt hat. Ich möchte das

Thema bewusst ansprechen, weil es mit der gesamten Problematik zusammenhängt. Es geht um den Selbstmord eines Schülers in Coburg. Das ist nicht der erste Vorfall dieser Art. Bis heute konnte niemand eine Ursache für das Verhalten der Kinder finden. In einem derartigen Fall, der uns zu denken geben sollte, geht es darum, kritisch nachzufragen, was läuft an unseren Schulen. Wo ist die Selbstbeteiligung der Schülerinnen und Schüler, die dadurch Eigenverantwortung lernen könnten? Wo stärkt man die Lehrerinnen und Lehrer, indem man sie auch in der Schule ihre eigenen Vorstellungen durchsetzen lässt? Wo werden Gelder an die Schulen gegeben, die in eigener Verantwortung verteilt werden können, so wie es Schüler und Lehrer vereinbaren? Das alles hängt sehr wohl damit zusammen, wie viel Verantwortung man an die Schule delegiert und wie man Schülerinnen und Schüler aktiv beteiligt.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Heike?

Frau Hirschmann (SPD): Nein, ich möchte erst meine Rede beenden. Ich erlaube keine Zwischenfrage.

(Zuruf des Abgeordneten Heike (CSU))

– Das weiß ich, dass das für Sie Schwachsinn ist, weil es nicht in Ihr Konzept passt.

(Beifall bei der SPD – Heike (CSU): Das habe ich nicht gesagt!)

– Herr Kollege, ich bin sogar stolz darauf, in diesem Punkt schwachsinnig zu sein, und ich werde es bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass die Situation, die in der Interpellation deutlich wird, auch damit zu tun hat, wie es um unsere Wertschätzung von Kindern und Jugendlichen bestellt ist. Darum geht es in erster Linie. Ich zitiere einen Psychologen namens Prof. Lössl, der zu der Situation gesagt hat, noch wichtiger ist ein gesellschaftlicher Dialog über Kinder. Genau einen solchen Dialog haben wir mit vielen Anträgen hier im Landtag auf den Weg bringen wollen.

Kinder brauchen Zeit und Freiräume. Eltern müssen Zeit für ihre Kinder haben. Die Meinung des Ministerpräsidenten, entweder einem Beruf nachzugehen oder Kinder zu erziehen, zeigt eine Einstellung von gestern. Heute geht es darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Berufstätigkeit und Kindererziehung vereinbart werden können. Dieses zu unterstützen heißt, die Ganztagschule einzuführen, die Lehrpläne umzukrempeln und – Frau Stewens – die Bildungspolitik mit der Sozialpolitik zu verbinden und als Querschnittsaufgabe zu betrachten.

Auch wenn man die Verbesserung der Bedingungen für Kinder als wichtige gesellschaftliche Aufgabe sehen kann, muss die Politik in Bayern ihre originäre Aufgabe erfüllen und endlich angemessene Rahmenbedingungen für die Kinder in Bayern schaffen. Der Hauptaspekt,

den wir bei der Sozialpolitik nicht vergessen sollten, ist aber der, Kinder und Jugendliche als eigenständige Persönlichkeiten wahrzunehmen, weshalb wir – dafür bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen – die Kinderrechte in die Bayerische Verfassung einbringen wollten.

Kolleginnen und Kollegen, in diesem Hohen Hause wird dies meine letzte Rede sein.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank! – Frau Steiger (SPD): Schämen Sie sich! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie sagen „Gott sei Dank“, aber ich sage Ihnen, ich werde sie anderweitig begleiten.

Kollegen und Kolleginnen, ich möchte Ihnen noch eines mit auf den Weg geben. Ich möchte Sie bitten, die Freizeitangebote den Bedürfnissen der Kinder entsprechend auszugestalten, endlich den Mut zu haben, die Ganztagschule zu realisieren, und endlich dazu beizutragen, eine Kinderbeauftragte in diesem Hause zu installieren. Damit könnten Sie Ihre Lippenbekenntnisse in die Realität umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Wortmeldung: Frau Dr. Fickler.

Frau Dr. Fickler (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits im Jahr 1998 – also vor der letzten Landtagswahl – hat die SPD eine Interpellation zu Kindern eingebracht, die deckungsgleich ist mit der Interpellation, die sie jetzt wieder vor der Landtagswahl in den Bayerischen Landtag eingebracht hat. Auch in dieser Interpellation 1988 wurden bereits die günstigen Rahmen- und Lebensbedingungen für Kinder und Familien aufgezeigt. Diese Einschätzung ist nach wie vor gültig. Ich möchte das an drei Beispielen aufzeigen.

Erstens. Die Lebensbedingungen der Kinder werden wesentlich durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Familien bestimmt. Die Chancen, ein auskömmliches Familieneinkommen zu erzielen, sind in Bayern besser als in den meisten anderen Ländern Deutschlands; denn wir haben die höchste Frauenerwerbsquote, die niedrigste Sozialhilfequote und ein Landeserziehungsgeld, das beispielhaft und das höchste in allen Flächenländern ist. Damit können Sie von Rot-Grün dort, wo Sie das Sagen haben, nicht mithalten.

Zweitens. Die Eltern müssen in freier Entscheidung bestimmen, ob und gegebenenfalls wie sie Familie und Erwerbstätigkeit miteinander in Einklang bringen wollen. Um diese Wahlfreiheit tatsächlich zu schaffen, wurde der Ausbau der kindgerechten Betreuungsangebote intensiviert. Wenn Sie, liebe Vorrednerinnen, das in Abrede stellen und sagen, es wäre höchste Zeit gewesen, dann muss ich darauf hinweisen, einen solchen Kraftakt, 313 Millionen € zu investieren, schafft kein anderes Bundesland.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Weil die es nicht nötig haben!)

– Nein, nein. Die Frauenerwerbsquote in Bayern ist nach wie vor die höchste in Deutschland. Das heißt, die Bedingungen für eine hohe Frauenerwerbsquote sind in Bayern gut, sonst hätten wir nicht so hohe Zahlen vorzuweisen.

Drittens. Wie die Ergebnisse der Pisa-Studie belegen, liegen die Bildungsangebote für die bayerischen Kinder und Jugendlichen an vorderster Stelle. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich wundere mich immer wieder, welch seltsame Verdrängung Sie hier betreiben, wenn die Ergebnisse der Pisa-Studie auf den Tisch kommen und zur Diskussion gestellt werden. Sie müssen akzeptieren, dass wir in Bayern im vorderen Drittel liegen, und das als einziges Bundesland, während Sie dort, wo Sie an der Regierung sind, diese Ergebnisse nicht vorzuweisen haben. Nachdem Bildungspolitik Ländersache ist, müssen Sie sich das schon ankreiden lassen.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Wenn Sie die Studie gelesen hätten, würden Sie nicht einen solchen Blödsinn erzählen!)

– Entschuldigung, Frau Kollegin, die Pisa-Studie ist doch nicht von der CSU erstellt worden, sondern es waren unabhängige Fachleute, die diese Ergebnisse festgestellt haben. Diese Fachleute haben auch festgestellt, dass die Förderung von ausländischen Kindern in Bayern wesentlich besser ist als die Förderung von deutschen Kindern in einigen Bundesländern, in denen Sie an der Regierung sind. Das müssen wir auch einmal festhalten.

Auch gibt es uns zu denken, dass Kinder aus bildungsfernen Familien geringere Chancen haben.

Obwohl Pisa gute Ergebnisse gezeitigt hat, haben wir einige Verbesserungen auf den Weg gebracht. Ich erinnere an die Sprachlernklassen. Hundert sind bereits eingerichtet, weitere hundert kommen hinzu. Die Sprachstandsdiagnosen im Kindergarten sind ein ganz wesentlicher Faktor. Sie haben früher in Abrede gestellt, dass man die deutsche Sprache lernen müsse, um Integrationschancen zu haben. Mittlerweile wird das Gott sei Dank von Ihnen akzeptiert. Darüber brauchen wir nicht mehr zu diskutieren.

(Frau Radermacher (SPD): Wer hat das denn gesagt?)

Von beiden Vorrednerinnen wurde der sexuelle Missbrauch von Kindern angesprochen und die Zunahme der Zahlen genannt. Ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass jede Zahl eine Zahl zuviel ist. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass auf Antrag Bayerns schon in der vorletzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags erhebliche Verbesserungen initiiert und im breiten Umfang durchgesetzt wurden. Weitere gesetzgeberische Schritte sind erforderlich. Beispielsweise ist es nicht hinnehmbar, dass Taten, in denen Kinder zu sexuellem Missbrauch angeboten werden, nur bei dem Hinzutreten weiterer Voraussetzungen strafrechtlich geah-

det werden können. Ein Vorschlag Bayerns hierzu liegt bereits seit 1998 vor, um diese Strafbarkeitslücke zu beseitigen. Leider haben Sie den Vorschlag im Bund nicht aufgenommen. Erst jetzt, im März 2003, hat die Regierungskoalition sich dazu bequemt.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass auf Antrag Bayerns der Bundesrat bereits im April 1999 den Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes betreffend den sexuellen Missbrauch von Kindern verabschiedet hat. Diesen auch von vielen SPD-geführten Landesregierungen unterstützten Vorschlag hat der Deutsche Bundestag im April 2002 abgelehnt.

In der Antwort der Staatsregierung sind eine Reihe Maßnahmen aufgelistet, die den Opferschutz betreffen. Wir haben, sehr geehrte Frau Kollegin Hirschmann, über dieses Thema schon in der letzten Wahlperiode im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen ausführlich geredet. Es gibt die Tonaufzeichnung von kindlichen Opferzeugen, die ihnen die zusätzliche Vernehmung in der Hauptverhandlung ersparen. Wir haben das Adhäsionsverfahren verbessert. Wir haben unter anderem durch meine Initiative den Opferanwalt eingeführt. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist verbessert worden. Die Polizeibeamten bekommen Handlungsanleitungen zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes. Es gibt ein Spektrum von Initiativen zur Prävention des sexuellen Missbrauchs in Schulen – zum Beispiel Filme, Erzieherinnenausbildung, Lehrerausbildung, Lehrerkonferenzen oder Sexualekundeunterricht. All das wurde verbessert und wird weiterhin unter diesem Gesichtspunkt noch verbessert werden.

Die Stiftung „Bündnis von Kindern gegen Gewalt“ leistet ebenfalls einen Beitrag zum gewaltfreien Aufwachsen junger Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Ich nenne das Projekt „Faustlos“. In Kindergärten und Schulen werden die Fachkräfte entsprechend qualifiziert. Die Medienerziehung und die Medienausbildung der Lehrer und Eltern ist uns ebenfalls ein weiteres wichtiges Anliegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte nun noch zu einigen Themen Stellung nehmen, die meine beiden Vorrednerinnen angesprochen haben. Sehr geehrte Frau Kollegin Hirschmann, Sie haben heute in Ihrer letzten Rede noch einmal alle die sozialpolitischen Probleme, die Ihnen am Herzen liegen, vor uns ausgebreitet. Von den Vorrednerinnen wurde zum Beispiel gesagt, Bayern habe eine ungenügende und einseitige Familienpolitik. Meine Damen und Herren, die Familienpolitik der CSU beruht auf drei Säulen und ist nicht einseitig. Sie setzen nur auf die Kinderbetreuung. Das kann es nicht sein.

(Frau Radermacher (SPD): Das stimmt doch nicht, was erzählen Sie denn!)

Wir müssen zum einen die Erziehungsfähigkeit der Familien stärken. Das wurde von Frau Schopper zugestanden.

(Frau Radermacher (SPD): Werden Sie doch konkret, Sie machen doch nichts!)

Ich meine, dass es sehr wichtig ist, in diesem Bereich weitere Initiativen auf den Weg zu bringen.

Die zweite Säule ist die Kinderbetreuung; sie wurde schon angesprochen.

Die dritte Säule ist auch unverzichtbar. Es ist das Familiengeld für die Väter und Mütter, die sich bereit erklären, die Kinder zu Hause zu betreuen. Sie wären benachteiligt, wenn sie keine zusätzlichen finanziellen Mittel bekämen. Wir wissen, dass die Kinderbetreuung dem Staat sehr viel Geld kostet. Die Familien, die dieses Geld nicht in Anspruch nehmen, würden nach Ihren Vorstellungen leer ausgehen. Trotzdem fragen Sie, wer die Rente zahlen soll. Warum haben Sie nicht dafür gesorgt, dass bei der letzten Rentenreform die Anerkennung von Kindererziehungszeiten besser berücksichtigt worden ist?

(Frau Narnhammer (SPD): Ist doch!)

– Das waren doch nicht Sie, die das gemacht haben.

(Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Bei der letzten Rentenreform sind nur teilzeitberufstätige Mütter etwas besser gestellt worden. Alle anderen Väter und Mütter, die sich nur um die Erziehung ihrer Kinder kümmern, ohne erwerbstätig zu sein, sind leer ausgegangen.

(Frau Steiger (SPD): Falsch!)

Der Topf der Rentenversicherung ist nicht voller geworden. Es hat eine Umverteilung zulasten der Väter und Mütter stattgefunden, die sich alleine der Erziehung ihrer Kinder gewidmet haben.

(Frau Steiger (SPD): Was lesen Sie denn eigentlich? – Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Sie werden im Herbst 2003 ein neues Rentenkonzept auf den Weg bringen müssen, weil das, was Sie 1999 uns und der deutschen Bevölkerung vorgestellt haben, schon nicht mehr finanzierbar ist. Es hat nur eine kurze Laufzeit gehabt.

(Frau Marianne Schieder (SPD): Ihre Vorschläge auch!)

Ich fordere Sie auf, für diesen Bereich Akzente zu setzen. Das wäre ganz dringend notwendig.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Reden wir über die bayerische Politik! Wäre das nichts?)

Frau Hirschmann, Sie haben auch den von uns sehr bedauerten Vorfall des Selbstmordes eines Schülers angesprochen. Ich weise Sie aber darauf hin, dass wir in unserem Positionspapier zur Pisa-Studie die stärkere Verantwortung der einzelnen Schulen niedergelegt und eine bessere Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus gefordert haben. Diese Forderung ist nicht erst seit diesem Jahr in unseren Papieren zu finden und wird umgesetzt, sondern bereits seit dem Jahr 1998, als wir

die innere Schulreform auf den Weg gebracht haben. Ich denke, die Ergebnisse der Pisa-Studie haben gezeigt, dass die Umsetzung der inneren Schulreform bereits Früchte getragen hat.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch einmal ausdrücklich hervorheben, dass uns die herausgehobene Wertigkeit der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik nach wie vor ein Anliegen ist. Wir geben nicht nur Lippenbekenntnisse ab, weil wir trotz der schwierigen Haushaltssituation in den Bereichen Bildung und Familie nicht gekürzt haben. So werden wir auch weiterfahren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Narnhammer.

Frau Narnhammer (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zu den Beiträgen des Redners und der Rednerin der CSU äußern. Frau Dr. Fickler, Sie haben angemerkt, dass wir bereits 1998 kurz vor der Landtagswahl eine derartige Interpellation gestellt haben. Das ist richtig. Erinnern Sie sich aber an meine Ausführungen heute um 9.00 Uhr – ich glaube, Sie waren noch nicht im Saale. Ich habe deutlich gesagt, die SPD könnte sich die Interpellationen sparen, wenn die Staatsregierung endlich regelmäßig den Kinderbericht vorlegen würde.

(Beifall bei der SPD)

In der Interpellation steht, dass dieses Thema für die Staatsregierung eine politische Daueraufgabe sei. Ich frage deshalb, was es zu kritisieren gibt, wenn wir die Situation der Kinder in Bayern abfragen.

Insbesondere in den letzten Wochen haben wir immer wieder gehört: „Bayern ist Spitze“, „Bayern ist vorn“. Immer wieder wird betont, dass Bayern so viel für die Kinderbetreuung mache. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergessen Sie doch bitte nicht, welchen Nachholbedarf Bayern in Sache Kinderbetreuungseinrichtungen hat.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu Herrn Kollegen Unterländer – auch ich finde ihn ganz sympathisch. Für seine Art der Politik ist es aber symptomatisch, dass er die Kinderpolitik auf die Sozial- und Familienpolitik reduziert. Ich finde es in Ordnung, dass Familien- und Sozialpolitik eine sehr große Rolle spielen. Sie vergessen aber, dass Kinderpolitik eine Querschnittsaufgabe ist und alle Politikfelder betrifft. Familien- und Sozialpolitik sind ein wichtiger Teil, aber nicht alles.

Von beiden Redner der CSU habe ich kein Wort über die Kinderrechte gehört.

Im Nachhinein wundere ich mich nicht mehr, dass es so schwierig war, die Kinderrechte in der Bayerischen Verfassung unterzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Sie gehen nach dem Motto: Eine Watschn hat noch nie geschadet. Liebe Frau Dr. Fickler, Sie wissen wahrscheinlich selbst, welche mühseligen und mühsamen Diskussionen, gerade mit Vertretern Ihrer Fraktion, diesem letztendlich guten Ergebnis vorausgegangen sind. Das bitte ich, nicht zu vergessen.

(Frau Radermacher (SPD): Das war doch scheinheilig! – Beifall bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Für mich hat sich beim Zuhören ganz klar herausgestellt, dass ich gemeinsam mit meiner Fraktion und meinem Arbeitskreis Kinderpolitik in der nächsten Legislaturperiode für die Kinderrechte weiterkämpfen muss. Solange die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention nicht gelungen ist, vor allem in Bayern, und solange gewaltfreie Erziehung in Bayern immer noch ein Thema ist, das man nicht angehen möchte, werde ich weiterkämpfen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Frau Deml (CSU): Wo leben Sie eigentlich?)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Wort hat Frau Staatsministerin Stewens.

(Zuruf des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

– Ist das Ihr Beitrag zum Sommerkrach, Herr Kollege? Ich habe gerade überlegt, ob der hier gerade inszeniert wird. Ich rate dringend davon ab, das kostet nur Zeit.

(Hofmann (CSU): Wenn schon, dann fange ich ihn an! – Heiterkeit)

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr schön, dass wir in der letzten Sitzung dieser Legislaturperiode noch einmal den Fokus des Bayerischen Parlaments auf Kinder und kinderfreundliche Gesellschaft und auch auf Kinderrechte legen. Ich halte das für ungeheuer wichtig, weil wir uns alle eine kinderfreundlichere Gesellschaft wünschen. Jeder, der sich mit Kindern, Kinderrechten und der kinderfreundlichen Gesellschaft auseinandersetzt, der weiß, dass es in Deutschland und in Bayern tatsächlich an der Verwirklichung der kinderfreundlichen Gesellschaft fehlt.

Frau Kollegin Narnhammer, Sie werfen mir vor, dass ich für das Bündnis für Kinder gegen Gewalt Reklame mit dem T-Shirt-Aufdruck mache, „Mein Kind ist unschlagbar“. Ich stehe voll dahinter. Es gibt im Übrigen kein Ministerium in Deutschland, das mehr Marketing-Maßnahmen betreibt und mehr Marketing-Unternehmen eingeschaltet hat, als das Bundesfamilienministerium. Denken Sie an die Aktion „Schau hin!“. Das war eine reine Marketing-Maßnahme ohne inhaltlichen Hintergrund.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Steiger (SPD))

Wir finanzieren mit „Mein Kind ist unschlagbar“ das Projekt „Faustlos“ in unseren Kindergärten und Schulen. Das hat einen Sinn.

(Frau Narnhammer (SPD): Das ist auch gut so!)

Wir wollen die Gewaltspirale in unserer Gesellschaft durchbrechen. Deshalb gehen wir mit dem Projekt „Faustlos“ in die Kindergärten und in die Grundschulen. Deshalb mache ich dafür Werbung, durchaus auch mit Sympathieträgern aus unserer Gesellschaft. Sie sollten sich sehr genau anschauen, was dahinter steckt. „Mein Kind ist unschlagbar“ bzw. „Ich bin unschlagbar“ ist eine Botschaft, die nach Deutschland hinausgesandt wird.

Ich frage mich: Wo sind denn die Aktionen der anderen Länder? – Bayern ist das einzige Land, das eine Stiftung ins Leben gerufen hat.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Narnhammer (SPD))

Das „Bündnis für Kinder gegen Gewalt“ ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In den anderen Ländern gibt es nichts Vergleichbares. So etwas hat nur Bayern auf den Weg gebracht, weil uns das Wohl der Kinder so sehr am Herzen liegt.

(Frau Narnhammer (SPD): Mein Gott!)

Das ist übrigens eine bundesweite Stiftung. Deswegen haben wir auch Roman Herzog, Sabine Christiansen und Frau Furtwängler mit in den Vorstand hineingenommen. Die Bayerische Staatsregierung handelt und gibt keine Luftblasen von sich.

In Ihrer zweiten Wortmeldung haben Sie noch einmal sehr schön gesagt, dass letztendlich der Schutz der Kinder eine Querschnittsaufgabe ist. Genau das ist der Grund, warum wir Bedenken gegen Kinderbeauftragte haben. Wir wollen, dass sich das gesamte Parlament mit der Situation unserer Kinder in unserer Gesellschaft beschäftigt. Wir haben darauf verzichtet, bei allen 2050 Gemeinden nachzufragen, was sich im Bereich Kinderparlamente und Kinderbeauftragten tut. Es hätte sicherlich ein buntes Bild für Bayern ergeben.

Wir bauen ständig Personal ab und reden von Entbürokratisierung. Wird denn die Welt unserer Kinder tatsächlich besser, wenn wir bei allen Kommunen nachfragen? – Sie hätten übrigens Ihre Interpellation heute in der letzten Vollsitzung des Parlaments nicht behandeln können, wenn wir diese mühevollen Umfrage gemacht hätten, die Sie von uns eingefordert haben. Das Leben unserer Kinder würde dadurch nicht besser.

Der Landtag hat beschlossen, dass im nächsten Sozialbericht der Bayerischen Staatsregierung der Schwerpunkt auf die Kinder und Jugendlichen gelegt wird. Ich halte das für richtig.

Wir haben übrigens im Bildungs- und Erziehungsplan ein ganz wichtiges Element, dass Kinder verstärkt dazu erzogen werden, je nach ihrer Altersgruppe Verantwortung für ihre eigene Einrichtung, also Kindergarten, Kinderkrippe, Kindertagesstätte, Horte usw., mitzutragen.

Frau Kollegin Schopper, Sie haben gesagt, die CSU hat ein verzopftes Familienbild.

(Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frauenbild!)

– Entschuldigung, Sie hat gesagt, die CSU hat ein verzopftes Frauenbild. Dazu möchte ich Ihnen sagen: Wir haben in Bayern mit 63% die höchste Erwerbstätigenquote bei den Frauen. Diese ist übrigens höher als in Frankreich und in allen anderen Ländern in Deutschland, höher auch als in den neuen Ländern, wobei dort eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Die Frauen in Bayern sind von Arbeitslosigkeit nicht stärker betroffen als die Männer.

(Frau Steiger (SPD): Sie sollten den Sozialbericht lesen!)

Daran sehen Sie durchaus, dass die Bayerische Staatsregierung keineswegs ein verzopftes Frauenbild hat. Die Erfolge geben uns Recht.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben auf die schwierige Situation bei den Gastkindebeträgen hingewiesen. Ich gebe Ihnen teilweise Recht. Ich rufe zurzeit selbst die Bürgermeister einzeln an. Ich habe heute einen Brief von einem Bürgermeister bekommen, der überrascht war, dass ich mich mittlerweile persönlich um Kindergartenplätze – in dem konkreten Fall um Kinderkrippenplätze – kümmere.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das verzopfte Frauenbild ist bei der SPD genauso wie bei den Freien Wählern zu finden. Man ist überrascht, was einem manchmal entgegengehalten wird. Ich kann Ihnen nur sagen, das ist durchaus schwierig.

Zu Pisa und Weihwasser: Andere Länder in Deutschland wären froh, wenn ihre Kinder bei der Pisa-Studie ebenfalls im ersten Drittel wären.

(Beifall bei der CSU)

Deutschland wäre bei der Studie ganz wo anders gelandet, gäbe es nicht die Qualität der bayerischen Schulen.

(Beifall bei der CSU)

Dann würden wir uns umschauen, wo Deutschland in Wirklichkeit bei der Pisa-Studie steht. Sie sollten weniger von Weihwasser und mehr von den tatsächlichen Erfolgen reden, die wir mit der Qualität an unseren Schulen haben.

Die Ganztagschule und die Ganztagsbetreuung sollten wir vorurteilsfrei betrachten. Ich sagen Ihnen ganz offen: Meine Tochter – mein fünftes Kind – war in der Ganztagsbetreuung. Sie hat mit 14 Jahren zu mir gesagt, sie würde gerne einen Übungsleiterschein machen oder am

Nachmittag eine Gruppe in der Kirche leiten. Sie wollte nicht mehr in die Ganztagsbetreuung gehen.

(Frau Steiger (SPD): Mit 14 kann man keinen Übungsleiterschein machen!)

Dann habe ich gesagt, dann bleibst du halt zu Hause.

Das geht bei der Ganztagschule nicht. Warum geben wir den Eltern nicht die Freiheit, selbst zu entscheiden? Behandeln Sie dieses Thema vorurteilsfrei.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Hirschmann, Sie haben den Fall in Coburg angesprochen. Nachdem wir alle nicht die Ursachen kennen, Frau Hirschmann, bitte ich, sensibel damit umzugehen und nicht voreilig falsche Schuldzuweisungen zu machen.

(Frau Steiger (SPD): Die hat sie nicht gemacht!)

Solange Ermittlungen laufen, solange die Nachrichtensperre aufrechterhalten ist, sollten Sie das nicht tun. Ich meine, Sie machen es sich da schon etwas einfach.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Ganz bestimmt nicht!)

Deswegen möchte ich auch noch einmal an die notwendige Sensibilität Ihrerseits appellieren.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die brauchen doch gerade Sie!)

Lassen Sie mich noch einmal zu Armut, verdeckter Armut, etwas sagen. Wir haben den Familienreport vom ifb für das Jahr 2003. In Bayern haben wir, eine Sozialhilfedichte von 17, das ist auf 1000 Einwohner gerechnet. Nordrhein-Westfalen hat 36, Schleswig-Holstein 43. Bayern hat damit die niedrigste Sozialhilfedichte in der Bundesrepublik. Ich könnte Ihnen diese Zahlen alle vorlesen, gerade für die rot-grün regierten Bundesländer. Armut hat eben leider Gottes schon etwas mit Wirtschaftspolitik, mit Wirtschaftswachstum und mit Arbeitsplätzen zu tun. Wenn wir in Bayern die niedrigste Sozialhilfedichte haben, dann hat das doch mit den Rahmenbedingungen zu tun. Frau Kollegin Schopper, zur verdeckten Armut: Wir vom Sozialministerium werben immer dafür, dass auf Sozialhilfe ein Rechtsanspruch besteht. Mehr können wir nicht machen.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Interpellation zurückkommen und auf die Diskussion insgesamt eingehen, die hier und heute geführt wird. Für mich ist diese Interpellation eine gute Gelegenheit, gerade anhand der dort enthaltenen Zahlen, ein Resümee über getane Arbeit zu ziehen und gleichzeitig einen Ausblick auf die vor uns stehenden Herausforderungen zu geben. Gerade die Diskussion „Mehr Rechte für Kinder“ verleitet zur irrtümlichen Annahme, Handlungsbedarf bestehe in erster Linie in der Schaffung zusätzlicher formaler Rechtspositionen für Kinder. Übrigens hat auch die Jugendministerkonferenz einstimmig beschlossen, dass

das Zurückziehen auf formale Rechtspositionen allein für unsere Kinder nichts bringt.

Die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland und in Bayern ist, liebe Kolleginnen und Kollegen – das muss man immer wieder verdeutlichen und sagen – keine Frage der juristischen Durchsetzung, sondern sie ist vielmehr ein Problem der gesellschaftlichen Beachtung. Das zu bedenken ist ungeheuer wichtig. Wir müssen in Deutschland ein Klima schaffen, in dem letztendlich Kinderfeindlichkeit geoutet wird. Ich halte das für ungeheuer wichtig. Ich denke dabei gerade an solche Dinge wie den Lärmschutz an Kinderspielplätzen. Man hat in den Kommunen beispielsweise darüber diskutiert, dass an den Freispielanlagen der Kindergärten Lärmschutzwälle errichtet werden müssten. Kinder unter Immissionsschutzgrenzwerten zu betrachten halte ich für fatal. Wir brauchen in unserer Gesellschaft, das mahne ich an, diesbezüglich ein Umdenken.

Kinder und Familien brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Das gilt für das konkrete Lebensumfeld jedes einzelnen Kindes ebenso wie für die allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir diskutieren über viele differenzierte Maßnahmen. Die wichtigste und alles überragende Bedingung, die das Wohl und die Entwicklung unserer Kinder gewährleistet und fördert heißt aber: Es muss jemand für die Kinder da sein. Es muss jemand mit den Kindern reden, mit ihnen spielen, lachen und auch streiten. Es muss sich jemand mit den Kindern auseinandersetzen, bereit sein, den Kindern Grenzen zu setzen und Grenzen aufzuzeigen. Dabei muss ich auch sagen, dass die überwiegende Mehrheit in unserem Lande das durchaus tut. Dort, wo wir feststellen, dass Kinder alleine gelassen werden, wenn das Verlässlichste im Leben sozusagen das Fernsehprogramm ist, muss der Staat in Zukunft sein Wächteramt durchaus auch ein Stück konsequenter ausüben. Im Hinblick auf die kleine, aber aufsehenerregende Zahl massiv straffälliger Kinder und Jugendlicher – auch das kam in der Diskussion heute zur Sprache – ist es nach meiner festen Überzeugung an der Zeit, darüber nachzudenken, wie wir die Eingriffsschwelle und die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in der Erziehungsverantwortung der Eltern sauberer und klarer definieren. Stichwort: Elterliches Sorgerecht. Auch Eltern müssen wissen, ab welcher Grenze der Staat die Wahrnehmung der Erziehungsverantwortung nicht mehr als gewährleistet ansieht. Dem Kindeswohl ist in bestimmten Fällen am besten gedient, wenn rechtzeitig klare Grenzen aufgezeigt werden.

Kinder und Familien brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. In Bayern setzen wir familienverlässliche Rahmenbedingungen. Ministerpräsident Edmund Stoiber hat in seiner Regierungserklärung am 29. 10. 1998 vor diesem Hohen Haus erklärt, dass Familienleistungen trotz eines strikten Sparkurses der Regierung von Kürzungen ausgenommen bleiben. Die Staatsregierung hat nicht nur Wort gehalten, sondern wir haben gerade für die Kinder- und Familienpolitik ausgabenwirksame Schwerpunkte gesetzt. Als Beispiel nenne ich das Landeserziehungsgeld, das ein Herzstück der bayerischen Familienpolitik darstellt. Wir waren Motor bei der Einführung des Bundeserziehungsgeldes. Bayern war das

erste Land, welches das Landeserziehungsgeld einführte.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Freistaat hat seit der Einführung 1,5 Milliarden € hierfür ausgegeben. Sie sollten nicht mit dem Kopf schütteln, Frau Kollegin Narnhammer, denken Sie doch lieber daran, welche Einsparungen der Bund zur Zeit beim Bundeserziehungsgeld in den ersten sechs Monaten vorsieht. Wenn man bedenkt, dass alleine 40 Prozent der Akademikerinnen keine Kinder mehr bekommen, dann ist es doch eine fatale Entwicklung, in den ersten sechs Monaten das Bundeserziehungsgeld so gewaltig zu kürzen.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! Meinen Sie denn, ich bekomme Kinder nur wegen des Erziehungsgeldes?)

Das ist doch geradezu kontraproduktiv. Da sollten Sie sich lieber Gedanken über die Maßnahmen der eigenen Regierung machen. Kein anderes Land zahlt im Hinblick auf Dauer und Leistungshöhe ein vergleichbares Landeserziehungsgeld. Das Landeserziehungsgeld wurde in der ablaufenden Legislaturperiode sogar noch weiter verbessert. Wir haben es für das dritte Kind und für weitere Kinder erhöht, von 256 € auf 307 €.

Sie haben heute auf die Sozialhilfe abgehoben. Gerade die Kinder von Alleinerziehenden und die Mehrkinderfamilien sind doch diejenigen, die von Sozialhilfe leben. Dennoch hat der Bund bei den letzten Kindergelderhöhungen die Mehrkinderfamilien – also ab dem dritten Kind – bei der Erhöhung des Kindergeldes komplett vergessen.

Beim Landeserziehungsgeld wurde auch der Bezug für Drittstaatler ausgeweitet. Wenn beide Eltern Drittstaatler sind, zahlen wir Landeserziehungsgeld, wenn das Kind die Deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Ein weiteres Beispiel ist die Kinderbetreuung, Stichwort: Wahlfreiheit. Für uns ist es ganz wichtig, dass wir die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit verbessern. Das gehört für uns zu den familienpolitischen Schlüsselthemen schlecht hin. Wir haben deshalb unseren Schwerpunkt in der abgelaufenen Legislaturperiode auf das Gesamtkonzept zur kinder- und familiengerechten Betreuung von Kindern und Jugendlichen gesetzt. Wir haben die Weichen für einen bedarfdeckenden Ausbau der Kinderbetreuung gestellt. Das Gesamtkonzept setzt durchaus Maßstäbe in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht. Mit unserem 313 Millionen € umfassenden Programm werden 30 000 zusätzliche, neue Kinderbetreuungsplätze in Bayern geschaffen. Das ist ein bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung bis zum Jahr 2008. Ich meine, hier können wir uns wirklich sehen lassen. Insgesamt gesehen haben Sozial- und Kultusministerium für 2002 im Haushalt 540 Millionen € für die Kinderbetreuung zur Verfügung. Seit Beginn des Jahres 2002 werden bis 2005 noch einmal 313 Millionen € draufgesattelt.

Viele Länder sind neidisch, dass wir in Bayern so erfolgreich sind. Das Angebot wird ausgesprochen gut angenommen. Wir werden 30 000 neue Plätze schaffen, jedes Jahr 1000 Plätze allein für Kinder unter 3 Jahren, 5000 Plätze für Schulkinder. Das wird von den Kommunen sehr gut angenommen. Die Versorgungsquote an den Kindergärten für die Drei- bis Sechsjährigen konnten wir in den Jahren 1998 bis 2002 noch einmal anheben, von 88,5 Prozent auf 95,7 Prozent. Bei den Angeboten für die unter Dreijährigen haben wir mittlerweile eine Bedarfsdeckung von 4,3 Prozent erreicht.

Dies wird zur Zeit von keinem anderen westlichen Flächenland erreicht.

Wenn Sie sagen, Bayern habe schließlich Nachholbedarf gehabt, dann muss ich Ihnen antworten: Wir sind mittlerweile Spitze und das ist doch das, was im Moment zählt. Dies gilt auch, wenn wir zurückblicken und uns vor Augen führen, welche Erfolge wir erreicht haben. Wir haben einen Schwerpunkt auf dieses Feld gelegt, und ich halte das für ungeheuer wichtig. Ich meine, Sie sollten das auch einmal neidlos anerkennen. Wir haben die Zahl der Hortplätze, wenn ich die Altersöffnungen in Kindergärten dazurechne, von 1998 bis 2002 um 51% gesteigert. Auch in diesem Punkt sind wir hervorragend; ich möchte Ihnen das ganz offen sagen. Zusätzlich sind die Öffnungszeiten flexibilisiert und die Ferienschlusszeiten reduziert worden, und zwar alles familiengerecht ausgestaltet. Mittlerweile nutzt mehr als jeder vierte Kindergarten die Möglichkeiten der Altersöffnung. In Bayern werden wesentlich mehr Häuser für Kinder errichtet. Der Kindergarten wandelt sich und bewegt sich hin zu einem Haus für Kinder. Das ist eine hervorragende Entwicklung, die wir in Bayern initiiert haben.

Lassen Sie mich noch zur Kinder- und Jugendhilfe kommen: Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein zentrales Anliegen für das Wohl von Kindern und Jugendlichen. Trotz Spar- und Konsolidierungslinie beim bayerischen Staatshaushalt – Stichwort Nachhaltigkeit; ich gebe Ihnen völlig Recht, Nachhaltigkeit ist in allen Bereichen erforderlich und es ist auch kinderfreundlich, weil wir nicht die Zukunft unserer Kinder verfrühücken – ist der Haushaltsansatz für die Kinder- und Jugendhilfe nochmal um eine halbe Million € erhöht worden. Wir setzen hier einen Schwerpunkt in der Jugendsozialarbeit an Schulen. Wir wollen einen bedarfsgerechten Ausbau der Jugendsozialarbeit an bayerischen Schulen voranbringen. Auch in diesem Bereich möchte ich auf die Erfolge hinweisen. Durch die laufenden Angebote der Jugendsozialarbeit ist das Gewaltpotenzial an den jeweiligen Schulen um 52% reduziert worden.

(Frau Radermacher (SPD): Das wissen wir schon lange!)

Wir sind das einzige Land, das bei der Jugendsozialarbeit eine Regelförderung durchführt.

(Frau Radermacher (SPD): Jetzt hören sie doch auf! Schulsozialarbeit gibt es in anderen Bundesländern schon seit 30 Jahren!)

Im Doppelhaushalt 2003/2004 werden dafür circa 2,9 Millionen € vorgesehen und für den kontinuierlichen Ausbau sind 32 Millionen € kalkuliert worden.

Ganz pointiert möchte ich darauf hinweisen, dass die Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung ganz besondere Auswirkungen auf die Arbeitsmarktchancen Jugendlicher hat. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir einen Schwerpunkt bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt setzen. Denn ohne Unterstützung und Hilfe ist dieser Personenkreis ganz chancenlos. Deshalb wird die berufsbezogene Jugendhilfe in über 100 Einrichtungen mit 5,3 Millionen € aus dem Jugendhilfeeat gefördert. Wir haben hierzu auch Zuschüsse aus dem Arbeitsmarktfonds in Höhe von 1,7 Millionen € zur Verfügung gestellt. Dadurch werden übrigens auch die Kommunen finanziell entlastet. Dies gilt auch für den Ausbau der Kinderbetreuung. Durch das Gesamtkonzept werden die Kommunen um 116 Millionen € finanziell entlastet. Auch das muss man ganz klar und deutlich sagen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Nachdem die Kommunen seit Jahrzehnten Vorleistungen gebracht haben!)

Darüber hinaus haben wir aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum von 2000 bis 2006 insgesamt 33,5 Millionen € für berufsbezogene Jugendhilfe eingeplant. Ich glaube schon, dass es Ihnen ein Stück weit weh tut, wenn wir die Erfolge der Bayerischen Staatsregierung aufzählen, weil sie Ihnen insgesamt nicht so ganz passen. Ich meine aber, dass Sie die Ergebnisse positiv zur Kenntnis nehmen sollten, weil wir die Situation unserer Kinder in Bayern intensiv verbessert haben.

Ich komme zur Kinder- und Jugendkriminalität: Die Kinder- und Jugendkriminalität stagniert auf einem hohen Niveau. Somit besteht ein dringender Handlungsbedarf. Wir haben daher bei der Jugendhilfe einen Schwerpunkt beim Ausbau der ambulanten Erziehungshilfe und bei der Verbesserung der Wirksamkeit der Jugendgerichtshilfe durch ein Controlling und ein Qualitätsprogramm gesetzt. Des Weiteren werden die Möglichkeiten der geschlossenen Unterbringung durch drei dezentrale Clearingstellen für massiv straffällige dissoziale Kinder und Intensivtäter, die noch strafunmündig sind, ausgebaut. Unser Ziel ist, auf ein massiv delinquentes Verhalten von Kindern ganz schnell reagieren zu können, um diese sehr rasch aus ihrem negativen sozialen Umfeld herauslösen zu können.

Kinder, Jugendliche und Familien brauchen verlässliche Unterstützung bei der Erziehung. Wir stellen fest, dass immer mehr Eltern bei den Fragen Familien, Bildung oder Erziehung verunsichert sind. Deswegen hat die Erziehungsberatung in Bayern von jeher einen ungeheuer hohen Stellenwert gehabt. Der Mittelansatz im Doppelhaushalt beträgt 17,4 Millionen €. Zur Optimierung gilt es, verstärkt neue Medien zu nutzen, mit dem Ziel, Eltern und junge Menschen, die Probleme und Sorgen haben, zu erreichen und rechtzeitig präventive Angebote zu machen. Ich sage auch immer, man müsste eigentlich mit Fragen der Familienbildung bereits bei den geburtsvorbereitenden Kursen an die Eltern herantreten.

Um Eltern, die Probleme und Sorgen haben, unterstützen zu können, haben wir eine modellhafte Förderung des Sorgenchats auf den Weg gebracht. Das war letztendlich die Grundlage für die Online-Beratung im Internet, die bei der Bundeskonferenz der Erziehungsberatung die Steilvorlage geliefert hat, um auch die restliche Bundesrepublik mit ins Boot zu nehmen. Wir in Bayern schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche sowie für Familien. Auf uns können sich unsere Familien und unsere Kinder verlassen.

Wenn ich mir auf der anderen Seite die Rahmenbedingungen betrachte, die auf der bundespolitischen Ebene gesetzt werden, dann finde ich überhaupt keine Verlässlichkeit und keine Berechenbarkeit mehr. Der Oberbürgermeister Christian Ude hat kurz nach dem Beginn der rot-grünen Koalition gesagt: „Wir sind immer bereit, uns hinter die Bundesregierung zu stellen, sobald wir wissen, wo sie denn tatsächlich steht.“ Ich kann mir durchaus vorstellen, dass die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion mitunter das gleiche Problem haben. Länder und Kommunen wissen beispielsweise bis heute nicht, wie das angekündigte Versprechen der Bundesregierung, 1,5 Milliarden € für die Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen, umgesetzt wird. Ich habe das letzte Mal bei der Kollegin Schmidt direkt nachgefragt. Sie hat es mir auch nicht sagen können. Wobei man dazu sagen muss: Es ist ein seltsames Unterfangen, von Berlin aus zu sagen, man wolle 20% Kinderkrippenbetreuung flächendeckend in Deutschland. Da habe ich meine ganz großen Vorbehalte dagegen.

Die Familien drohen auch immer mehr in den Mittelpunkt der Sparbemühungen der Bundesregierung zu rücken. Wir haben auf der einen Seite – ich habe es vorhin schon gesagt – die Senkung der Einkommensgrenzen für das Bundeserziehungsgeld in den ersten sechs Lebensmonaten, was ganz fatale Auswirkungen haben wird. Wir brauchen im Grunde eine bessere Förderung, damit sich mehr Familien und Frauen für das erste Kind entscheiden. Deswegen hat der Plan der Bundesregierung ganz fatale Auswirkungen, nachdem 30% unserer jungen Frauen und 40% der Akademikerinnen keine Kinder mehr bekommen. Ich denke weiter an die geplante Streichung der Eigenheimzulage und an die Einführung einer Einkommensgrenze in das Unterhaltsvorschussgesetz. Der Etat des Bundesfamilienministeriums sinkt um 355 Millionen €. Das sind die verlässlichen Rahmenbedingungen, die der Bund unseren Kindern und Familien setzt. Von der im Koalitionsvertrag als Zielsetzung ausgerufenen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Familien kann neun Monate danach überhaupt keine Rede mehr sein.

Frau Kollegin Schopper, Sie haben gesagt, wir müssten mit dem Familiengeld bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, solange wird die rot-grüne Bundesregierung gar nicht mehr in der Verantwortung stehen, sodass wir nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten müssen. Dessen können Sie sich ganz sicher sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Entscheidung für Kinder in unseren jungen Familien drückt aus der Sicht der Eltern letztendlich Zuversicht aus. Hinter dieser Ent-

scheidung steckt die Zuversicht, den richtigen Lebenspartner gefunden zu haben. Hinter dieser Entscheidung steckt auch ein Stück Optimismus im Hinblick auf die Entwicklung des persönlichen Lebensstils. Ja zu Kindern heißt letztendlich Optimismus im Leben. Jede Ungewissheit und jede Unwägbarkeit tragen aber dazu bei, dass ein vorhandener Kinderwunsch aufgeschoben wird. Politik, Arbeitgeber und ganz ausdrücklich die Wirtschaft sind aufgerufen, für verlässliche Rahmenbedingungen zu sorgen. Im Hinblick darauf ist die jetzige gesamtwirtschaftliche Situation verbunden mit der Angst um den Arbeitsplatz familienpolitisch ein wirkliches Desaster. Diese wirtschaftliche Situation sorgt für zusätzliche Verunsicherung bei unseren Familien und trägt letztendlich dazu bei, dass die Kinderquote in Deutschland weiterhin sinken wird, weil der Optimismus und die Zuversicht, die wir in unseren Familien dringend brauchen, fehlen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Fraktionen dafür bedanken, dass sie sich bei der Verwaltung für die Arbeit zur Beantwortung dieser Interpellation bedankt haben. Ich nehme diesen Dank gerne für meine Verwaltung entgegen, weil ich weiß, dass Sie es anerkennen, dass wir uns intensiv darum bemüht haben, diese Interpellation noch in dieser Legislaturperiode zu behandeln.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Vor Beendigung des Tagesordnungspunktes erhält Herr Kollege Heike das Wort gemäß § 110 der Geschäftsordnung zu einer persönlichen Bemerkung.

Heike (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kollegin Hirschmann hat in ihrer Rede auf den Coburger Schülerselbstmord hingewiesen und einen Zwischenruf von mir so gehört, als ob ich das Wort „Schwachsinn“ gebraucht hätte. Das ist nicht richtig. Ich habe diesen Hinweis von ihr als geschmacklos bezeichnet. Ich werde mich dagegen verwahren, dass behauptet wird, es sei irgendwo das Wort „Schwachsinn“ gefallen. Es ist weder von mir noch von meiner Fraktion gebraucht worden, dafür ist die Sache viel zu ernst.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen jetzt zu den Anträgen, die noch offen sind. Das wird eine Regional-Rallye von Schwaben über Mittelfranken nach Oberfranken werden. Wenn wir diszipliniert beraten, werden wir auch zügig fertig.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 40

Antrag der Abgeordneten Leichtle, Strasser, Güller und anderer (SPD)

Fördermittel für das Klinikum Augsburg (Drucksache 14/11593)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Güller.

Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Sachverhalt ist zumindest den Kollegen aus der Region Augsburg und Schwaben klar. Wir haben in Augsburg seit 1982 ein vom Krankenhauszweckverband betriebenes Krankenhaus der vierten und damit höchsten Versorgungsstufe. Augsburg ist als einziger Großraum in ganz Bayern nicht mit einer Universitätsklinik ausgestattet. Deshalb müssen wir die Investitionskosten für die Neubeschaffung von medizinischen Geräten aus der Pauschale nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz bezahlen. Diese Mittel reichen nicht aus; das Defizit trägt zu circa drei Viertel die Stadt Augsburg und zu zirka einem Viertel der Landkreis Augsburg. Nun stehen in den kommenden Jahren Erneuerungsinvestitionen in einer Größenordnung von ca. 150 Millionen € an. Soweit, so gut.

Alle Politiker der Region, alle Abgeordneten, ob von SPD oder CSU, sind sich vor Ort darin einig, zu fordern, dass der Freistaat Bayern endlich seinen Verpflichtungen nachkommt und das Klinikum Augsburg entweder über das Krankenhausfinanzierungsgesetz oder über den Umweg der Errichtung einer Universitätsklinik so fördert, wie es in den anderen Ballungsräumen Bayerns auch üblich ist. Wir können diese Kosten nicht auf den Landkreis und die Stadt Augsburg abwälzen. Soweit gehen auch die Lippenbekenntnisse der CSU-Kollegen vor Ort.

Es gibt zahlreiche Initiativen, und eine der Initiativen ist unter anderem von den Kollegen Leichtle, Strasser, von Frau Kollegin Goertz und von mir gestartet worden. Wir haben im Bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: Die Staatsregierung wird aufgefordert, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen; gegebenenfalls sind die entsprechenden Mittel im Rahmen eines Nachtragshaushalts einzustellen. Dieser Antrag wurde im Haushaltsausschuss auch beraten, und – siehe da! – die lieben schwäbischen Abgeordneten der CSU erfinden eine ganz tolle und neue Strategie. Der Kollege Strehle stimmt unserem Antrag zu, das macht zusammen mit den Stimmen der SPD und der Grünen neun Stimmen. Neun Abgeordnete der CSU, die regional nicht beteiligt sind, stimmen schnöde gegen den Antrag; ein Kollege, welcher einen Stimmkreis in Augsburg Land neu bekommen hat – es ist der Kollege Winter – denkt sich, jetzt spiele ich einmal „Schweinchen Schlau“ und enthalte mich der Stimme, damit der Antrag abgelehnt ist, ich aber trotzdem vor Ort die große Rede führen kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie von der CSU in Schwaben werden heute die Gelegenheit bekommen, nachzuweisen, ob Sie in Ihrer Landtagsfraktion Einfluss haben oder nicht. Sie werden die Gelegenheit haben, in namentlicher Abstimmung, die ich hiermit namens der SPD-Fraktion beantrage, nachzuweisen, dass Sie nicht nur vor Ort Lippenbekenntnisse abgeben und eine große Lippe riskieren, sondern dass Sie auch in München die regionalen Interessen der Stadt

und des Landkreises Augsburg sowie der gesamten Region Augsburg vertreten.

Gestern habe ich gehört, dass wir berechtigterweise fordern sollten, dass der Bund die Mittel in Höhe von 10 Millionen € nach der Gemeinschaftsaufgabe nicht streichen sollte. Welches Geheule ist hier von der CSU in Richtung Berlin gemacht worden? Wie sind wir in die Verpflichtung genommen worden, auch für den ostbayerischen Raum etwas zu tun? Natürlich haben wir diese Verpflichtung auch aufgegriffen und ernst genommen. Deshalb erwarte ich von Ihnen heute, dass Sie auch die Region Augsburg finanziell nicht im Regen stehen lassen und dass Sie vor Ort nicht anders reden als Sie hier im Bayerischen Landtag abstimmen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie die Region auch dann, wenn Sie nicht mehr im Stimmkreis sind, vertreten. Schauen wir einmal, was der Kollege Winter macht.

(Dr. Hahnzog (SPD): Wenn er da wäre! – Herbert Müller (SPD): Winter ade, scheiden tut weh!)

Schauen wir einmal, was die anderen Kollegen aus Schwaben machen, ob sie die Kraft haben, die anderen Kollegen in der CSU-Fraktion zu überzeugen. Viel Spaß bei der Abstimmung.

(Beifall bei der SPD – Freiherr von Rotenhan (CSU): Wir sind doch nicht im Kreistag von Augsburg! – Widerspruch bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Meyer.

Meyer (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Fördermittel für das Klinikum Augsburg haben wir bereits sehr intensiv im Haushaltsausschuss des Parlaments erörtert und in der Debatte hinterfragt. Ich darf anmerken, dass wir uns in der Zielsetzung einig sind. Allerdings sind wir der Auffassung, dass die angestrebte Festlegung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist.

Die Krankenhausträger erhalten für die Beschaffung kurzfristiger Anlagegüter wie etwa medizinisch-technischer Geräte sowie für kleinere Baumaßnahmen pauschale Fördermittel. Diese Fördermittel bemessen sich im Wesentlichen nach Bettenzahl, Fachrichtungen und Versorgungsstufen des einzelnen Krankenhauses. Mit ihnen können die Träger im Rahmen der Zweckbindung frei wirtschaften.

Der Träger des Zentralklinikums Augsburg möchte in den Jahren 2003 bis 2006 medizinisch-technische Geräte im Wert von rund 48 Millionen € beschaffen.

Die Regierung von Schwaben prüft derzeit den angemeldeten Beschaffungsbedarf. Ich erwarte, dass die Regierung von Schwaben diese Prüfung beschleunigt zum Abschluss bringt und das Ergebnis dem Fachministerium zur Entscheidung vorlegt. Der Haushaltsausschuss des Landtags hat auf Antrag der CSU die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, wie die pauschalen Förder-

mittel für den Betrieb des Klinikums des Krankenhauszweckverbandes Augsburg angehoben werden können. Auf Antrag der CSU hat der Haushaltsausschuss beschlossen, dass dem Landtag bis zum 31. Oktober dieses Jahres zu berichten ist. Aus den dargestellten Gründen lehnen wir den vorliegenden Antrag der SPD ab.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich mache darauf aufmerksam, dass zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt wurde. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Sprinkart.

Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Unserer Fraktion kann man sicherlich nicht nachsagen, dass sie der Staatsregierung permanent die Benachteiligung Schwabens vorhalten würde. Wir tun das vor allem deshalb nicht, weil dies weniger ein Problem der Staatsregierung ist. Vielmehr ist das Problem die mangelnde Durchsetzungskraft der schwäbischen CSU-Kollegen im Kabinett und in der Mehrheitsfraktion. Im Fall des Klinikums Augsburg liegt die Benachteiligung auf der Hand. Im Antrag der SPD wird nicht einmal die Errichtung einer Universitätsklinik gefordert, obwohl eine solche Augsburg als dem drittgrößten Ballungsraum in Bayern durchaus zustehen würde. In diesem Falle wäre die Finanzierung durch den Freistaat automatisch geregelt.

Was wir jedoch wollen und vor allem unbedingt brauchen sind die entsprechenden Fördermittel für den medizinisch-technischen Bedarf, da der Zweckverband diese Mittel nicht aufbringen kann. Abgesehen davon ist das auch nicht seine Aufgabe. Gestern Nachmittag haben wir lange und eingehend über die Verbesserung der kommunalen Finanzen diskutiert. Mit Ihrer Verweigerungshaltung beim Klinikum Augsburg bürden Sie den betroffenen Kommunen Kosten auf, die sie nicht schultern können.

Der Krankenhauszweckverband Augsburg und die ihn tragenden Gebietskörperschaften brauchen keine salbungsvollen Worte, sondern Fördermittel für die notwendige Ausstattung des Klinikums. Andernfalls würden der Raum Augsburg und damit Schwaben insgesamt in der medizinischen Versorgung noch weiter hinter die anderen Regionen Bayerns zurückfallen. Das kann nicht im Sinne Augsburgs, nicht im Sinne Schwabens und auch nicht im Sinne der Staatsregierung sein. Eine solche Verweigerungshaltung wäre vielmehr verantwortungslos gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Augsburg und Schwaben. Ich halte es für bezeichnend, dass vonseiten der CSU-Fraktion kein Schwabe ans Rednerpult trat, sondern ein Niederbayer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner: Herr Kollege Leichtle.

Leichtle (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zusammen mit Herrn Kollegen Strehle bin ich stellvertretender Vorsitzender des Krankenhauszweckverbandes und stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender des Klinikums Augsburg. Ein Kollege der CSU hat vorhin in einem Zwischenruf das Wort „Kreistag“ gebraucht. Dieser Kollege kann natürlich keine Ahnung über die historische Entwicklung haben, die sich bis zur Schaffung dieses Klinikums vollzogen hat. Im Jahre 1969 hat der Bayerische Landtag beschlossen, dass Augsburg eine medizinische Fakultät erhält. Die Bayerische Staatsregierung hat nichtsdestotrotz diese medizinische Fakultät als zweite medizinische Fakultät nach München verschoben. Schon damals hat der oberbayerische Zentralismus der CSU zugeschlagen.

(Dr. Bernhard (CSU): Mehr München!)

Da sich die Krankenhäuser in Augsburg damals in Gebäuden aus der Mitte des 19. Jahrhunderts befanden, haben sich Stadt und Landkreis Augsburg zu einem Zweckverband zusammengeschlossen und mit großzügiger Unterstützung des Freistaates Bayern ein Zentralklinikum geschaffen, ein Haus der vierten Versorgungsstufe mit universitätsgleichen Leistungen. Ich würdige diese positive Unterstützung des Freistaates Bayern ausdrücklich.

Die Investitionen wurden kräftig bezuschusst, vielleicht wegen des schlechten Gewissens, da der Landtagsbeschluss nicht vollzogen wurde, wonach Augsburg eine medizinische Fakultät bekommen soll. Insofern war dann für einige Jahre die Sache in Ordnung. Der Beschluss des Bayerischen Landtags war sicher folgerichtig; denn in allen anderen bayerischen Ballungsräumen unterhält der Staat Universitätsklinik. In München sind es sogar zwei, nachdem eine Fakultät von Augsburg nach München verschoben wurde. Weitere Fakultäten gibt es in Erlangen-Nürnberg in Würzburg und in Regensburg. Nur im drittgrößten Ballungsraum Bayerns, nämlich in Augsburg und Schwaben, mussten die Kommunen dieses Objekt selber schultern. Dieses Klinikum hat seinerzeit 650 000 DM gekostet. Vor 20 Jahren war das eine sehr stolze Leistung. Für 150 Millionen DM wurden medizinisch-technische Geräte für dieses Haus angeschafft. Damit war das Klinikum ein universitätsgleiches Haus mit höchstem Niveau.

Meine Damen und Herren, mittlerweile sind 20 Jahre vergangen. Die Medizintechnik, die damals für 150 Millionen DM angeschafft wurde, ist dringend erneuerungsbedürftig. Außerdem muss das Haus am medizinisch-technischen Fortschritt teilnehmen. Dieses Haus hat die höchste Versorgungsstufe. Deshalb darf dort nicht mit Geräten, die 20 Jahre alt sind, weitergearbeitet werden. Wir dürfen nicht so tun, als hätte der medizinisch-technische Fortschritt in den letzten 20 Jahren nicht stattgefunden. Aus diesem Grunde ist es nicht mehr als recht und billig, wenn dieses Haus nach 20 Jahren eine grundlegende Erneuerung der Medizintechnik und der Bausubstanz erfährt.

(Meyer (CSU): Da sind wir uns einig!)

In der Anfangsphase des Klinikums wurden sogar alte Geräte der Stadt Augsburg übernommen. Der Handlungsbedarf ist groß; denn der Freistaat Bayern ist nach dem Gesetz verpflichtet, die Versorgungsfunktion eines Klinikums aufrechtzuerhalten. Zum Versorgungsauftrag eines Klinikums der Versorgungsstufe 4, also der höchsten Versorgungsstufe, gehören die neuesten medizinischen Geräte. Für mich ist es nicht einsehbar, warum Universitätsklinika in anderen Landesteilen mit Millionen und Abermillionen jedes Jahr bezuschusst werden, während in Augsburg diese Beträge von der Stadt und vom Landkreis geschultert werden müssen. Der Freistaat Bayern darf sich jetzt, wo in diesem Klinikum ein dringender Erneuerungsbedarf besteht, nicht drücken. Aus diesem Grunde bitte ich Sie sehr herzlich, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD – Meyer (CSU): Niemand drückt sich!)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Strehle.

Strehle (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe mit meinen Vorrednern darin einig, dass für das Klinikum Augsburg zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich sind, um den medizinisch-technischen Standard, der für dieses Haus notwendig ist, sicherzustellen. Dieses Klinikum der höchsten Versorgungsstufe muss für Augsburg und für den ganzen Raum Schwaben gesichert werden.

Herr Kollege Güller, wer meint, dieses Ziel könnte mit dem vorliegenden Antrag erreicht werden, irrt. Sie machen hier eine reine Schaufensterveranstaltung, obwohl Sie wissen, dass die Verhandlungen und die Bemühungen bereits weiter gediehen sind. Ihr Antrag ist schon älteren Datums. Am 12. März hat in diesem Hause ein Spitzengespräch stattgefunden, an dem sich die Verantwortlichen aus dem Augsburger Raum, nämlich der Augsburger Oberbürgermeister Dr. Wengert, und der Augsburger Landrat Dr. Voegelé, der Finanzminister, unsere Sozialministerin und verschiedene Abgeordnete beteiligt haben. Bei diesem Gespräch wurde Einvernehmen erzielt, für das Augsburger Klinikum das Notwendige zu tun.

In der Zwischenzeit ist viel passiert. Der Vorstand des Augsburger Klinikums wurde beauftragt, die entsprechenden Anträge zu präzisieren und Geräteanforderungen zu begründen.

Das hat etwas länger gedauert; das gebe ich zu. Ich habe auch im Haushaltsausschuss entsprechend zum Ausdruck gebracht, dass die Regierung von Schwaben, die hier in die Prüfung eingeschaltet ist, zu lange brauchte, um das Ganze abzuklären.

Mittlerweile ist in dieser Woche – Herr Kollege Güller, das wissen auch Sie – Entsprechendes vorgelegt worden. Termin ist morgen, 11. Juli. Bis dahin muss die Regierung von Schwaben die Unterlagen beim Sozialministerium einbringen. Dann läuft die Sache über das Finanzministerium. Ich bin zuversichtlich, dass wir auf

einem guten Weg sind, das gewünschte Ergebnis zu erreichen. Aber Ihr Antrag von heute hat damit nichts bewirkt.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schieder?

Strehle (CSU): Ja.

Werner Schieder (SPD): Herr Kollege Strehle, wie kommen Sie dazu, jetzt zu meinen, dass der SPD-Antrag ein Schaufensterantrag sei? Sie haben dem Antrag im Haushaltsausschuss doch zugestimmt. Ich kann mir nicht vorstellen – wir kennen uns ja lange genug –, dass Sie einem Schaufensterantrag zustimmen würden. Irgendetwas kann da doch nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Strehle (CSU): Herr Kollege Schieder, wenn Sie den Inhalt des Antrags lesen, müssen Sie zugeben, dass er im Grunde genommen das gleiche beinhaltet, was wir seit Jahren fordern. Das weiß auch Herr Güller. Nur bedarf es nicht einer solchen Formulierung in Form eines Antrags, sondern da müssen Sie andere Dinge machen. Da müssen Sie sich einsetzen, Gespräche vor Ort führen. Da müssen Sie Gespräche in den Ministerien führen. Das ist notwendig. Es geht nicht darum, hier jetzt mit drei oder vier Zeilen ein solches Ansinnen vorzubringen.

(Zurufe von der SPD)

– Ich bin dankbar, dass auch ich in meinen Bemühungen – die werden Sie doch wohl nicht bestreiten – Ihre Unterstützung bekomme, und zwar über all die Jahre hinweg. Der Kollege Leichtle hat ja schon ausgesprochen, dass ich lange genug im Verwaltungsrat bin, wo ich die Anliegen deutlich machen kann.

Ich bin dankbar für jede Unterstützung auch von Ihrer Seite.

Ich werde dem Antrag also zustimmen, wie ich ihn auch im Haushaltsausschuss von der Sache her natürlich unterstützt habe. Allerdings bedurfte es dieses Antrags nicht, um das zu erreichen, was seit dem 12. März hier schon entsprechend gelaufen ist.

Ich hätte gern auch Ihre Unterstützung gesehen, Herr Kollege Güller. Sie waren weder bei der Besprechung dabei, noch haben Sie sich in der Folgezeit darum entsprechend bemüht. Aber heute stellen Sie sich hier hin und fordern; Sie sind der große Forderer für das Klinikum Augsburg. So etwas reicht aber mit Sicherheit nicht aus, um in der Region deutlich zu machen, dass Sie sich einsetzen. Dazu müssten Sie schon mehr bringen. Das gilt auch für die Zukunft, aber sicherlich ebenso für die Vergangenheit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Wort hat Frau Staatsministerin Stewens.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ganz kurz etwas klarstellen. Es geht hier letztendlich um ein paar Zahlen, um den Beschaffungsbedarf in der Medizintechnik. Dafür hat das Klinikum Augsburg eine Jahrespauschale von 5,2 Millionen €. Das sind die so genannten Zwölfermittel; die kennen Sie alle.

Hier wird ein Stück Populistik gemacht, wenn man sagt, die zuständigen schwäbischen Regierungsmitglieder hätten sich nicht eingesetzt. Die haben sich für das Zentralklinikum Augsburg doch intensiv eingesetzt, und zwar beide Regierungsmitglieder. Ich möchte mich hier auch beim Kollegen Max Strehle bedanken, der sich als örtlicher Abgeordneter immer intensiv für die Belange des Klinikums eingesetzt hat.

Ich möchte Ihnen noch eines dazu sagen. Die Verhandlungen laufen nun schon seit längerer Zeit. Deswegen hat der Kollege Max Strehle natürlich Recht, wenn er sagt, dass es sich hier um einen Schaufensterantrag handelt. Denn man weiß, dass man jetzt zum Ende kommt. Am Freitagmorgen wird die Regierung von Schwaben die abgestimmte Liste übermitteln.

Vom Zentralklinikum Augsburg ist eine Liste vorgelegt worden, in der es um die Summe von 47,9 Millionen € geht. Dass die Regierung von Schwaben diese Liste noch einmal exakt überprüft, ist richtig. Denn es geht um Steuermittel. Da muss man sich genau anschauen, was tatsächlich benötigt wird, was nicht benötigt wird, was sich über Leasing bereitstellen lässt usw. Dieses Verfahren halte ich für richtig.

Diese Abstimmung hat vor dem Hintergrund der gewissenhaften Prüfung etwas länger gedauert. Es musste exakt überprüft werden. Jetzt sind wir auf einem guten Weg, gemeinsam eine Lösung zu finden, und zwar gemeinsam mit der örtlichen Vertretung, mit Max Strehle, dem Zentralklinikum, dem Landrat Vogele und dem Oberbürgermeister Wengert.

Ich möchte noch auf Folgendes hinweisen. Wir sind im Bereich unserer Krankenhausförderung in Bayern Spitze. Das mag Ihnen zwar wieder nicht gefallen, aber wir haben 2002 einen Pro-Kopf-Betrag von 46,80 €, also bezogen auf einen Einwohner in Bayern. In den westdeutschen Flächenländern liegt der Durchschnitt bei 31,22 €. Auch hier sehen Sie: Wir lassen uns unsere Krankenhäuser etwas kosten. Im bundesdeutschen Vergleich haben wir den höchsten Förderbetrag pro Kopf.

Vor diesem Hintergrund sind wir zurzeit mit dem Zentralklinikum Augsburg auf einem guten Weg, zu einer Liste für die Medizintechnik zu kommen, die sicherstellt, dass das Notwendigste angeschafft werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, die namentlich erfolgen soll. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Ablehnung des Antrags. Für die Stimmabgabe sind entsprechend gekennzeichnete Urnen bereitgestellt, die Ja-Urne auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion, die Urne für Stimmenthaltungen auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Wir haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 11.07 bis 11.12 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Wir fahren inzwischen in der Tagesordnung fort.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 47

Antrag des Abgeordneten Gartzke und anderer (SPD)

Metropolregion Nürnberg und Trendszenarien der Raumentwicklung in Deutschland und Europa (Drucksache 14/12166)

Tagesordnungspunkt 48

Antrag der Abgeordneten Gartzke, Naaß, Dr. Ritzer und anderer (SPD)

Gesamt-S-Bahnausbau in der Metropolregion Nürnberg (Drucksache 14/12168)

Tagesordnungspunkt 49

Antrag der Abgeordneten Kaul, Schweder und anderer (CSU)

Entwicklung Nürnbergs zu einer Metropolregion (Drucksache 14/12773)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass vonseiten der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 47 beantragt worden ist.

Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Scholz.

Dr. Scholz (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident. Auch eine Schlussrede: Ich beginne mit dem Antrag Gesamt-S-Bahnausbau in der Metropolregion Nürnberg, Drucksache 14/12168.

(Unruhe im Saal – Glocke des Präsidenten)

Kolleginnen und Kollegen, es ist viel auf den Weg gebracht worden in Bezug auf den S-Bahnausbau in unserer Region. Was uns noch fehlt, ist ein Gesamtkonzept für die Region, sozusagen das, neufränkisch ausgedrückt, „Backbone“ für den gesamten öffentlichen Nahverkehr in Mittelfranken. Vom Wirtschafts- und vom Verkehrsministerium ist leider niemand anwesend. Das ist mehr als die vier Ausbaustrecken Forchheim–Neumarkt–Ansbach und Lauf–Hattmannshof. Es ist notwendig, auch im westlichen Mittelfranken und im südlichen Mittelfranken etwas zu tun. Es ist notwendig, dies zum Teil möglicherweise mit S-bahnähnlichem Ausbau zu gestalten. Dieses Gesamtkonzept fordern wir ein, und wir fordern von der Planung her ein, dass das ein wirkliches Netz wird, dass nicht die Linie 2 von Roth nach Nürnberg geht und es dann heißt: „Dieser Zug endet hier“, obwohl er weiterfährt, dann als S-Bahn 2 bis Altdorf. Dieses Konzept fordern wir ein und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall des Abgeordneten Hufe (SPD))

– Danke, Peter Hufe, Mittelfrankensprecher.

Ich komme jetzt zu dem Antrag 14/12773 der CSU, dem wir zustimmen, dem wir auch in den Ausschüssen zugestimmt haben, weil er ein Schritt in die richtige Richtung ist. Aber er ist ausgesprochen halbherzig. Es heißt hier: Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei einer Fortschreibung – wann immer die kommt – darauf hinzuwirken, dass das irgendwie vorangetrieben wird. Das ist halbherzig und es verschiebt dies auf einen Zeitpunkt, der irgendwo in der Zukunft liegt, möglicherweise beim Sankt-Nimmerleins-Tag.

Deswegen ist es uns ganz wichtig, Sie um die Zustimmung zu unserem Antrag zu bitten. Hier beziehe ich mich auf fast alle in Mittelfranken relevanten Gruppen. Das muss ich hier einmal ganz deutlich zum Ausdruck bringen. Diese Metropolregion und die Anerkennung der Region Nürnberg als Metropolregion wird von der Industrie- und Handelskammer einstimmig gefordert. Die gesamte Wirtschaft, die gesamte Region steht dahinter. Wir haben einen eigenen Verein Region Nürnberg e.V. Auch die Kommunen, alle stehen dahinter. Deswegen war es wohl auch so, dass der Wirtschaftsausschuss, der dann und wann Einsichten hat, die über die reine CSU-Linie hinausgehen, unserem Antrag zugestimmt hat. Der Wirtschaftsausschuss hat einstimmig diesen Antrag befürwortet. Es kommt mir schon sehr darauf an, diese Zustimmung zu bekommen. Das ging so weit, dass Kollege Söder gleich nach dem Abstimmungsergebnis zur Presse hinausgerannt ist, in Nürnberg angerufen und gesagt hat: Die CSU ist – er hat nicht gesagt „für den SPD-Antrag“ – für den Antrag, sofort die Metropolregion durch die Staatsregierung anzumelden.

Es gibt einen weiteren Befürworter: Ministerpräsident Stoiber hat, sowie er in die fränkischen Lande kam, seine Zustimmung zu dieser Aktion erklärt. Deswegen sind wir schon sehr enttäuscht, wenn wir die Signale bekommen, dass Sie nach interner Abstimmung unserem Antrag nicht zustimmen.

Ich darf Ihnen noch ein paar Zahlen nennen. Die Region Nürnberg könnte man als VGN-Region definieren. Das ist das, was im Münchner Raum dem MVV entspricht. Diese VGN-Region umfasst 2,1 Millionen Menschen. Das geht also weit über Mittelfranken hinaus in Richtung Bamberg, in Richtung großer Teile der Oberpfalz und des ganzen westlichen Mittelfrankens. Das ist als Definition für diese Region sehr gut geeignet, weil es die Wohn- und die Arbeitsstruktur entsprechend aufzeigt.

Die Voraussetzungen für so eine Metropolregion erfüllen wir durchaus. Die Arbeitsgemeinschaft der europäischen Metropolregionen hat unserem Antrag bereits zugestimmt. Das heißt, von dieser Seite her ist bereits anerkannt worden: Europäische Signale, ja, wir erkennen die Gesamtfunktion dieses Raumes als eine Metropolregion an.

Es ist wichtig, angesichts der Globalisierung in der Wirtschaft und der Konkurrenzsituation, in der diese Metropolregionen stehen, anzuerkennen, dass solche Metropolregionen notwendig sind, akzeptiert und auch so übergebracht werden. Ich darf darauf hinweisen, dass diese Metropolregion nicht mit dem identisch ist, was wir „fränkische“ Region nennen könnten, sondern sie ist, wie ich eben geschildert habe, durch den Einzugsbereich und die Verknüpfung der Arbeitsplatzstrukturen definiert.

Meine Damen und Herren von der CSU, wenn Sie diesem Antrag nicht zustimmen, bestätigen Sie das Resümee, das ich aus meiner neunjährigen Tätigkeit im Bayerischen Landtag ziehen muss, das lautet (singt): „Die altbayrische CSU, die lernt halt nix dazu, die Franken, die mungs halt net, des is a Gfrett.“

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich habe es in 21 Jahren Landtag nicht erlebt, dass jemand einen Schlussgesang gehalten hat. Aber man lernt nicht aus.

In der Diplomatenloge hat der Minister der Justiz der Republik Ungarn, Herr Dr. Peter Bányai, mit seiner Delegation Platz genommen. Ich heiße Sie, Herr Minister, zu Ihrem Besuch in Bayern sehr herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir wünschen Ihnen informative Gespräche und einen angenehmen Aufenthalt im Bayerischen Landtag.

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Schweder.

Frau Schweder (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Niemand braucht zu befürchten, dass ich singen werde. Lassen Sie mich zunächst kurz etwas zu den Metropolregionen sagen. Dieser Begriff der europäischen Raumordnungspolitik wurde in der Europäischen Union geprägt. Metropolregionen sollen eine ausgewogene Raumentwicklung fördern und unterstützen. Dazu hat die Europäische Union zum Beispiel, Paris, München, Mailand usw. festgelegt.

(Gartzke (SPD): Und Dresden!)

Das Thema „Metropolregionen“ wurde auch auf Bundesländer-Ebene mehrjährig behandelt und diskutiert. Dort hat man sich für Deutschland auf Metropolregionen wie Berlin/Brandenburg, Hamburg, München, Rhein/Main, Rhein/Ruhr, Stuttgart, Halle/Leipzig sowie das Sachsen-dreieck festgelegt. Bayern schlug die Region Nürnberg/Fürth/Erlangen, also die mittelfränkische Kernregion vor. Man war sich aber in der Raumordnungsministerkonferenz darin einig, mittelgroße Verdichtungsräume nicht einzubeziehen. Man hat es in dieser Konferenz abgelehnt – auch die SPD-Minister –, den Raum Nürnberg/Fürth/Erlangen einzubeziehen; für Niedersachsen wurde Hannover genauso abgelehnt.

(Gartzke (SPD): Weil es nicht gescheit begründet wurde!)

Dies war der Grund der Ablehnung, nicht weil es irgendeinen anderen Grund gäbe – im Gegenteil. Es ist nicht nur unser Wunsch, sondern auch der Wunsch des zuständigen Hauses und des Ministerpräsidenten, dass es eine Metropolregion Nürnberg/Fürth/Erlangen gibt; wir unterstützen alle diese Begehren. Aber es hat keinen Zweck, in dieser Situation die Staatsregierung aufzufordern, einen Antrag zu stellen, dass Nürnberg als Metropolregion in das Raumordnungskonzept Deutschland aufgenommen wird. Das bringt überhaupt nichts, weil das schon versucht wurde. Das heißt, man muss anders ansetzen und die Voraussetzungen zum Beispiel insofern verändern – das hat Bayern beantragt –, als man die Kriterien in einer Raumministerkonferenz noch einmal überprüft und sich darüber einigt, dass auch Verdichtungsräume einbezogen werden sollen.

Auf der anderen Seite sind die Region Nürnberg – Fürth – Erlangen und ihre Umgebung so zu stärken, dass es einen größeren Umgriff gibt, und die örtlichen Voraussetzungen zu verbessern, damit man die Sache mit neuen Fakten angehen kann. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt.

Herr Dr. Scholz, wir fordern in unserem Antrag die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, die notwendige Entwicklung der Region Nürnberg hin zu einer Metropolregion voranzutreiben, die innere Funktionsfähigkeit zu verbessern und gleichzeitig unter gesamtäumlicher Perspektive die Impulsgeberfunktion zu stärken und auszubauen. Das heißt, man muss jetzt diese Sache unter neuen Gesichtspunkten aufgreifen, ohne dass man immer wieder dasselbe bringt. Das hätte keinerlei Aussicht auf Erfolg. Deswegen, Herr Dr. Scholz, lehnen wir Ihren Antrag, der bloß ein Schaufensterantrag ist, ab. Wir gehen da in die Tiefe.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Die Bayerische Staatsregierung hat den Bund aufgefordert, das Thema nochmals aufzugreifen, weil die bisherige Entscheidung schon etwas zurückliegt. Das ist bisher nicht geschehen. Wir haben unseren Antrag gestellt, weil Ihr Antrag überhaupt nichts bringt.

Das geforderte Konzept für den gesamten S-Bahn-Ausbau ist im federführenden Ausschuss abgelehnt worden, weil natürlich über dieses Gesamtkonzept lange und im Detail geredet und weil es bereits in regionalen Verkehrskonferenzen vorgestellt wurde, zum Beispiel bei der Industrie- und Handelskammer in Nürnberg, aber auch im Raum. Sie fordern auch hier etwas, das längst auf den Weg gebracht wurde.

Damit kein falscher Eindruck entsteht, möchte ich am Schluss noch Folgendes anmerken. Ich habe das Gefühl, Sie gehen jetzt hinaus und sagen, die CSU-Fraktion sei gegen die Metropolregion und gegen den Ausbau des S-Bahn-Netzes. Ich möchte betonen: Das ist überhaupt nicht der Fall. Ich bitte auch die Staatsregierung – hier vertreten durch den Umweltminister –, das, was Sie bei der Raumordnungsministerkonferenz bereits in die Wege geleitet hat, mit neuen Aspekten verstärkt fortzusetzen.

Aus den genannten Gründen lehnen wir den in Tagesordnungspunkt 47 genannten Antrag ebenso wie der federführende Ausschuss ab, jedoch nicht deshalb, weil wir die Metropolregion nicht wollen. Den in Tagesordnungspunkt 48 genannten Antrag lehnen wir ebenfalls ab, weil dieses Konzept bereits vorliegt. Tagesordnungspunkt 49 betrifft unseren Antrag, ihm bitte ich zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Bevor ich eine weitere Wortmeldung erteile, möchte ich unsere frühere Kollegin, Frau Vizepräsidenten Anneliese Fischer, in der Diplomatenloge herzlich begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Auch kann ich folgendes Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag „Fördermittel für das Klinikum Augsburg“, Drucksache 14/11593, bekannt geben: Mit Ja haben 72, mit Nein 94 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, ein Mitglied hat sich der Stimme enthalten. Der Antrag wurde damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Jetzt hat Frau Kollegin Stahl zur Metropolregion Nürnberg das Wort.

Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Mit Freude haben wir vernommen, dass Mittelfranken – hier der Großraum Nürnberg – als 38. Mitglied in das Stadtregionennetzwerk Metrex aufgenommen wurde. Das konnten wir im April diesen Jahres den Medien entnehmen. Wie die Staatsregierung dazu steht, weiß ich eigentlich bis heute nicht; denn es gibt einen sehr vielstimmigen Chor; die einen begrüßen es, die anderen wollen es nicht, die dritten finden wiederum Ausreden. Heute hätte ich schon gerne erfahren, wie die einheitliche oder die nicht einheitliche Position der Staatsregierung dazu ist.

Dies würde mich gerade vom Herrn Innenminister Beckstein interessieren, der immer bereit ist, für Nürnberg sein letztes Hemd zu geben. Wir werden auch sehen, ob diese Krönung durch die Hintertür – so hat es eine große nordbayerische Tageszeitung genannt – hier endlich zur Kenntnis genommen wird und die entsprechenden Konsequenzen daraus gezogen werden.

Teilweise wurde die Aufnahme als Metropolregion mit der Begründung abgelehnt – dies war Herr Minister Schnappauf, zumindest konnte ich es so lesen; er kann es gerne noch richtig stellen –, dass der Begriff bisher im Landesentwicklungsprogramm, im LEP nicht verwendet worden sei. Dazu muss ich sagen: Ist das der einzige Grund? Man hat eigentlich auch keine Probleme, eine Autobahntrasse im Detail hineinzuschreiben. Deshalb sollte es erst recht keine Schwierigkeiten bereiten, einen Begriff aufzunehmen, der auf europäischer Ebene geprägt wurde und der eigentlich gang und gäbe ist. Nur in diesem kleinen bayerischen LEP darf dieser Begriff keinen Eingang finden. Hierzu hätte ich ganz gerne noch ein paar Aussagen.

Es kann doch nicht sein, dass die Entwicklung eines Ballungsraums wie Nürnberg/Fürth/Erlangen/Schwabach, die rasant vorstatten ging, von der Bayerischen Staatsregierung nicht zur Kenntnis genommen wird und dass es an einem Begriff scheitern soll. In Artikel 13 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes wird festgeschrieben, welche Aufgaben ein Landesentwicklungsprogramm hat und welche Festsetzungen es treffen muss. Dort ist sehr viel von Zentren und Verdichtungsräumen zu lesen. Deshalb dürfte es kein Problem sein, dem vielleicht einfach einmal einen anderen Namen zu geben. Nürnberg und München sind entsprechend ihrer regionalen Bedeutung auch als Verdichtungsräume und Zentren im LEP gekennzeichnet.

Vielleicht noch ein kleiner Hinweis: In der Gemeindeordnung haben gerade diese Zentren auch dadurch eine gewisse Bedeutung, dass die Zahl der Stadträte auf einem sehr hohen Niveau festgeschrieben ist, weil man festgestellt hat, dass besondere Aufgaben wahrzunehmen sind und dass für einen ziemlich großen Umgriffsraum besondere Arbeiten erledigt werden.

Wir halten es für sehr begrüßenswert, dass das Netzwerk METREX Nürnberg, Fürth, Schwabach und Erlangen als Ballungsraum, als Metropolregion aufgenommen hat. Die Metropolregion Nürnberg umfasst 1,7 Millionen Einwohner und erfüllt Funktionen für 1,85 Millionen Einwohner, mit dem Verkehrsverbund Nürnberg sogar für 2,13 Millionen Einwohner. Es gibt vier Kooperationsbereiche, die von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Kernstädte über die Zweckverbände, die soziale und die kulturelle Zusammenarbeit im Stadt-Umland-Bereich, die Planungsregionen bis zum eigentlichen Großraum reichen. Der Großraum hat wirklich Einiges zu bieten.

Wenn Ihnen das nicht genügt, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, weil Ihnen von Ministerpräsident Stoiber Zentralismus verordnet wurde, dann muss ich sagen: Der europäischen Ebene scheint das zu genügen, was der Großraum vorzuweisen hat. Im europäischen Raumordnungskonzept EUREG, das 1999

entwickelt wurde, wurde Nürnberg neben München als Gateway-Region zusammen mit Dresden genannt – eine einmalige Geschichte. Nehmen Sie auch dies bitte endlich zur Kenntnis, und streiten Sie nicht über einzelne Begriffe. Europa ist hier sehr viel weiter als die Staatsregierung.

Wenn Sie uns nicht glauben, dann sprechen Sie doch bitte einmal mit der IHK oder der Handwerkskammer vor Ort; denn diese sprechen auch eine sehr deutliche Sprache. Sie erkennen sehr wohl, was der Großraum Nürnberg leistet und haben ebenfalls dafür plädiert, uns als Metropolregion auszuweisen.

Wir fordern Sie auf, die rasante Weiterentwicklung einzelner Regionen in Europa endlich auch ihren Niederschlag im LEP finden zu lassen und im nächsten Schritt dann auch im Raumordnungsgesetz. Der erste Schritt muss aber vor dem zweiten Schritt gemacht werden. Was wird aber stattdessen gemacht? – Wir finden stattdessen im Landesentwicklungsprogramm die Abwertung der Planungsregionen und damit die Teilentmündigung bisher selbstständiger Regionen.

Zu den einzelnen Anträgen. Der Antrag der SPD ist im Grundsatz richtig. Wir wollen, dass die Metropolregion Großraum Nürnberg/Fürth/Erlangen/Schwabach endlich festgeschrieben wird. Doch die Projekte, die dann in diesem Antrag gleichzeitig genannt werden, sind alles andere als nachhaltig. Wir können beim besten Willen sehr viele dieser geplanten Projekte nicht mittragen. Ich würde mir schon wünschen, dass darüber noch einmal diskutiert wird. Deshalb werde ich mich bei diesem Antrag enthalten.

Der CSU-Antrag verneint letztendlich die bereits bestehende Metropolfunktion. Das ist der Kern. Herr Scholz sagt zu Recht, dass der Antrag ein richtiger Schritt ist, aber Sie verneinen die Bedeutung des Großraums, indem Sie sagen, Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach und die Planungsregion müssen sich erst zur Metropolregion entwickeln. Ich sage: Wir sind schon so weit. Das hat die CSU im Stadtrat festgestellt, das hat die IHK festgestellt, das hat die Handwerkskammer festgestellt. Selbstverständlich haben das auch die anderen Fraktionen festgestellt. Ich brauche in diesem Fall keine Entwicklungshilfe, wie Sie sie sich vorstellen können. Ich will die Festschreibung. Mit der Festschreibung will ich natürlich die entsprechenden Mittel zur Verbesserung.

Den S-Bahn-Antrag tragen wir voll mit; denn tatsächlich ist es wichtig, dass wir uns über ein anständiges Konzept einmal ausführlich Gedanken machen. Allein die mühsamen Versuche meines Büros, einen Termin im Verkehrsministerium zu bekommen, um einmal diese S-Bahn-Projekte zu besprechen, haben Bände gesprochen. Ich sage Ihnen: Da ist sehr wohl noch Einiges zu tun, und deshalb werden wir auch zustimmen. Bei den anderen beiden Anträgen werden wir uns enthalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als Nächster hat Herr Staatsminister Schnappauf das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition hat jetzt viel geredet, ohne etwas wirklich Substanzielles in der Sache zu sagen. Vor allem was Frau Kollegin Stahl zum Schluss gesagt hat, war ein Geschmarri ohnegleichen.

(Mehrlich (SPD): Ein guter Einstieg für eine Redel)

In diesem Haus, in der Mehrheitsfraktion gibt es überhaupt niemand, der nicht für eine Gleichstellung, für eine planungsrechtliche Gleichbehandlung des Großraums München und des Großraums Nürnberg wäre. Dies kam bereits bei der Verabschiedung des Landesentwicklungsprogramms zum Ausdruck. Frau Kollegin Schweder hat völlig zu Recht auf die Kriterien hingewiesen. Vielleicht ist Ihnen entgangen, dass wir bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms den Großraum Nürnberg als großen Verdichtungsraum ausgewiesen haben, genauso wie den Großraum München. Das heißt also, in den Kategorien des Bayerischen Landesplanungsrechtes sind beide Ballungsräume, beide Verdichtungsräume hinsichtlich der Ausweisung gleichgestellt.

Jetzt geht es um die Frage: Wie kann der Großraum München und der Großraum Nürnberg auch in einem internationalen Kontext überörtlich, überregional integriert werden? Dazu können wir als Land nicht per Landesentwicklungsprogramm einseitig die Kriterien setzen. Wir müssen die nationalen Abgrenzungskriterien heranziehen und uns in das europäische Netz einbinden.

Nürnberg hat – dies will ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich sagen; Frau Kollegin Schweder hat es in ihren Ausführungen auch deutlich gemacht – in den letzten Jahren eine außergewöhnlich positive Entwicklung genommen, was die Einbindung in das Verkehrsnetz angeht, sowohl hinsichtlich Schiene und Straße als auch Luftverkehr. Die Entwicklung des Großraums Nürnberg wird durch die EU-Osterweiterung noch einmal an Bedeutung gewinnen, wenn dann die Grenzen nach Tschechien offener werden, ein europäischer Binnenmarkt entsteht und damit die Relation Nürnberg – Prag wieder an ihre frühere Bedeutung anknüpfen kann.

All das plus die Entwicklung des Messeplatzes Nürnberg, die Ausstattung mit Forschungseinrichtungen und der Strukturwandel von der überwiegenden Industrie zu einer Industrie- und Dienstleistungsregion haben die Standortattraktivität des Großraums Nürnberg in den letzten Jahren positiv unterstrichen.

Deshalb ist es überhaupt keine Frage, dass die Staatsregierung dieses Thema bei der nächsten Raumordnungsministerkonferenz auch auf die Tagesordnung bringen wird mit dem Ziel, neben München auch den Großraum Nürnberg in ein Netz europäischer Metropolregionen zu integrieren. Die nächste Raumordnungsministerkonferenz wird im Oktober stattfinden. Auch Ministerpräsident Dr. Stoiber hat sich bei der Besprechung der Regierungschefs am 26. Juni in Berlin dafür stark gemacht, dass die Raumordnungsministerkonferenz einen Bericht zur Entwicklung der Metropolregionen gibt. Das Thema

ist also auf dem Weg, wie ihn Kollegin Schweder vorgezeichnet hat.

Sowohl aus der Sicht der Landesentwicklung in ganz Bayern als auch aus der Sicht eines Franken möchte ich hier ganz deutlich sagen: In den nächsten Jahren wird die Bevölkerung in ganz Deutschland zurückgehen. Es wird geschätzt, dass die Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten 50 Jahren von heute 80 Millionen auf 60 Millionen zurückgehen wird. Auch in Bayern wird sich die Einwohnerzahl nach diesen Prognosen zurückentwickeln von heute 12 auf dann etwa 10 Millionen. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Bevölkerungsentwicklung ist es wichtig, Schwerpunkte zu setzen und Pflöcke für die Entwicklungspole der Zukunft einzurammen. In Südbayern ist das selbstverständlich der Großraum München. Ich sage in aller Deutlichkeit, dass wir einen zweiten vergleichbar starken Entwicklungspol im Norden des Freistaates brauchen, und das sind Nürnberg und der Großraum Nürnberg.

Deshalb werden wir uns bei der nächsten Raumordnungsministerkonferenz dafür stark machen, dass nach einem sauberen Raster von Abgrenzungskriterien bundesweit und dann auch europäisch Metropolregionen eingebracht werden und dass dabei München und Nürnberg zu den Metropolregionen in Europa gehören. Das ist unser klarer Standpunkt.

(Dr. Scholz (SPD): Also stimmen Sie unserem Antrag zu, genau das steht drin!)

Wir werden das in dem vorgesehenen Verfahren auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über den Antrag auf Drucksache 14/12168 abstimmen; das ist Tagesordnungspunkt 48. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer entgegengesetztem Votum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Kollege Hartenstein. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion der CSU und Herr Kollege Dr. Gröber. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich in der beantragten namentlichen Form über den Antrag auf Drucksache 14/12166 abstimmen; das ist Tagesordnungspunkt 47. Der federführende Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Dagegen hat der Wirtschaftsausschuss, der den Antrag mitberaten hat, die Zustimmung empfohlen.

Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Urne für die Ja-Stimmen befindet sich auf der Oppositionsseite, die Urne für die Nein-Stimmen auf der Seite der CSU-Fraktion, jeweils im Bereich der Eingangstüren. Die Urne für Stimmenthaltungen befindet sich auf dem Stenografen-

tisch. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.44 bis 11.49 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt. Die Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 14/12773 führen wir später durch, wenn wir das Ergebnis dieser namentlichen Abstimmung kennen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 50

Antrag der Abgeordneten Steiger und anderer (SPD)

Sonderförderprogramm Oberfranken (Drucksache 14/12169)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt maximal 15 Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Dr. Rabenstein.

Dr. Rabenstein (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, dass der Antrag betreffend das Sonderförderprogramm Oberfranken im Rahmen einer der letzten Plenardebatten in dieser Legislaturperiode behandelt wird. Seine Beratung passt in die Reihe von Plenardebatten an diesem Vormittag, die in eine ähnliche Richtung gingen, und das nicht umsonst; denn hier liegen echte Probleme vor, die uns alle berühren oder berühren sollten. Deswegen ist es gut, dass noch einmal über dieses Thema gesprochen wird.

Ich möchte gleich etwas zu dem Wort „Schaufensterantrag“ sagen, weil es von Ihnen sicher wieder gebracht wird. Uns von der SPD ist klar, dass dieser Antrag wie bereits im Ausschuss abgelehnt wird. Man könnte sagen, was soll das überhaupt, das ist Zeitverschwendung. Nein, das ist es nicht; denn es gibt zwei Gründe, warum die Debatten heute Vormittag so wichtig waren.

Erstens. Die Anträge machen auf wirkliche Probleme aufmerksam. Das sind keine Schaufensteranträge, sondern hier stecken echte Probleme dahinter, die es anzu-gehen gilt.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Noch wichtiger ist für mich, dass es sich nicht um Anträge handelt, die nostalgischen Charakter haben. Ob es um die Metropolregion geht oder um das Krankenhaus Augsburg oder um das Sonderförderprogramm Oberfranken – es handelt sich immer um Anträge, die in die Zukunft wirken. Hier muss in der nächsten Legislaturperiode etwas getan werden. Genau darauf zielt das Sonderförderprogramm Oberfranken ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Staatsminister Dr. Wiesheu hat in Bayreuth das Kompetenzzentrum für neue Materialien eingeweiht, und das war gut so. Ich war

bei dieser Veranstaltung als örtlicher Abgeordneter wie mein Kollege Nadler dabei. Letzte Woche erhalte ich wieder eine Einladung zur Einweihung des Kompetenzzentrums. Ich denke, Donnerwetter, schon wieder ein Kompetenzzentrum in Oberfranken; da passiert etwas. Als ich genauer hinschaue, lese ich: „Gesamteinweihung des Kompetenzzentrums durch Ministerpräsident Stoiber“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieselbe Einrichtung wurde zweimal eingeweiht.

(Frau Biedefeld (SPD): Showveranstaltung!)

Man könnte sagen, was soll's, es sind Wahlkampfzeiten, in denen jeder Maulwurfshügel eingeweiht wird. Es ist auch nicht schlimm, wenn das Kompetenzzentrum zweimal eingeweiht wird, aber ich vermute, dass etwas anderes dahinter steckt, und zwar das schlechte Gewissen der Staatsregierung und insbesondere des Ministerpräsidenten gegenüber der nördlichen Region mit Oberfranken und der nördlichen Oberpfalz. Deswegen wird man aktiv.

(Beifall bei der SPD)

Will heißen, es wurde jahrelang zu wenig für diese Region getan. Um das zu kaschieren, wird nun vor Torchluss eine Aktivität entfaltet, die die Menschen in der Region über die wahren Verhältnisse hinwegtäuschen soll. Aber das, kann ich Ihnen sagen, kommt in Oberfranken und in der Oberpfalz nicht gut an.

(Beifall bei der SPD)

Bayern vorn – –

(Zurufe von der CSU: Mehr München!)

– Darauf komme ich noch zu sprechen. Bayern vorn – die neuesten Informationen, die uns vorliegen, beweisen leider das Gegenteil. Bayern ist nicht mit allen Regionen vorn. In München boomt es, auch dank eines Oberbürgermeisters Ude und seiner guten Politik.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Aber in Oberfranken und in der nördlichen Oberpfalz boomt es leider nicht, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Wir haben eine Bevölkerung, die sehr aktiv ist. Wir haben auch Oberbürgermeister, die sehr aktiv sind, aber die Strukturen stimmen nicht, und dagegen können wir schlecht etwas tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich will die neuesten Zahlen, die wir gehört haben, noch einmal ins Gedächtnis rufen. Der Konjunkturbericht des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie – also kein SPD-Bericht – enthält Zahlen, die wir uns noch einmal anhören sollten, auch wenn wir sie alle in unserer Landtagspost vorgefunden haben. Die Arbeitslosenzahlen, die ein wichtiges Kriterium sind, lauten für Oberbayern: Freising 4,0%, Weilheim 4,5%, Rosenheim 5,4% und München 6,0%. Das sind die Zahlen für den Süden; jetzt schauen wir einmal auf den Norden: Nürnberg 8,7%, Bayreuth 8,9%,

(Zurufe von der CSU: SPD-Oberbürgermeister!)

Coburg 9,6%,

(Zurufe von der CSU: SPD-Oberbürgermeister!)

Hof 11,5%.

(Zurufe von der CSU: SPD-Oberbürgermeister!)

– Ich habe schon gesagt, wir haben aktive SPD-Bürgermeister, sonst würde es in Bayreuth noch schlechter aussehen, aber die Rahmenbedingungen können wir leider nicht ändern. Hier ist die Staatsregierung gefordert und nicht der SPD-Oberbürgermeister von Hof, Coburg oder Bayreuth. Denn warum wurden denn dort sozialdemokratische Oberbürgermeister gewählt? – Weil sie gute Arbeit machen und weil sie die Probleme angehen.

(Unruhe bei der CSU)

Ich habe die Zahlen für Bayern genannt. Der Bundesdurchschnitt West, mit dem wir uns vergleichen müssen, liegt im gleichen Zeitraum bei 8,2%. Alle Arbeitsamtsbezirke, die ich aufgezählt habe, also Nürnberg, Bayreuth, Coburg und Hof, liegen über dem Bundesdurchschnitt West mit 8,2%. Deshalb können wir leider nicht sagen: Oberfranken vorn.

Das sind keine Momentaufnahmen. Wir sehen das, wenn wir den zehnjährigen Vergleich beim Bruttoinlandsprodukt betrachten. Auch hier müssen wir feststellen, dass sich in Bayern die Regionen noch weiter auseinander entwickelt haben; sie sind auseinander gedriftet. Oberbayern erzielte in den letzten zehn Jahren beim Bruttoinlandsprodukt einen Zuwachs von 44%. In Oberfranken waren es nur 26%. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Oberfranken der einzige von sieben Regierungsbezirken ist, der eine Abwanderung zu verzeichnen hat.

Ich komme noch einmal zum Kompetenzzentrum. Natürlich ist das ein wichtiger Schritt. Wir sind dankbar, Herr Ministerpräsident, und haben das auch in der Presse und anderenorts zum Ausdruck gebracht. Wir sind dankbar, dass wir dieses Kompetenzzentrum mit angeschlossenen Gründerzentrum in Bayreuth bekommen haben. Das ist ein wichtiger Impuls. Aber wie heißt es so schön: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Wir brauchen keine einzelnen Maßnahmen, so sinnvoll sie auch sein mögen, sondern wir brauchen langfristige Strukturprogramme; und genau das, ein langfristiges Strukturprogramm für Oberfranken, wird in unserem Antrag gefordert.

In den zehn einzelnen Punkten, auf die ich jetzt nicht näher eingehen werde, wird konkret gefordert, was notwendig ist. Es geht um gezielte Maßnahmen für die Wirtschaft, gezielte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Verbesserungen in den Schulen – das gehört natürlich auch dazu – und die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.

Für Oberfranken in seiner schwierigen Situation werden konkrete Vorschläge gemacht. Versprechungen und

Schönreden nützen nichts; wir brauchen konkrete Maßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zum Schluss noch ein Wort zur „Jammerdiskussion“ bzw. zu dem Vorwurf, den ich auch von Staatsminister Dr. Schnappauf immer wieder zu hören bekommen habe, wir würden unsere Region schlecht reden.

(Rudrof (CSU): Recht hat er!)

Fakt ist: Wir reden unsere Region nicht schlecht, sondern wir beschreiben anhand von Fakten die Situation so, wie sie ist. Das ist kein Schlechtrede, sondern das ist das Darstellen der Situation anhand von Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann unterstreichen, was Staatssekretär Spitzner gesagt hat: Die Region kann nichts dafür. Wir waren wegen des Eisernen Vorhangs in einer sehr schwierigen Grenzsituation. Diese Situation ist Gott sei Dank besser geworden. Stattdessen befinden wir uns aber in der Nachbarschaft von einem Höchstfördergebiet und einem Niedrigstlohnland. Dafür können wir nichts. Darauf muss aber reagiert werden.

11% Arbeitslosigkeit in Hof. Erzählen Sie den Hofern, wir würden die Situation schlecht reden. Ich glaube, den Tausenden von Arbeitslosen ist nicht geholfen, wenn wir die Situation schön reden würden. Einem fünfzigjährigen Arbeitslosen, der einen Arbeitsplatz sucht, brauchen wir nicht zu erzählen, er müsse sich nur anstrengen, dann werde das schon klappen. – Das klappt mit Sicherheit nicht. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir jammern nicht, wir fordern nur das, was uns zusteht. Die Privatisierungserlöse wurden auch in Nordbayern erzielt, und deswegen müssen sie auch in den nordbayerischen Raum fließen.

In einer schwierigen strukturellen wirtschaftlichen Situation sollte die Staatsregierung konkrete Hilfe leisten und nicht nur Versprechungen machen, denn die helfen der Region und den einzelnen Arbeitslosen nicht. Eines möchte ich am Schluss noch betonen. Es nützt den Arbeitslosen in Bayreuth, Hof, Coburg und dieser Region nichts – ich komme auf die gestrige Diskussion zu sprechen –, wenn die CSU-Abgeordneten die Schuld nur in Berlin sehen und in München die berechtigten Forderungen der SPD aus parteipolitischen Gründen zurückweisen. Das nützt den Leuten überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was in Berlin beschlossen wurde,

(Hofmann (CSU): Zum Beispiel?)

wie zum Beispiel die Schließung des Bundeswehrstandorts in Bayreuth. Das habe ich stets zum Ausdruck gebracht. Der Landesvorsitzende der SPD, Wolfgang Hoderlein, hat gestern deutlich gesagt, dass wir wegen

der Diskussion um die Einstellung der Gemeinschaftsaufgabe nicht Hurra schreien. Wir sind damit nicht einverstanden. Ich habe das auch in der Öffentlichkeit gesagt. Allerdings stelle ich ebenso meine Forderungen an die Bayerische Staatsregierung; denn uns Sozialdemokraten geht es nicht um parteipolitisches Taktieren.

(Lachen und Unruhe bei der CSU)

Ich betone noch einmal: Uns geht es nicht um Schaulustanträge oder um parteipolitisches Taktieren, sondern es geht uns allein um die Menschen in der Region Oberfranken. Wir wollen die Situation verbessern. Der Mensch der Region steht im Blickpunkt. Für ihn treten wir ein, und für ihn kämpfen wir.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Jetzt hat Herr Kollege Rudrof das Wort.

Rudrof (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Eindruck, Herr Dr. Rabenstein, Sie haben noch nicht verstanden, was Oberfranken ist. Oberfranken ist bei Gott weit mehr als Hochfranken alleine.

(Mehrlich (SPD): Ach nein!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, „Wenn Stoiber nicht lernt, bekommen die Bayern Steine statt Brot“, so Bundeskanzler Gerhard Schröder beim politischen Aschermittwoch 1999.

(Mehrlich (SPD): Das ist viereinhalb Jahre her! – Weiterer Zurufe von der SPD)

Diesen Satz habe ich mir gemerkt. Sie werden sagen: Lange ist es her. Wir sagen Ihnen aber heute: Ihr Bundeskanzler und Ihre Partei haben in diesem Punkt Wort gehalten. Hätten sie es nicht, müssten Sie heute keinen Antrag auf ein Sonderförderprogramm für Oberfranken stellen.

(Frau Biedefeld (SPD): Wir werden nicht nachlassen für Oberfranken zu kämpfen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen der Opposition, mag Ihr Antrag auf ein Sonderförderprogramm aus Ihrer Sicht zwar berechtigt sein, so zeigt er doch auch, dass Sie als Sozialdemokraten aus Oberfranken unserer Einschätzung zustimmen, die davon ausgeht, dass der Freistaat Bayern vom Bund mit immer weniger Mitteln ausgestattet wird.

(Frau Biedefeld (SPD): Die Staatsregierung macht die Regionalpolitik und gibt die Mittel dafür!)

Sie hätten also, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, in Berlin lauthals schreien müssen, als die Bundesregierung die Kürzungen und die Gräueltaten für Oberfranken beschloss. Wo war denn Ihre Kritik? Wo war Ihr Aufschrei, als der Bund sich aus der Regionalförderung zurückzog?

(Frau Biedefeld (SPD): Wir schreien auf, weil die Staatsregierung das macht!)

Präsident Böhm: Herr Kollege Rudrof, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Odenbach?

Rudrof (CSU): Nein.

Statt der Staatsregierung ein Sonderprogramm für Oberfranken vorzuschlagen, hätten Sie das in Berlin tun sollen. Eine Oberfranken-Offensive von der SPD wäre dort angesagt gewesen. Wir hätten Sie sogar unterstützt. Weil es ist wie es ist, erheben Sie plötzlich mit Donner und Blitz hier im Hause Ihre durch die Wählergunst ja nicht so zahlreichen Stimmen, um plötzlich Ihr Herz für Oberfranken und dessen Bürgerinnen und Bürger zu entdecken. Ich sage Ihnen, Herr Dr. Rabenstein, mit Donner und Blitz kann man nur beschränkt Politik machen.

Kommen wir zu den Tatsachen.

(Frau Steiger (SPD): Wissen Sie, dass Strukturpolitik Landespolitik ist?)

– Frau Steiger, ich komme darauf zu sprechen.

Die Strukturpolitik der Länder ist an Vorgaben des Bundes gebunden.

(Odenbach (SPD): Sie ist Ländersache!)

Herr Dr. Rabenstein, ich vermisse die Erkenntnis, dass mit zunehmender Dauer der schlechten Konjunkturlage es immer schwieriger wird allein mit Landesmitteln alle strukturellen Defizite auszugleichen. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen schafft der Bund.

(Frau Steiger (SPD): In zehn Jahren Edmund Stoiber ist die Schere so weit auseinandergegangen wie nie zuvor!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, richtig ist zweifellos, dass sich der Strukturwandel in Oberfranken zur modernen Produktions- und Dienstleistungsgesellschaft umfassender als in anderen Teilen Bayerns gestaltet. Das ist keine Frage.

(Frau Steiger (SPD): Der Prozess müsste von der Staatsregierung unterstützt werden!)

Die Gründe liegen auf der Hand. Sie sind gestern und heute wiederholt gesagt worden – das krasse Fördergefälle zu den Nachbarregionen, die zahlreichen Einpendler – circa 30 000 täglich. Aber, bayerische Strukturpolitik kann wie Sie das mit Ihrem Antrag auf ein Sonderförderprogramm für Oberfranken fordern, die auf Bundesebene begangenen Fehler der Vergangenheit wahrlich nicht alleine korrigieren.

(Frau Steiger (SPD): Das spricht den 16 Jahren Ihrer Regierungspolitik Hohn!)

Ich darf Ihnen dazu einige Dinge ins Gedächtnis rufen: Auflösung des Hauptzollamtes Bamberg, Schließung des Bundeswehrstandortes Ebern und Bayreuth, Baustopp bei der ICE-Trasse Nürnberg – Bamberg – Coburg – Erfurt –

(Zuruf des Abgeordneten Odenbach (SPD))

nach wie vor ist die Finanzierung dieser wichtigen Entwicklungssader für Oberfranken noch nicht in trockenen Tüchern, –

(Zuruf des Abgeordneten Odenbach (SPD))

Ausstieg aus der Finanzierung der Bamberger Symphoniker, Kürzung der Mittel für die Bayreuther Festspiele etc. etc.

Ich sage auch, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt in Oberfranken Beispiele genug, dass Jammern, Resignation und Schlechreden – das machen Sie mit manischer Energie – nicht angebracht sind. Auch das möchte ich hier erwähnen.

(Frau Steiger (SPD): Wir haben deutlich gemacht, dass wir das nicht tun – zuhören, verstehen!)

Für mich ist Oberfranken eine starke unverfälschte Region mitten im Herzen Europas, mit einer stolzen Vergangenheit, hoher Lebens- und Umweltqualität sowie großen Potenzialen.

Von diesen Potenzialen haben Sie in Ihrem Antrag überhaupt nichts geschrieben.

(Odenbach (SPD): Sie hätten ihn lesen müssen!)

Das ist eine Region, deren Drehscheibenfunktion für die anstehende EU-Osterweiterung besondere Bedeutung hat. Ich will es noch einmal betonen, Herr Dr. Rabenstein: Oberfranken ist mehr als Hochfranken. Das mit 100 Millionen Euro dotierte Ertüchtigungsprogramm für Ostbayern kommt weiten Teilen der oberfränkischen Region entgegen.

(Frau Steiger (SPD): Der größte Teil davon!)

Umgekehrt frage ich Sie: Wo bleibt denn das vom Bundeskanzler lauthals angekündigte Grenzregionenprogramm? Den großen Worten folgten bis heute keine Taten. Versprochen und gebrochen fällt mir dazu nur ein. Ihr jetzt gefordertes Sonderförderprogramm „ist eine Schaufensterlockwerbung mit falscher Preisauszeichnung“ und ist abzulehnen. Das verrät schon die von Ihnen gesetzte Zeitspanne von 2003 bis 2008. Ich bin davon überzeugt: Solche Versuche durchschauen unsere Bürgerinnen und Bürger. Deshalb werden auch immer mehr Bürgerinnen und Bürger meiner Heimatregion Oberfranken das insgesamt oberfrankenschädliche Verhalten der SPD im Bund und in Bayern erkennen und Ihrer Partei den Rücken kehren. Ihr Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, –

(Frau Steiger (SPD): Bamberg ist auch nicht Oberfranken!)

– Ihr Antrag auf Sonderförderung wird diese Erfahrungen nicht zu Fall bringen können. Man kann nicht allen Ernstes in der Bundespolitik zulassen, Oberfranken klein zu halten und gleichzeitig nach der Manier, „haltet den Dieb“, auf die Bayerische Staatsregierung zeigen und ihr vorwerfen, Oberfranken nicht genügend zu fördern.

(Zuruf des Abgeordneten Mehrlich (SPD))

Frau Steiger, ich wäre froh, wenn die Bundesregierung nur einen Bruchteil von dem Interesse an Oberfranken hätte, wie unsere Staatsregierung.

(Mehrlich (SPD): Deutschland ist größer als Bayern!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich unserem Ministerpräsidenten Edmund Stoiber danken und allen Mitgliedern der Staatsregierung, –

(Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Steiger (SPD): Weihrauch! – Beifall bei der CSU)

– die sich sehr oft in Oberfranken aufhalten.

(Unruhe)

Ich will damit sagen: Diese kennen die Region besser als jeder Vertreter der Bundesregierung. Die CSU wird sich weiterhin für alle Regionen Bayerns gleichermaßen stark machen. Nur so können wir unseren Spitzenplatz in Deutschland und darüber hinaus halten. Wir brauchen dazu weder Sonderförderung noch Nachhilfeunterricht. Für alle von Ihnen, die es noch nicht wissen oder nicht wissen wollen: Im Zeitraum von 1997 bis 2000 lag die Fördersumme je Einwohner in Oberfranken bei 1992 Euro und damit um 375 Euro über der durchschnittlichen Pro-Kopf-Förderung in Bayern von 1617 Euro. Tatsache ist auch, dass 11,3% der HTO-Mittel, nämlich 115 Millionen Euro, nach Oberfranken gingen, bei einem Anteil Oberfrankens von 10% an der Fläche und 9% an der Bevölkerung des Freistaats.

Ich will hier nicht auf alle Ihre Forderungen eingehen, aber vielleicht auf eine: Sie sind aus meiner Sicht überholt. Sie haben diese Anträge mindestens zehn Jahre zu spät gestellt.

(Frau Steiger (SPD): Das ist ein Armutszeugnis für bayerische Landesentwicklungspolitik!)

Sie fordern zum Beispiel eine eigenständige Technologietransfereinrichtung. Es ist richtig, –

(Frau Steiger (SPD): Genau, es ist richtig, dass es ein Armutszeugnis der Landesentwicklungspolitik ist!)

– ein enger Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, ist zweifellos das Geheimnis für internationale Konkurrenzfähigkeit des Hightech-Standorts. Genau hier setzt zum Beispiel das Technologieforschungszentrum für neue Materialien in Bayreuth ein. Das ist für die oberfränkischen Unterneh-

men, insbesondere für die Automobilzuliefererindustrie, die dort zu Hause ist, aber auch für andere Branchen von ganz besonderer Bedeutung.

Ich möchte auch erwähnen – das haben Sie nicht getan –, dass es bereits seit 1995 eine eigene Gesellschaft „Bayern Innovativ GmbH“ gibt. Das ist eine Gesellschaft für Innovation und Wissenschaft, die genau diesen Transferaspekt, den Sie hier fordern, im Auge behält.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Oberfranken wird auch ohne dieses zusätzliche Sonderförderprogramm Schwerpunkt der Ansiedlungspolitik bleiben und höchste Priorität bei den Ansiedlungsbemühungen genießen.

(Odenbach (SPD): Das ist aber neu!)

Das werden wir tun, auch wenn ich hier die Kolleginnen und Kollegen im Landtag namens der CSU-Fraktion bitte, den Antrag abzulehnen. Wir betrachten ihn angesichts der Faktenlage als Mittel im Wahlkampf, um Kollegen Maget allzu viele Reisen nach Oberfranken abzunehmen.

(Widerspruch bei der SPD)

Schade, denn dort könnte er sich jeden Tag über die tatsächlichen Verhältnisse in unserem Regierungsbezirk, über positive Entwicklungen und Zukunftschancen vor Ort, informieren. Wir können zwar nicht alles allein, wir werden aber dafür sorgen, dass Oberfranken zusammen mit allen anderen Regionen noch stärker wird bzw. bleibt, trotz Gegenwind aus Berlin und trotz unserer Ablehnung Ihrer Anträge.

(Beifall bei der CSU – Mehrlich (SPD): Das glaube ich nicht! – Odenbach (SPD): Ja, nach 40 Jahren Schlaf! – Frau Steiger (SPD): Frenetischer Beifall bei der CSU-Landtagsfraktion!)

Präsident Böhm: Das Wort hat Frau Gote. – Jetzt kann endlich raus, was Sie vorhin schon durch Zwischenrufe angedeutet haben, Frau Kollegin Gote.

Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer einmal im Jahr zur Festspielpremiere nach Bayreuth kommt, gewinnt sicherlich keinen umfassenden Eindruck vom Bezirk Oberfranken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Kollegen von der SPD und von der CSU, Herr Rudrof hat hier gerade die Kirchturmpolitik, die in Oberfranken das politische Geschehen beherrscht, vorgeführt.

(Zuruf des Abgeordneten Heike (CSU))

– Mir brauchen Sie das nicht vorzuwerfen, ich kann mir das gar nicht leisten, ich kämpfe nämlich alleine, und zwar in ganz Oberfranken.

Das, was Sie hier vorführen – das dauernde Agieren gegeneinander, da wird Hochfranken gegen Westfranken gestellt –, schadet der Region. Das erlebe ich mittlerweile seit fünf Jahren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Heike (CSU))

– Sie erleben es schon länger. Ich bin gespannt, wie lange *wir* es noch aushalten.

Wie wichtig der Strukturwandel für Oberfranken ist, wie wichtig auch die politische Begleitung dieses Strukturwandels ist und wie wichtig sie in den letzten Jahrzehnten gewesen wäre, darüber haben wir gestern schon sehr ausführlich debattiert. Ich bin Kollegen Dr. Rabenstein sehr dankbar dafür, dass er hier die Zahlen und Fakten auf den Tisch gelegt hat, wie es im Lichte der gesamten Bundesrepublik Deutschland betrachtet wirklich um diesen Regierungsbezirk bestellt ist. Sie sollten endlich aufwachen. In den letzten Jahrzehnten haben Sie es verschlafen, den Strukturwandel zu begleiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie handeln nach dem Prinzip: Wenn ich selbst nicht weiß, wie ich weiter mache, dann rufe ich nach Berlin. Das haben wir gestern erlebt. Sie sind sich nicht zu schade, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, wenn es um Fördermittel für die einzelnen Regionen geht – das hat uns gestern der Umweltminister vorgeführt –, nur um zu verschleiern, was tatsächlich Fakt ist. Ihre Unterstützung für die Region ist mangelhaft.

Ein ganz besonders beschämendes Beispiel haben wir Anfang des Jahres erlebt: Im Jahr 2003 beginnt die Bayerische Staatsregierung mit einer Leitbildsuche für Oberfranken. Das ist ein Armutszeugnis. In diesem Jahr, vor dem Wahlkampf, wachen Sie auf und fangen mit einer Leitbildsuche an. Was soll das bringen? – Sie soll helfen, gezielt Investitionen nach Oberfranken zu bringen. Ich sage Ihnen: Damit fangen Sie früh an. In einem Wahljahr beginnen Sie damit, eine Aufgabe zu lösen, die Ihnen seit Jahrzehnten gestellt ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie gründen eine Projektgruppe „Zukunft Oberfranken“. Das ist geradezu lächerlich. Was ist das für eine Regierung, die im Wahljahr eine Arbeitsgruppe gründet? – Haben Sie keine Ministerien, keine Bezirksregierungen, keine zuständigen Minister, die diese Aufgabe erfüllen müssen? – Dafür brauchen Sie eine Projektgruppe, die ad hoc ein Konzept entwickelt. Das ist ein Armutszeugnis für diese Regierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich bin auch im Europaausschuss. Dort haben wir eine Debatte geführt über die Verlagerung des Bundesnachrichtendienstes von Pullach nach Berlin. Sie alle kennen Pullach, Sie wissen, wie die Häuser dort aussehen. Sie wissen, welche Autos dort geparkt sind, wenn sie über-

haupt auf der Straße stehen und nicht in den Dreifachgaragen der Villen. Sie alle wissen, wie es um den Lebensstandard der Leute, die dort leben, bestellt ist. Im Ausschuss haben wir ein Lamento hören können – im Übrigen von einem oberfränkischen Abgeordneten – was man diesen Beamten zumutet, wenn sie nach Berlin umziehen. Das sind hochbezahlte Bundesbeamte, die mit allen Hilfen, die man sich nur denken kann, nach Berlin umziehen. Warum sage ich das hier? – Ich führe es an, weil ich den jungen Leuten in unserer Region seit Jahren sagen muss: Wenn Ihr eine Lehrstelle wollt, dann müsst Ihr gefälligst umziehen. Das sage ich zu Sechzehnjährigen. Das muss ich mir hier immer wieder anhören. Aber diesen hochbezahlten Beamten, denen ist das nicht zuzumuten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

So sieht es aus, Sie messen mit zweierlei Maß. Die Leute in Oberfranken, gerade die jungen, die können das ruhig verkraften, aber uns, die wir das alles haben, uns geht es gut, und uns soll es weiter gut gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Unsere Konzepte für Oberfranken sehen anders aus. Das habe ich bereits gestern ausführlich dargelegt. Was hier immer wieder auf beiden Seiten des Hauses passiert, funktioniert nach dem Motto: viel hilft viel. Das ist aber nicht das Problem, das wir in Oberfranken haben. Ich habe gestern schon gesagt, dieser bayerische Staat hätte genug Geld, um Oberfranken nach vorn zu bringen. Wenn wir uns einmal betrachten, was Sie in diesen Jahren alles in den Sand gesetzt haben, das habe ich gestern schon gesagt, dann sind das hunderte von Millionen Euro. Damit hätte man Oberfranken wunderbar entwickeln können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Geld ist also eigentlich genug da. Aber in welche Richtung soll es gehen? Ich sage Ihnen ehrlich, ich habe große Zweifel an der Sinnhaftigkeit neuer Institutionen, neuer Zentren, neuer Netzwerke, neuer halbprivatisierter oder teilprivatisierter GmbH, die Wirtschaftsförderung betreiben sollen. Ich habe große Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Einrichtungen. Ich habe auch große Zweifel, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion, an der Sinnhaftigkeit von Gründerzentren. Wir haben in dieser Legislaturperiode mehrfach nachgefragt, was diese Gründerzentren eigentlich ganz konkret an Arbeitsplätzen und Wirtschaftsförderung gebracht haben. Die Antwort lautet weitestgehend: Fehlanzeige. Sie wissen es nicht, Sie evaluieren es nicht. Im Grunde führen Sie nichts anderes ein hilfloses Klammern an gut klingende Dinge vor. Sie alle wissen aber nicht, ob diese Dinge wirklich etwas bewirken. Wir jedenfalls haben große Zweifel daran.

Nun zu den Forderungen, die im SPD-Antrag gestellt werden. Einiges davon finde ich sehr sinnvoll und richtig. Einiges davon gibt es bereits, einiges haben wir schon

länger vorgeschlagen, bis es die SPD jetzt auch gemerkt hat.

(Unruhe bei der SPD)

Nun zu den Punkten im einzelnen. Ich weiß nicht, ob wir neue Technologietransfereinrichtungen in Oberfranken brauchen. Wir haben Universitäten, wir haben Fachhochschulen: wir haben also die Strukturen. Was wir brauchen ist vielmehr die Vernetzung der bestehenden Strukturen und ihre Stärkung. Was nützt uns eine neue Einrichtung, an die ich hochbezahlte neue Leute setze, die aber auch nicht mehr bewirken können als das was bisher passiert ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Gründerzentren: Ich habe schon gesagt, dass es in Zweifel zu ziehen ist, was sie bringen. Was mich aber ganz besonders ärgert ist das Konzept, das auf beiden Seiten des Hauses vorgelegt wird, um Oberfranken nach vorn zu bringen. Schauen Sie doch nur einmal die Verkehrspolitik an. Das sind die alten Rezepte, die Sie vertreten. Auf beiden Seiten dieses Hauses fordert man den Flughafen ausbau Hof. Man will eine Fichtelgebirgsautobahn – mit Ausnahme des Kollegen Wolfrum. Das kann ich wohl sagen, – nicht beim Flughafen, aber bei der Autobahn sind wir uns einig. Alle anderen Politiker in der Region aber fordern ohne die Frage nach dem Sinn im Hinblick auf Ökologie und Ökonomie den Bau einer neuen Autobahn in Oberfranken. Als ob das die Region nach vorne bringen würde.

(Frau Steiger (SPD): Bis jetzt war Ihr Beitrag gut, aber jetzt reden Sie Käse!)

Das sind doch die alten Rezepte, und das selbe gilt für den Flughafen in Hof. Aber noch eines: Sie haben eben gemurrt, als ich sagte, wir haben diese Vorschläge schon lange gemacht. Als wir hier im Landtag einen oberfränkischen Verkehrsverbund gefordert haben – ich selbst habe diesen Antrag gestellt –, da hat die SPD ihn abgelehnt. Herr Kollege Schläger hat damals gesagt, so etwas brauchen wir in Oberfranken nicht. Kaum aber ist ein Jahr vergangen, da wird der Antrag von Ihnen vorgelegt und plötzlich ist er der Weisheit letzter Schluss.

(Unruhe bei der SPD – Frau Biedefeld (SPD): Der Antrag wurde schon gestellt, als Sie noch nicht im Landtag waren, Frau Gote!)

– Unser Antrag wurde ein gutes Jahr vor Ihrem Antrag gestellt. Sie haben unseren damals abgelehnt. Jetzt, ein Jahr später, bringen Sie ihn wieder ein. Jetzt reisen Sie übers Land und verkaufen ihn als Ihre Idee, das finde ich blamabel.

Ich freue mich aber, dass wir zu einem Punkt gekommen sind, wo wir übereinstimmen. Ich hoffe, wir werden auch in der nächsten Legislaturperiode weiter für eine Verbesserung des Nahverkehrs und für den Verkehrsverbund in Oberfranken kämpfen.

Schauen wir auf die Energiepolitik. Auch hier muss ich sagen: Energiewende, das ist Zukunftstechnologie. Wir

haben in Oberfranken einige Firmen, die diese Wende voranbringen. Das sind große Firmen, zum Teil sind es auch kleine. Wissen Sie übrigens, was Thyssen Krupp Solartech in Hof betreibt? – Das ist Zukunft Das ist Zukunftstechnologie, anders als ein Autozulieferungsbetrieb, der überall gebaut werden kann und der nie nach Hof kommen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch hiervon findet sich kein Wort in Ihren Konzepten. Ich kann mir jetzt leider nicht verkneifen, hier einen Seitenhieb auf die Rede meines Kollegen aus Bayreuth zu machen; wir sitzen dort beide im Stadtrat. Dort können CSU-Mitglieder noch immer sagen: Fotovoltaik in Oberfranken geht nicht, weil hier nicht die Sonne scheint. – Und keiner widerspricht! Auch der sozialdemokratische Oberbürgermeister widerspricht nicht. Er sagt sogar: „Ich will auf meiner Autobahn keine PV-Anlage, weil so ein technisches Bauwerk den optischen Eindruck von Bayreuth beeinträchtigen könnte.“ – Da sehen Sie doch, wie es um die Region bestellt ist, und das trifft beide Seiten des Parlaments in gleicher Weise.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von zukunftsfähiger Politik, von Zukunftsvisionen, keine Spur. Ich sage, genau das ist es aber, was wir in Oberfranken brauchen. Wir brauchen keine neue Autobahn, wir brauchen nicht mehr Straßen und keinen Flughafen. Wir brauchen eine innovative Energiepolitik, wir brauchen Bildung, und wir brauchen diese Bildung in der Fläche. Wir brauchen nicht nur das eine Prestigeprojekt, wir brauchen Bildung in der Fläche. In Oberfranken gehen viele Hauptschüler ohne Abschluss von der Schule ab. Das ist ein Skandal. Das trifft diejenigen, die es am dringendsten brauchen. Ich sage Ihnen, wir brauchen in Oberfranken mehr Ganztagschulen als in Oberbayern. Wir brauchen mehr gute Betreuung, mehr Montessori-Schulen und mehr Freie Schulen. Wir brauchen mehr Vielfalt im Bildungssystem. Das wäre ein Standortfaktor für Oberfranken. Mit viel Kraft haben wir endlich durchgesetzt, dass wir in Bayreuth jetzt eine Montessori-Schule bekommen. Das wird die zweite in Oberfranken sein. Wissen Sie, wie viele es davon in Oberbayern gibt? Wissen Sie, wie viele Familien, die Familienmitglieder an den Universitäten oder in Unternehmen in Oberfranken haben, genau das nachfragen? – Sie fragen: Wie stellt sich der Schulstandort Oberfranken dar? Wo werden meine Kinder betreut? – Das sind die Fragen, die Oberfranken nach vorn bringen könnten. Das ist ein wichtiger Standortfaktor, doch er wird sträflich vernachlässigt.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Wir brauchen aber keine Oberlehrer!)

Auch für diese Projekte war die Unterstützung von beiden Seiten des Hauses äußerst mau. Ich sage Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Ich warte auf die innovativen Projekte. Sie fordern viel Geld, Sie haben auch einige sinnvolle Forderungen in Ihrem Antrag, aber im wesentlichen kann ich nur die alten Rezepte erkennen. Ich kann Ihrem Antrag deshalb nicht zustimmen. Wir haben eine ganz andere Vision für Ober-

franken, und dafür werden wir in den nächsten Jahren kämpfen.

Präsident Böhm: Kollege Nadler hat um das Wort gebeten. Herr Nadler, Ihnen stehen noch drei Minuten zur Verfügung.

(Unruhe und Zurufe von der SPD: Ton einschalten!)

Der Ton wird übertönt durch das Gerede und die Zwischenrufe.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nadler (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch einmal zu Pullach, Frau Kollegin Gote. Hier geht es genauso wie beim Bundeswehrstandort in Bayreuth um eine Einrichtung, die wir Dank der Bundesregierung verloren haben. Hier geht es um Arbeitsplätze. Die Vergleiche, die Sie angeführt haben, kann ich nicht stehen lassen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bevor ich zum Antrag der SPD komme, frage ich mich, wie glaubwürdig ist eine Partei, bei der die Oberpfalz benachteiligt ist, Niederbayern benachteiligt ist, Oberfranken benachteiligt ist, ja sogar München benachteiligt ist, bei der sogar das ganze Land benachteiligt ist? Oder wie sehen Sie das, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist richtig, dass Oberfranken sicherlich mit vielen Problemen fertig werden muss. Vor allem müssen wir aber ein Problem angehen, nämlich das kollektive Jammern. Das sage ich vor allem in die Richtung der SPD. Ohne alles schönreden zu wollen, sind Politik und Wirtschaft aufgefördert, auch Optimismus zu verbreiten und die Standortqualitäten Oberfrankens darzustellen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

– Liebe Frau Biedefeld, Sie sollten sich im Regierungsbezirk einmal umschaun.

Oberfranken ist das Zentrum der deutschen Porzellanindustrie. Fast die Hälfte aller Beschäftigten der deutschen Porzellanindustrie sind in Oberfranken tätig, Tendenz steigend. Oberfranken ist auch das Zentrum der deutschen Polstermöbelindustrie sowie einer von drei Schwerpunkten der deutschen Textilindustrie. Oberfranken ist ein Schwerpunkt der bayerischen Nahrungsmittelindustrie und wichtigster Standort der Kunststoffverarbeitung in Bayern. Darüber hinaus hat das kleine Oberfranken die drittgrößte Industriedichte der Europäischen Union. Oberfranken hat die größte Brauereidichte der Welt. Es hat doppelt so viele Beschäftigte im Textilsektor wie die Niederlande und mehr Beschäftigte im Kunststoffsektor als Dänemark. Es hat so viele Beschäftigte im Maschinenbau wie Portugal.

Wo wollen wir denn hin? Sicherlich haben wir einen Strukturwandel. Sicherlich sind wir auf dem Weg, von der Porzellan- und Textilindustrie weg zu neuen Bereichen. Wo sind denn die Gewinner? Gesundheitswesen: plus 6000 Beschäftigte, Handel: plus 5000 Beschäftigte. Altersheime plus 300 Beschäftigte, Rechts- und Wirtschaftsberatung: plus 2200 Beschäftigte, Tourismuswirtschaft: plus 2000 Beschäftigte. Das sind die Zahlen für Oberfranken.

Ich sage zum Schluss: Fünf Themen sind besonders wichtig, eines davon hat Frau Gote bereits angesprochen: die Aus- und Weiterbildung – überhaupt keine Frage –, die Forschung und Entwicklung – auf diesem Sektor sind wir unwahrscheinlich gut aufgestellt – und natürlich die Förder- und Strukturpolitik – da nenne ich die Gemeinschaftsaufgabe mit Blick auf Berlin. Wichtig ist auch die Verkehrssituation und die EU-Osterweiterung. Herr Kollege Rabenstein, wir befinden uns nicht kurz vor Torschluss, sondern am Beginn einer neuen Chance, nämlich der EU-Osterweiterung. Hier setzt die zukunftsorientierte Politik der CSU an.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Schnappauf das Wort.

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was wir an Aussagen und Argumenten von Seiten der Opposition soeben gehört haben, setzt den Dingen wirklich die Krone auf. Was gegenwärtig in Berlin läuft und was Sie in München an Zinnober veranstalten – dass Sie sich nicht schämen!

Vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung handstreichartig die Gemeinschaftsaufgabenförderung für Ostbayern ab nächstem Jahr auf Null gesetzt. Sie lamentieren hier und fordern ein Sonderförderprogramm.

(Kaul (CSU): Wo ist denn der Protest der SPD?)

– Herr Kollege Kaul moniert das völlig zu Recht.

Gestern kommt der Landesvorsitzende der bayerischen SPD und sagt: „Ich distanzieren mich von dem, was Berlin gemacht hat.“ Heute kommt Herr Rabenstein und sagt: „Ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was in Berlin gemacht wird.“ Ihre Lamentiererei geht uns auf den Geist. Sie sollten Ihre Kräfte dafür verwenden, um in Berlin etwas zu erreichen.

(Beifall bei der CSU – Frau Biedefeld (SPD): Ihre Schönrederei geht uns auch auf den Geist!)

Berlin macht Tabula rasa: Weg mit den Bundeswehrstandorten aus Oberfranken, weg mit den Hauptzollämtern. Bis heute haben wir keine Finanzierungsvereinbarung für den ICE. Die Gemeinschaftsaufgabe wird gestrichen – eines nach dem anderen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Steiger (SPD))

– Frau Steiger, setzen Sie sich doch lieber dafür ein, dass die Bundesregierung die Förderung der Bamberger Symphoniker aufrecht erhält, anstatt hier im Landtag dumme Reden zu halten.

(Beifall bei der CSU)

Die machen in Berlin Tabula rasa, und zwar mit dem ländlichen Raum, den Grenzregionen und Oberfranken, aber erdreisten sich, sich hier in München hinzustellen und zu sagen: Wir wollen ein Sonderförderprogramm. Das schlägt wirklich dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei der CSU)

Was Sie tun, strotzt vor Scheinheiligkeit. So etwas habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht erlebt. Es handelt sich um ein durchsichtiges Manöver.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Steiger (SPD))

– Frau Steiger, wenn Sie hier so lauthals reden, muss ich Ihnen sagen: Sie sind doch Sprecherin der oberfränkischen SPD-Abgeordneten. Ihr eigener Landesvorsitzender traut sich doch bei der Debatte über Oberfranken gar nicht ins Plenum. Er weiß wahrscheinlich auch warum.

(Maget (SPD): Sie wissen doch, wo er ist!)

– Herr Maget, Sie können gleich ans Rednerpult kommen.

Wir haben in Oberfranken einen Strukturwandel, der durch die historische Situation in Oberfranken begründet ist. Wir haben vor 100 bis 150 Jahren den Regierungsbezirk Oberfranken als einen der ersten erlebt, der industrialisiert wurde. Logischerweise ist der Weg einer hochindustrialisierten Region zu einer Produktions- und Dienstleistungsregion ein längerer, ein weiterer, ein tiefergreifender, als wenn wir, historisch begründet, nicht eine solche Industriedichte gehabt hätten. Man muss das einfach einmal als Faktor sehen. Wir waren über die Jahrhunderte stolz – wir können es auch heute und morgen noch sein –, dass wir im Norden unseres Freistaats, speziell im oberfränkischen Raum, eine so hohe Industriedichte haben. Herr Kollege Nadler hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass heute die Region zu den höchstindustrialisierten in der Europäischen Union gehört und in der Industriedichte der EU auf Platz 3 liegt.

Damit ist aber auch die Herausforderung umschrieben. Wenn wir eine in Jahrzehnten und über 100 Jahren gewachsene Industriestruktur haben, dann ist es ganz normal, dass dann, wenn sich die Gesellschaft von einer Industrie- zu einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft wandelt, Oberfranken einen tiefgreifenden Wandel erfährt und noch vor sich hat. Deshalb, Frau Gote, hat das Kabinett auf seiner Sitzung in Coburg eine Projektgruppe Zukunft eingerichtet, die kein Arbeitskreis ist, sondern eine Managementaufgabe hat, den Strukturwandel zu beschleunigen und zu unterstützen.

(Frau Biedefeld (SPD): Da haben wir viel davon!)

Man muss auch sehen, was die Bundesregierung in dieser Hinsicht tut: Sie hat in ihrer fünfjährigen Regierungszeit in Berlin den Standort Oberfranken systematisch durch ihre mittelstandsfeindliche Politik geschwächt.

(Beifall bei der CSU)

Oberfranken ist eine Region, die überdurchschnittlich mittelständisch geprägt ist. Bei den Rahmenbedingungen, die der Mittelstand derzeit in Deutschland hat, ist Oberfranken automatisch durch Rot-Grün besonders benachteiligt. Sie haben zu verantworten, dass die Infrastruktur Oberfrankens systematisch entkernt wird. Kein Bundeswehrstandort mehr, die Hauptzollämter werden geschlossen, der Bundesgrenzschutz ist abgezogen worden. Für den ICE haben Sie bis heute keine Finanzierungsvereinbarung. Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt, aber Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen: Rot-Grün schwächt systematisch den Standort Oberfranken.

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung hat alles in ihren Kräften Stehende getan, ob Offensive Zukunft Bayern, ob Hightech-Offensive – es sind über 240 Millionen € in den Standort Oberfranken geflossen. Er ist Ansiedlungsschwerpunkt und Förderschwerpunkt; die Region wird weit über Landesdurchschnitt gefördert. Wir springen ein, wo Rot-Grün sich zurückzieht, ob das der Bundesgrenzschutzstandort in Coburg ist, in dem wir das Zentrale Mahngericht angesiedelt haben, oder ob es sich um die Bamberger Symphoniker handelt, bei denen sich die Bundesregierung in vertragswidriger Weise aus ihrer Verpflichtung Sinfoniker zurückzieht und der Freistaat Bayern mit 3 Millionen pro Jahr zusätzlich einspringt.

Wo gibt es so etwas sonst noch, dass ein Land einspringt, wenn die Bundesregierung ihren Pflichten vertragswidrig nicht gerecht wird?

(Frau Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wollen Sie jetzt noch? – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Trotzdem bekommen Sie keinen Stimmkreis!)

Das, was Rot-Grün macht, grenzt an politische Schizophrenie. In Berlin schwächen Sie den Standort, und in München lamentieren Sie ohne Ende. Das werfe ich Ihnen vor.

Präsident Böhm: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Odenbach?

Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium): Ich bin sofort am Ende, ich möchte deshalb keine Zwischenfrage zulassen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Gott sei Dank! – Prof. Dr. Gantzer (SPD): Nehmen Sie die Hände aus der Tasche! – Heiterkeit)

Wer sich zu früh freut, wird gleich Gelegenheit bekommen, hier am Pult dazu noch einmal Stellung zu neh-

men. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie glauben, hier den Bürgern ein X für ein U vormachen zu können. Sie schwächen mit Ihrer Politik systematisch Oberfranken, gehen durch die Regionen und sagen, jeder gewinnt,

(Zuruf von der SPD: Jetzt müssen Sie nur noch etwas zu den Bundeswehrstandorten sagen!)

der ländliche Raum gewinnt, Franken gewinnt, die Oberpfalz gewinnt, Unterfranken gewinnt, Oberfranken gewinnt; jeder gewinnt bei Ihnen.

(Frau Biedefeld (SPD): Für Sie sind doch alle Aufsteiger!)

Wenn Sie die Grenzen der Landeshauptstadt überschreiten, sehen Sie die großen Plakate: „Franz Maget – mehr München für Bayern“.

(Mehrlich (SPD): Das muss man auch verstehen!)

Das, was wir gegenwärtig an rot-grüner Politik erleben, bedeutet mehr für die Ballungsräume und weniger für die ländlichen Räume.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Frau Steiger, ich fordere Sie als Sprecherin der oberfränkischen SPD-Abgeordneten auf, hier und heute am Rednerpult zu sagen, ob Sie zum Slogan Ihres Spitzenkandidaten „Mehr München für Bayern“ stehen.

(Mehrlich (SPD): Sie verstehen ihn ja gar nicht!)

Sagen Sie das heute!

(Beifall bei der CSU)

Herr Maget, ich fordere auch Sie auf, Stellung zu nehmen zu der Frage, was Sie wollen. Wollen Sie mehr München, wollen Sie mehr Oberfranken oder wollen Sie mehr Oberpfalz? Was wollen Sie?

(Mehrlich (SPD): Sie verstehen den Slogan doch nicht! – Frau Radermacher (SPD): So bekommen Sie auch keinen Stimmkreis! Keine Chance!)

Ihre Politik und Ihre Leistungen zeigen jedenfalls, dass Sie für die Regionen Bayerns und für die ländlichen Räume nichts, aber auch gar nichts übrig haben.

(Beifall bei der CSU – Mehrlich (SPD): Endlich hat er aufgehört!)

Präsident Böhm: Ich bin so froh, dass heute noch so viele zu Wort gekommen sind, wenn auch nur als Zwischenrufer.

(Heiterkeit)

Ein Zwischenruf ist auch ein gutes Ventil. Jetzt hat Herr Maget um das Wort gebeten. Sie haben noch zwei Minuten, Herr Maget.

(Hufe (SPD): Sag's ihm, Franz!)

Jetzt lasst ihn einmal reden!

Maget (SPD): Ich will die Redezeit zwar nicht endlos ausschöpfen, einer Aufforderung des Herrn Ministers möchte ich mich aber doch nicht verschließen.

(Heike (CSU): Frau Steiger soll reden!)

Der erste Aspekt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn Sie sehen, wie unterschiedlich sich die Regionen in Bayern heute wirtschaftlich darstellen und wenn Sie einen Blick auf andere Länder in Deutschland werfen, werden Sie das bestätigt bekommen, was Ihnen McKinsey ins Stammbuch geschrieben hat.

(Beifall bei der SPD)

Im Auftrag der Bayerischen Staatskanzlei hat McKinsey bescheinigt, dass es in Deutschland kein Land gibt, in dem die regionalen Unterschiede so krass und prekär sind wie im Freistaat Bayern. Nirgendwo in Deutschland!

(Beifall bei der SPD – Willi Müller (CSU): Ist doch nicht wahr!)

Nirgendwo in Deutschland werden Regionen so abgehängt, wie es in Bayern der Fall ist und am Beispiel von Oberfranken oder meinetwegen auch Hochfranken exemplarisch belegt werden kann.

(Zuruf von der CSU: Es gibt kein Hochfranken!)

Mit der Aussage „Mehr München“ möchte ich mehr von der wirtschaftlichen Stärke dieser Stadt und dieser Region auch in anderen Teilen Bayerns haben,

(Beifall bei der SPD – Widerspruch und Zurufe von der CSU)

die Sie seit Jahren und Jahrzehnten geradezu systematisch benachteiligen. Das täte diesen Regionen gut, und das sage ich Ihnen als Münchner. München und seine Region sind ökonomisch gesehen eine Herzeigeregion für Bayern und ganz Deutschland. Diese Region kann weiter unter Dampf stehen. Das ist auch gut so. Wir brauchen dies Konjunkturlokomotive. Es macht aber keinen Sinn, die Anhänger, die an dieser Region hängen, also die anderen Landesteile, abzuhängen, so wie Sie es tun.

(Dr. Bernhard (CSU): Wer macht denn das?)

Es macht keinen Sinn, den jungen Menschen in anderen Regionen Bayerns zu sagen, sie sollten nach Südbayern oder nach Oberbayern gehen, dort würden sie vielleicht einen Ausbildungsplatz finden. Schauen Sie sich doch die Ausbildungsbilanzen an und vergleichen Sie die Ausbildungsbilanz Münchens mit der der Oberpfalz oder Oberfrankens. Dann erkennen Sie die Defizite Ihrer Politik. Das zu ändern, ist die Aufgabe des Landtags der nächsten Legislaturperiode. Weil Sie sich so groß fühlen, sage ich es Ihnen an der Stelle, denn bei meinem

nächsten Beitrag muss ich ein bisschen moderater auftreten.

Präsident Böhm: Herr Maget, Sie wollten die Redezeit nicht ausschöpfen, aber Sie haben sie jetzt schon erheblich überschritten.

(Lachen bei der CSU)

Maget (SPD): Den Satz möchte ich noch loswerden. Sie fühlen sich jetzt so auf dem Gipfel. Wo ist der Standort des Gipfels? Am Abgrund. Das müssen Sie sich in den nächsten Wochen und Monaten noch vor Augen halten.

(Beifall bei der SPD – Hofmann (CSU): Ihr schafft nicht einmal die 18%!)

Präsident Böhm: Jetzt hat noch Herr Staatsminister Huber um das Wort gebeten.

(Mehrlich (SPD): Jetzt kommt der Honorarredner!)

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wundere mich sehr, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD die Leistungen der Landeshauptstadt München so herausstellt. Ich darf in Erinnerung rufen, dass der Freistaat Bayern beispielsweise den Bau des Flughafen Münchens einschließlich des neuen Terminals gegen einen zum Teil erheblichen Widerstand der Landeshauptstadt München durchgesetzt hat.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich erinnere daran, dass derzeit die Landeshauptstadt München offenen Widerstand bis hin zu den Gerichten gegen den Bau des Transrapsids in München ankündigt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich erinnere drittens daran, dass die Landeshauptstadt München beispielsweise in Sachen Forschungsreaktor Garching erheblichen Widerstand geleistet hat.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das, was Sie in das helle Licht stellen, ist mit Sicherheit nicht die Leistung von Rot-grün in München, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Mehrlich (SPD): Das ist die Leistung von Huber!)

Mehr München für Bayern bedeutet eine Benachteiligung der ländlichen Räume. Wir kämpfen entschieden dafür, dass die Gemeinschaftsaufgabe für Ostbayern erhalten bleibt, welche von der Bundesregierung abgeschafft werden soll.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir kämpfen dafür, dass der Freistaat Bayern mehr Geld für den Bundesfernstraßenbau bekommt. Es ist ein

Skandal, dass der Anteil Bayerns weiter reduziert werden soll, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das zeigt nur, dass die SPD die Belange des ländlichen Raumes nicht kennt und nicht sieht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Mehrlich (SPD): Jetzt hat er es dem Schnappauf aber gezeigt!)

Präsident Böhm: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen diesem Votum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Die Fraktion der CSU und Kollege Dr. Gröber. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Bevor wir über den noch nicht zu Ende behandelten Antrag auf Drucksache 14/12773 – das ist der Tagesordnungspunkt 49 – abstimmen, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag 14/12166 „Metropol-Region Nürnberg und Trendszenarien der Raumentwicklung in Deutschland und Europa“ bekannt. Das war der Tagesordnungspunkt 47. Es gab 59 Ja-Stimmen, 96 Nein-Stimmen und 13 Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 14/12773. Das ist Tagesordnungspunkt 49. Der federführende Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD sowie Herr Kollege Dr. Gröber. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag ist damit angenommen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 56

Schluss der Tagung und Einsetzung eines Zwischenausschusses

Bevor wir über die Einsetzung eines Zwischenausschusses Beschluss fassen, muss gemäß § 96 Absatz 3 Geschäftsordnung abgeklärt werden, ob auch diesmal – wie in den früheren Wahlperioden – vor dem Ende der Legislaturperiode mit dem Beginn der sitzungsfreien Zeit die Tagung geschlossen werden soll. Ich frage deshalb, ob damit Einverständnis besteht, dass wir am Ende der Sitzung die Tagung schließen. – Ich sehe keine Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zur Einsetzung des Zwischenausschusses. Nach Artikel 26 der Verfassung des Freistaates

Bayern muss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Staatsregierung und zur Behandlung dringlicher Staatsangelegenheiten für die Zeit außerhalb der Tagung vom Landtag ein Zwischenausschuss bestellt und dabei gemäß § 19 Absatz 1 Geschäftsordnung auch dessen Stärke bestimmt werden. Im Ältestenrat bestand Einvernehmen darüber, dass der Zwischenausschuss wie in den vorhergehenden Legislaturperioden aus 51 Abgeordneten, also aus einem Viertel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags, bestehen sollte. Außerdem ist für jedes Mitglied des Zwischenausschusses ein Stellvertreter zu bestellen. Besteht Einverständnis darüber, dass ein Zwischenausschuss mit 51 Mitgliedern eingesetzt wird? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Nach § 19 Absatz 2 Geschäftsordnung richtet sich die Zusammensetzung des Zwischenausschusses nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, und zwar nach dem Verfahren nach d'Hondt. Danach entfallen auf die Fraktion der CSU 31 Mitglieder, auf die SPD-Fraktion 17 Mitglieder und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 3 Mitglieder. Außerdem haben die Fraktionen das Recht, für jedes Mitglied einen Stellvertreter vorzuschlagen.

Die Vorschläge der Fraktionen wurden in Form einer Liste aufgelegt. Wer damit einverstanden ist, dass die benannten Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Zwischenausschusses bestellt werden, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Dr. Gröber. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Die von den Fraktionen benannten Kolleginnen und Kollegen sind damit zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Zwischenausschusses bestellt worden.

(siehe Anlage 3)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die letzte Sitzung in der 14. Wahlperiode geht zu Ende. Wie für die beiden Vizepräsidenten, Herrn Kollegen Dr. Ritzer und Frau Kollegin Riess, sowie für den Alterspräsidenten, Herrn Kollegen Dr. Kempfler, und eine ganze Reihe anderer Kolleginnen und Kollegen im Hause ist das auch für mich eine Stunde des Abschieds aus der bayerischen Landespolitik und vor allem von diesem Parlament.

Wenn ich auf diese fast drei Jahrzehnte als Abgeordneter und auf die beiden Wahlperioden als Landtagspräsident zurückblicke, stelle ich fest, dass sich seit meiner Anfangszeit vieles verändert hat. Dabei muss man mit Bewertungen vorsichtig sein, weil man sich auch selbst verändert. Man reift und sieht die Dinge anders als früher. Ich glaube aber trotzdem: Im Landtag ist vieles professioneller geworden. Seit Mitte der Neunzigerjahre ist es uns gelungen, die Parlamentsarbeit deutlich zu straffen und zu beschleunigen. Eine Reform der Geschäftsordnung in mehreren Etappen – mit dem Abschluss in dieser Woche – hat dazu geführt, dass diese „Magna Charta des Parlaments“ jetzt in übersichtlicher, systematisch gegliederter Form vorliegt. In diesem Zusammenhang gebührt vor allem Herrn Kollegen Dr. Ritzer ein

besonderer Dank, der die verschiedenen Interessen in der letzten Woche zusammengeführt hat.

(Allgemeiner Beifall)

Nach und nach wurden unnötige Reibungsverluste und eine gewisse Redundanz in den Beratungen ausgemerzt – etwa durch die Einführung des „federführenden Ausschusses“, durch den weitgehenden Verzicht auf Berichterstattungen im Plenum, durch einen neuen Modus, um die Aktuelle Stunde attraktiver zu gestalten sowie durch pauschale Redezeitbegrenzungen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Zudem hat sich der Landtag neuartige Instrumente an die Hand gegeben, um den Anforderungen an ein modernes Parlament besser zu entsprechen und die Informationsgewinnung zu optimieren. Dazu gehören unter anderem die Einführung von Enquete-Kommissionen, die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände, die Stärkung der Minderheitenrechte der Opposition und das am 1. September in Kraft tretende Parlamentsinformationsgesetz.

Zu erwähnen sind auch interne Neuerungen, die die Serviceleistungen für Abgeordnete, Fraktionen, Ministerien und die Landtagspresse verbessert haben. All diese Maßnahmen tragen dazu bei, dass unsere Tätigkeit nach außen transparenter und für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer geworden ist, wobei ich nicht verhehle, dass wir auf diesem Weg immer nur in kleinen Schritten vorankommen. Die Parlamentsreform wird eine dauerhafte Aufgabe für unsere Nachfolger bleiben.

Eine zweite wesentliche Verbesserung, die wir in den beiden vergangenen Legislaturperioden vollzogen haben, hängt damit unmittelbar zusammen: Das Maximilianeum ist zu einem offenen Haus geworden – nicht nur an den „Tagen der offenen Tür“, die von Mal zu Mal größeren Zuspruch finden. Auch die Zahl der regulären Besuchergruppen und der Schulklassen, die den Landtag vor Ort besichtigen und sich über ihn informieren, konnte auf inzwischen rund 45000 Gäste pro Jahr gesteigert werden. Das Landtagsgebäude ist darüber hinaus ein begehrter Veranstaltungsort für Vortragsreihen und für Ausstellungen. Manches davon wird zwar von den Abgeordneten aufgrund der Fülle ihrer Verpflichtungen weniger wahrgenommen. Dafür ist das Echo aus dem Kreis der Besucherinnen und Besucher sehr positiv.

Dass wir unsere Tore im Parlamentsgebäude weit öffnen, ist selbstverständlich. Ich zögere aber immer bei der Forderung, das Parlament, also die Versammlung der Abgeordneten, müsste sich mehr dem Volk öffnen; denn dabei wird leicht übersehen, dass die Parlamentarier nicht in einem Elfenbeinturm leben, sondern als Volksvertreter selbst ein Teil des Volkes sind und zu ihm gehören. Die Trennung zwischen dem Volk auf der einen und dem Parlament auf der anderen Seite suggeriert, dass sich die Volksvertretung von der Basis entfernt hätte.

Deshalb ist es wichtig, dass wir auch außerhalb des Maximilianeums, in unseren Stimm- und Wahlkreisen,

häufig präsent und ansprechbar sind. Wenn gelegentlich – auch in den Medien – behauptet und angemahnt wird, das hauptsächliche Tätigkeitsfeld der Abgeordneten sei doch hier im Landtag, dann ist dem zu entgegnen: Wir sind nicht nur Gesetzgeber und Kontrolleure, sondern auch und immer mehr Ombudsleute und Anwälte der Bürgerinnen und Bürger in ihren ureigensten Angelegenheiten.

Meine Erfahrung ist: Als Politiker muss man mit den Menschen reden. Sie wissen sehr wohl zu beurteilen, wer sich für sie und ihre Anliegen zu Hause aktiv einsetzt. Wer im Parlament als „Hinterbänkler“ gilt, kann trotzdem in seiner Heimat zu Recht einen hervorragenden Ruf als Abgeordneter haben.

Wie sehr es die Menschen begrüßen, wenn die Politik zu ihnen kommt, erleben wir auch immer wieder bei den Regionalbesuchen in allen Teilen Bayerns und auf den Regionalmessen, an denen sich der Landtag seit einigen Jahren mit einem eigenen Informationsstand erfolgreich beteiligt. Wenn die Politik in Bayern immer noch relativ volksnah erscheint, hat das meines Erachtens viel mit dem Bayerischen Landtag und seinen Abgeordneten zu tun.

Viele von uns sind auch in der Kommunalpolitik stark engagiert. Wir wissen, was unten passiert, was die Bürger sagen und denken. Wir können Probleme nach oben transportieren und in die Landespolitik einfließen lassen. Gleichzeitig können wir den Sinn politischer Entscheidungen nach unten vermitteln. Diese „Scharnier-Funktion“ ist eine unserer Stärken, die wir uns nach meiner Überzeugung bewahren müssen. Ich sage das auch im Hinblick auf die künftige Reduzierung der Abgeordnetenanzahl sowie auf die größer werdende Europäische Union.

Wir erinnern uns noch gut an die lange und auch kontrovers geführte Debatte um die Reform der Stimmkreise bzw. die Verkleinerung des Landtags. Sämtliche Argumente, Für und Wider, wurden damals ausführlich erörtert. Fest steht jetzt: Der 14. Bayerische Landtag ist der letzte mit 204 Mitgliedern. Künftig werden es 24 weniger sein. Umso mehr wächst dadurch die Verantwortung der einzelnen Abgeordneten für die Menschen in ihren Stimm- und Wahlkreisen.

Allen künftigen Abgeordneten muss bewusst sein, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Ansprüche an sie keinesfalls reduzieren werden – eher im Gegenteil.

Dazu ist es notwendig, dass auch die äußeren Arbeitsbedingungen im Parlament weiter verbessert werden. Das Präsidium hat vor kurzem endgültig beschlossen, in welcher Weise der Plenarsaal saniert, umgebaut und technisch aufgerüstet werden soll. Wir haben uns dabei für eine Lösung entschieden, die den zeitgemäßen Mindestanforderungen entspricht.

Wir wollen den Abgeordneten die Arbeit im Plenarsaal erleichtern, dessen technische Ausstattung deutlich erhöhen und auch den Besuchern bequemere Zugangsmöglichkeiten bieten. Ich bin froh, dass diese verantwortbare Lösung nun unter Dach und Fach ist, auch wenn die Realisierung bedeutet, dass das Plenum ab

Herbst 2004 für ein Jahr behelfsmäßig in den heutigen Senatssaal verlegt werden muss.

Aus einer ganz anderen Warte kommen auf den Bayerischen Landtag ebenso wie auf die 15 anderen deutschen Landesparlamente Herausforderungen zu, wenn nämlich die Europäische Union ab 2004 sukzessive nach Osten erweitert wird. Uns ist bewusst: Die bisherigen und die neuen Mitgliedstaaten sind und bleiben Nationalstaaten. Sie werden auch künftig in Europa das Sagen haben.

Da in der EU neben der Bundesrepublik Deutschland nur Österreich und Belgien eine bundesstaatliche Ordnung haben, können die deutschen Länder und ihre Parlamente im Konzert der Großen und Lauten leicht überhört werden.

Zusätzlich schränkt den Spielraum der Landesparlamente der so genannte Exekutivföderalismus ein. Die Länder wirken ja nur über ihre Regierungen an der politischen Entwicklung auf Bundesebene im Bundesrat mit. Die Landesparlamente als die durch die Wähler unmittelbar legitimierten Organe stehen im föderalen Schatten.

Deshalb liegt es in ihrem Interesse, auch künftig wachsam zu bleiben und ihre Stimme rechtzeitig zu erheben. Der erste Föderalismuskonvent der deutschen Landesparlamente vor kurzem in Lübeck mit der dabei einmütig verabschiedeten Lübecker Erklärung war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Er hat übrigens gezeigt, dass die anderen Bundesländer jetzt endlich das Defizit an Bundesstaatlichkeit erkannt haben, das der Bayerische Landtag bereits 1949 bei der Abstimmung über das Grundgesetz zum Ausdruck gebracht hatte.

Überhaupt sollten sich die Landesparlamente – und damit auch der Bayerische Landtag – wieder mehr auf die Themen konzentrieren, für die sie tatsächlich zuständig sind. Es mag durchaus verführerisch sein, sich mit aktuellen bundespolitischen Fragen auseinander zu setzen und dabei ein wenig vor der Tür der anderen zu kehren. Allerdings sollten wir der Versuchung widerstehen, als eine Art „Ersatzbundestag“ zu fungieren. Das schwächt nämlich auf Dauer unser Ansehen als Landtag,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

weil wir dadurch den Eindruck erwecken könnten, als hätten wir kaum eigene Befugnisse und Zuständigkeiten.

Einem Landtag steht es gut an, gemäß der römischen Maxime „multum, non multa“ zu handeln, also nicht vielerlei Dingen nachzugehen, sondern sich mit seinen Angelegenheiten intensiv und genau auseinander zu setzen.

Das Feld, das wir als Bayerischer Landtag zu beackern haben, ist dafür groß genug. Ein Blick auf einige der wichtigsten Themen aus den vergangenen fünf Jahren belegt das. Ich greife aus der Fülle nur einige Stichworte heraus: Festlegung der Haushalte ohne Erhöhung der

Neuverschuldung, Umsetzung und Weiterführung der Hochschulreform, BSE-Forschung, Einführung von Qualitätszeichen für bayerische Agrarprodukte, Strukturformen im Schulbereich, Kulturförderung, Einführung integrierter Leitstellen, die aktuelle Personalsituation in den Alten- und Pflegeheimen, kommunale Daseinsvorsorge, Verbesserung des Hochwasserschutzes nach dem Pfingsthochwasser 1999 und den Überschwemmungen 2001 und 2003 und – erst vor kurzem – die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in die Verfassung. Ganz zu schweigen von den fast 13000 Petitionen, die in dieser Wahlperiode behandelt und erledigt wurden.

Jedes der genannten Themen ließe sich noch durch eine Vielzahl anderer ergänzen. Aber schon diese Auswahl zeigt, dass die Entscheidungen des Bayerischen Landtags die gesamte Palette seiner Zuständigkeit umfassen und auf fast alle Lebensbereiche ausstrahlen.

Der Vorwurf, wir befassen uns nur mit den x-ten Novelierungen längst bestehender Gesetze, ist damit nachweislich unberechtigt. Auch wenn wir uns um ein breites Spektrum von Einzelheiten kümmern müssen, dürfen wir eines nicht aus den Augen verlieren: Nicht die Vertretung von Einzelinteressen ist unser Amt, sondern die Vertretung des gesamten Volkes.

Unsere bayerische Verfassung bringt es auf den ebenso knappen wie aussagekräftigen Nenner: „Die Abgeordneten sind Vertreter des Volkes, nicht nur einer Partei.“

Was ich tun konnte, um Interessen zu bündeln und einen Konsens herbeizuführen, habe ich zu tun versucht. Ich weiß aber auch, dass man den Anspruch, den man dabei an sich selber hat, nie ganz erfüllen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir abschließend noch eine persönliche Bemerkung. Ich habe meine politischen Ämter in Legislative und Exekutive stets als Ämter auf Zeit betrachtet. Wenn ich in diesen Tagen häufig gefragt werde, ob mir der Abschied als Landtagspräsident schwer fällt, kann ich deshalb guten Gewissens sagen: Der Abschied vom Parlament liegt früher oder später in der Natur der Sache. Er fällt mir nicht schwer. Die Begegnungen mit so manchen Parlamentariern werde ich allerdings vermissen. Davon abgesehen, habe ich die Erfahrung gemacht, dass man als Amtsinhaber gelegentlich zu selbstverständlich auf die Wahrheit des Sprichwortes vertraut: „Wem Gott gibt ein Amt, dem gibt er auch Verstand.“ Wir vergessen dabei leider, dass nur die wenigsten Ämter direkt von Gott vergeben werden.

(Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

Noch eines möchte ich sagen. Ich zitiere Abraham Lincoln: „Sucht nicht nach Schuldigen, sucht nach Lösungen!“ Ich habe mich an diesem Motto orientiert. Damit bin ich nicht schlecht gefahren.

Meine Damen, meine Herren, in der Hektik des alltäglichen Arbeitsablaufs bleibt oft zu wenig Raum für anerkennende Worte. Deshalb möchte ich heute die Gelegenheit wahrnehmen, denen persönlich zu danken, ohne deren Unterstützung ich meine Aufgaben als Land-

tagspräsident und Abgeordneter nicht hätte erfüllen können.

Mein herzlicher Dank gilt zunächst Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihr verantwortungsvolles Engagement hier im Hause sowie in Ihren Stimm- und Wahlkreisen.

Meiner Fraktion danke ich für die Verbundenheit und den freundschaftlichen Beistand unter Gleichgesinnten.

Zu danken habe ich auch den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen, mit denen ich vertrauensvoll zusammenarbeiten konnte.

Mein besonderer Dank gilt all denen unter Ihnen, die sich heute aus dem Bayerischen Landtag verabschieden. Hinter vielen liegt eine oft jahrzehntelange engagierte Arbeit in diesem Hause.

Ich nenne die scheidenden Mitglieder des Präsidiums, den Kollegen Dr. Helmut Ritzer, die Kollegin Roswitha Riess, die Kolleginnen Annemarie Hecker und Petra Münzel; aus dem Ältestenrat die Kollegin Elisabeth Köhler und den Kollegen Franz Brosch. Auch mehrere Ausschussvorsitzende und stellvertretende Ausschussvorsitzende kandidieren nicht wieder: der Kollege Dr. Herbert Kempfler, dem ich zugleich für seine sorgfältige und wohlbedachte Amtsführung als Alterspräsident in der konstituierenden Sitzung danke; sowie die Kollegen Adolf Dinglreiter, Dr. Klaus Hahnzog, Friedrich Loscher-Frühwald, Dr. Paul Wilhelm, Ludwig Ritter und Gustav Starzmann.

In meinen Dank schließe ich ebenso diejenigen Kolleginnen und Kollegen ein, die im Laufe der Legislaturperiode aus unterschiedlichen Gründen ihr Mandat niedergelegt haben, sowie jene, die heute wegen Krankheit nicht anwesend sein können und denen wir baldige Genesung wünschen.

Zwei Kollegen haben uns in den vergangenen Monaten für immer verlassen.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 26. Dezember 2002 verstarb nach langer Krankheit Herr Kollege Horst Heinrich. Vor wenigen Wochen, am 5. Juni, erlag Herr Kollege Manfred Hölzl ebenfalls einer schweren Krankheit. Beide wurden mitten aus der Arbeit gerissen. Der Bayerische Landtag wird die beiden Verstorbenen in ehrender Erinnerung bewahren. – Sie haben sich zum Zeichen des Gedenkens erhoben. Ich danke Ihnen dafür.

Im Namen des Hohen Hauses und persönlich danke ich dem Herrn Ministerpräsidenten und allen Mitgliedern der Staatsregierung für die gute Zusammenarbeit mit dem Parlament zum Wohle des Freistaates Bayern. Die Verfassung weist der Legislative und der Exekutive unterschiedliche Aufgaben zu. Beide sind sich jedoch einig in dem Ziel, für unser Land und seine Menschen das Beste erreichen zu wollen.

Ich danke der Frau Vizepräsidentin und dem Herrn Vizepräsidenten des Landtags, der Frau Kollegin Riess und dem Herrn Kollegen Dr. Ritzer, dafür, dass ich mich bei der Führung der Amtsgeschäfte stets auf sie und ihre kollegiale Zusammenarbeit verlassen konnte. Im Blick auf die vorletzte Legislaturperiode möchte ich es nicht versäumen, auch die damaligen Vizepräsidenten in meinem Dank einzubeziehen: Frau Kollegin Anneliese Fischer und den leider viel zu früh verstorbenen Kollegen Karl-Heinz Hiersemann, die beide auf ihre ganz persönliche Weise den 13. Bayerischen Landtag mit geprägt haben.

Herzlich zu danken habe ich auch den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrats, den Fraktionsvorständen und den Vorsitzenden der Ausschüsse, der Untersuchungsausschüsse, der Enquete-Kommissionen und der Arbeitskreise sowie den jeweiligen Stellvertretern für die konstruktive Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren.

Danken möchte ich auch den Damen und Herren von Presse, Hörfunk und Fernsehen für ihre Berichterstattung aus dem Maximilianeum. Wie beschäftigt sie sind, erkennt man auch daran, dass auf der Presstribüne das Telefon wieder läutet.

Mein Dank gilt dem Direktor des Landtags, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamtes und der Fraktionsgeschäftsstellen,

(Allgemeiner Beifall)

den Landtagsbeauftragten sowie den Beamten der Polizei für die geleistete Arbeit. Jeder und jede von ihnen trägt – meist hinter den Kulissen – persönlich dazu bei, dass das Parlament seine Aufgaben bestmöglich erfüllen kann. Und so ist keiner verzichtbar.

Nun hat das Wort der Herr Kollege Maget.

(Lang anhaltender, lebhafter allgemeiner Beifall)

Jetzt lassen wir den Kollegen Maget zur Wort kommen; ich habe ihn ja vorhin bremsen müssen.

Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist guter Brauch, am Ende einer Sitzungsperiode, noch dazu einer erstmals fünfjährigen, innezuhalten, zurückzublicken, ein wenig zu bilanzieren, was ich stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen der Landtagsopposition heute gern tue.

Zunächst und zuvörderst bedanke ich mich, ich denke, im Namen des ganzen Hauses, wie es der Beifall auch eindrucksvoll gezeigt hat, bei Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident Böhm, für Ihre Arbeit und für die Art und Weise, wie Sie das Präsidentenamt ausgeführt haben.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Sie haben Ihre Wächterfunktion hinsichtlich Umgangsstil und politischer Leidenschaft mit Würde und Wirkung ausgezeichnet erfüllt. Hinzu kam immer der notwendige

und von uns geschätzte Humor und immer wieder auch ein geschickter Griff in Ihren reichhaltigen Zitatenschatz. Schon das werden wir vermissen.

Ich denke, es wird niemand widersprechen: Ungeachtet mancher harter Kontroversen und trotz des in der Sache oft nötigen Streits sind wir meist vernünftig miteinander umgegangen, auch wegen Ihrer souveränen Sitzungsleitung. Dafür noch einmal unsere Anerkennung und unser herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke auch Frau Vizepräsidentin Riess. Wir sind uns nicht nur als Stimmkreisnachbarn im Norden Münchens, sondern auch im kleinen Biotop der Englisch sprechenden Abgeordneten – zumindest derer, die es versucht haben – näher gekommen. Auch Ihnen danke ich ganz herzlich für Ihre Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt natürlich auch dem Ersten Vizepräsidenten, dem Kollegen Dr. Helmut Ritzer, einem Freund, einem langjährigen Wegbegleiter und guten Ratgeber, der es noch in den letzten Wochen und Monaten auf sich genommen hat, sich in das Dickicht der bayerischen Staatsverwaltung einzuarbeiten, noch mehr, als er das ohnehin schon konnte und der, wie ich meine, sehr gute Vorschläge unterbreitet hat zum Bürokratieabbau und zur Staatsvereinfachung. Viele Punkte davon werden wir in der nächsten Legislaturperiode wiederfinden, aufgreifen und hoffentlich auch gemeinsam umsetzen. Vielen Dank, lieber Helmut Ritzer!

(Allgemeiner Beifall)

Ihnen dreien wünsche ich genauso wie den vielen anderen Kolleginnen und Kollegen, die heute ausscheiden und in der kommenden Legislaturperiode im Bayerischen Landtag nicht mehr mitarbeiten werden, von Herzen alles Gute, Gesundheit und persönliches Wohlergehen. Ich möchte Ihre Familienmitglieder in diese Wünsche einbeziehen. Sie, Frau Böhm, Frau Ritzer und auch die Tochter von Frau Riess waren heute hier anwesend. Ich denke, Sie haben jetzt wieder mehr Zeit für Ihre Familien, und ich hoffe, Sie alle genießen diese nun gefundene gemeinsame Zeit.

(Allgemeiner Beifall)

Viele Kolleginnen und Kollegen werden wir vermissen; denn das Parlament wird Köpfe und Sachverstand verlieren. Aber es wird mit Sicherheit auch neue gute und engagierte Kolleginnen und Kollegen am 21. September dazugewinnen, auf die wir uns freuen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Wahlperiode begann 1998. Unmittelbar danach folgte eine Bundestagswahl mit einem Regierungswechsel in Berlin. Damit veränderte sich ein wenig auch die Rolle – das haben wir hier alle gespürt – der Fraktionen hier im Hause. Die CSU verstand sich vielfach neben ihrer Mehrheitsrolle hier im Landtag auch als politische Opposition gegenüber der Bundesregierung in Berlin, und wir

wiederum waren nicht länger nur Opposition im Landtag, sondern irgendwie auch Teil von regierenden Parteien im Deutschen Bundestag. Damit ist uns zumindest eine neue, zusätzliche und wichtige Aufgabe zugekommen, nämlich die Verpflichtung, möglichst erfolgreich überall, wo wir das konnten, bayerische Interessen zu vertreten und in Berlin auch durchzusetzen, dies auch oft im Umfeld einer Oppositionshaltung der Mehrheitsfraktion hier im Hause. Ein wenig verkehrte Welt war das schon, was wir mitunter hier diskutiert haben.

Ich glaube, dass wir unserer Rolle als Anwalt Bayerns in Berlin gut und mit einigem Erfolg gerecht geworden sind. Ich nenne als Beispiele doch die Ergebnisse des Bundesverkehrswegeplans, der nach vielen Verhandlungen besser ausgestattet ist für Bayern als im ersten Entwurf, oder die enormen Forschungsmittel des Bundes, die nach Bayern fließen. Auch das darf man nicht vergessen. Zuletzt war es das Projekt Galileo, das in der Nähe von München Zukunftschancen und tausende von Arbeitsplätzen bringen wird.

Ich appelliere an die Mehrheitsfraktion hier im Haus und an die Bayerische Staatsregierung: Lassen Sie uns mit aller Macht, mit Ihrer und unserer, gemeinsam für Bayern arbeiten, zusammen, nicht gegeneinander.

(Beifall bei der SPD)

Daneben bleibt es unsere Aufgabe als Opposition – und davon war auch die zurückliegende Legislaturperiode geprägt –, die Kontrolle der Staatsregierung zu übernehmen. Dies umso mehr, weil sich die CSU-Fraktion hier im Haus so wie andere Mehrheitsfraktionen in anderen Parlamenten als Schutzmacht der Regierung versteht.

Umso wichtiger ist die Erfüllung der Aufgabe der Kontrolle der Regierung für die Oppositionsfraktion. Wir haben dafür gesorgt, dass Fehler der Regierung tatsächlich aufgedeckt und öffentlich gemacht wurden und dass das eine oder andere Mal personelle Konsequenzen gezogen wurden. Ich erinnere zum Beispiel an die LWS-Affäre, die durch Obersten Rechnungshof, Landtagsopposition und Medienberichterstattung öffentlich gemacht wurde und an die schwierige Bewältigung der BSE-Krise, die die Schwächen innerhalb von Staatsverwaltung und Staatsregierung offenbarte. Auch das Instrument der Untersuchungsausschüsse mussten wir einsetzen. Damit konnten wir einen Beitrag zur Transparenz und Stärkung der Demokratie leisten.

Es hat sich immer wieder gezeigt, dass parlamentarischer Wettbewerb um die beste Politik zum Erfolg für alle Bürgerinnen und Bürger beitragen kann. Das beste Beispiel dafür ist die Einführung des Konnexitätsprinzips, das wir als Verfassungsänderung am 21. September der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen werden. Nach jahrelangem Widerstand der Mehrheitsfraktion konnten wir dieses für die Kommunen wichtige Prinzip in diesem Jahr in diesem Hohen Haus endlich durchsetzen und uns am Ende sogar einstimmig darauf verständigen.

Ein weiterer positiver und neuer Beitrag zur Gestaltung von Politik bilden die Enquete-Kommissionen, in denen besonders intensiv und konstruktiv über Fraktionsgren-

zen hinweg an der Lösung von Zukunftsaufgaben gearbeitet wurde. Die gemeinsame Linie, die wir in der Föderalismusenquête gefunden haben, mündet mittlerweile in bundesweite Initiativen zur Stärkung der Länderparlamente und zur notwendigen klaren Kompetenzabgrenzung zwischen Europa, Bund und Ländern. Ich bin davon überzeugt, dass die notwendige Reform des Föderalismus in Deutschland ein zentrales Thema sein wird, das wir in der nächsten Legislaturperiode zu behandeln haben. Ebenso werden wir uns in den nächsten fünf Jahren leider mit wirtschaftlichen Problemen, regionalen Disparitäten in Bayern und mit Arbeitslosigkeit befassen müssen. Auch hier liegen weitreichende Reformvorschläge auf dem Tisch, angefangen von der Gesundheitsreform über die Modernisierung des Arbeitsmarktes bis hin zur Steuerreform. Auch in diesen Fragen gilt: Wir alle tragen Verantwortung. Wer aus partei- oder wahltaktischen Gründen blockiert, wird verlieren. Wenn wir aber die erkennbaren Probleme gemeinsam angehen und konstruktive Lösungsvorschläge tatsächlich umsetzen, werden wir als Politiker insgesamt in der Bevölkerung wieder an Ansehen und Vertrauen gewinnen.

Auch ich danke im Namen der Oppositionsfraktion und des ganzen Hauses allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Landtags, die uns bei unserer Arbeit so hilfreich und charmant begleitet und unterstützt haben.

(Beifall bei der SPD, bei Abgeordneten der CSU und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke den Medien für die kritische und auch wohlwollende Berichterstattung und Kommentierung. Ich erinnere an dieser Stelle an Frau Hilde Balke, die unvergessene Chronistin der bayerischen Landespolitik. Ich erinnere auch an Kollegen, die wir in den letzten Monaten für immer verloren haben: den Abgeordneten Horst Heinrich und den Kollegen Hölzl, an die schon erinnert wurde, aber auch an die langjährigen Fraktionsvorsitzenden von CSU und SPD, Ludwig Huber und Volkmar Gabert. Sie alle bleiben uns als engagierte Demokraten und als lebendige Parlamentarier in bester Erinnerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angeblich kommt jetzt die parlamentarische Sommerpause. Ich sage: Sommer ja, Pause sicher nicht. Deshalb kann ich realistischweise den meisten von Ihnen – zumindest denen, die wiederkommen wollen – keinen schönen, langen und erholsamen Urlaub wünschen – wenigstens nicht in Italien. Wenn Urlaub, dann dort, wo Deutschland am schönsten ist, nämlich zwischen Spessart und Karwendel, in Bayern und unter Bayern. Wie ich aus eigener Erfahrung weiß, ist das zwar manchmal nicht für alle und nicht immer erholsam. Es kann aber durchaus erfrischend und ein regelrechter Jungbrunnen sein. Das wünsche ich uns allen miteinander. Deshalb schließe ich mit dem Wunsch, dass wir uns alle miteinander nach dem Sommer in diesem Haus oder anderswo vom Wahlkampf unbeschadet und gesund wiedersehen. Ich wünsche denjenigen, die ausscheiden werden, dass es ihnen mit Gottes Segen gut ergehen möge. Herzlichen Dank für die kollegiale Zusammenarbeit, auch für den

Streit und die Kontroversen, die wir unter Demokraten ausgefochten haben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CSU und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Lieber Herr Kollege Maget, Sie haben Dank gesagt, Fraktionsbilanz gezogen und einen Ausblick gewagt. Das sind die wesentlichen Dinge, auf die es ankommt. Den Dank, den Sie an die Vizepräsidentin und an mich gerichtet haben, haben wir aufmerksam gehört. In diesem Hause wird ja häufiger kritisiert als gelobt und gedankt. Deswegen ist ein Dank immer sehr angenehm. Allerdings ist es auch gefährlich, wenn man ihn ganz wörtlich nimmt.

(Maget (SPD): Herr Vorsitzender, ich wollte Ihnen nicht schaden!)

Um weiteren Danksagungen vorzubeugen, greife ich wieder in meinen Zitatenschatz. Vauvenargues hat einmal gesagt: „Was man auch immer Gutes über mich sagen möge, man sagt mir nichts Neues.“

(Allgemeiner Beifall – Heiterkeit)

Ich betone noch einmal, ich habe mir das nicht zu eigen gemacht. Ich wollte nur präventiv tätig werden.

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Herr Präsident! Im Namen der gesamten Bayerischen Staatsregierung danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihre guten Wünsche. Natürlich schließen wir uns diesen Wünschen gerne an. Ich erwidere sie für das ganze Präsidium und für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gesamten Landtags.

Sehr geehrter Herr Präsident Böhm, nachdem wir uns fast 30 Jahre in diesem Hause ausgetauscht und kennen gelernt sowie politische und persönliche Freundschaft entwickelt haben, möchte ich dir ganz besonders für deine Arbeit als Landtagspräsident über zwei Legislaturperioden hinweg danken. Ich kann nur das wiederholen und bekräftigen, was gerade gesagt wurde und was alle empfinden, die dich kennen und deine Arbeit intensiv verfolgen konnten. Das sind im Besonderen die Abgeordneten, aber auch die öffentliche Hand und die Öffentlichkeit insgesamt. Mit deiner profunden Sachkenntnis und Souveränität, mit deiner ausgleichenden Art und deinem gelebten Humanismus hast du in allen Fraktionen hohes Ansehen erworben. Du hast unseren Bürgerinnen und Bürgern in deiner neunjährigen Amtszeit den Bayerischen Landtag sicherlich näher gebracht. Deswegen haben dich viele als „Bürgerlandtagspräsident“ oder gar als „Bürgerpräsident“ titulierte. Ich kann mich dem nur anschließen und möchte dir dafür ein ganz herzliches Dankeschön sagen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

In diesen Dank möchte ich natürlich auch die Vizepräsidentin, Frau Riess, und den Vizepräsidenten, Herrn Kollegen Ritzer, einschließen. Ich danke auch allen Kolle-

ginnen und Kollegen für die Arbeit im Hohen Hause, die Sie in den vergangenen fünf Jahren zum Wohle Bayerns geleistet haben.

Heute werden sowohl vom Landtagspräsidenten als auch vom Oppositionsführer und vom Ministerpräsidenten keine normalen Sommerworte gesprochen; denn wir stehen am Ende einer zum ersten Mal fünfjährigen Legislaturperiode. Natürlich ist es auch geboten, einen ganz kleinen Blick nach hinten zu werfen.

Ich glaube, dass sich die fünfjährige Legislaturperiode insgesamt bewährt hat. Die Verlängerung erlaubt mehr Kontinuität, und ich glaube, sie wird uns morgen und übermorgen als eine Selbstverständlichkeit erscheinen.

Der neue Landtag wird erheblich kleiner sein, aber er wird sicherlich nicht weniger effizient sein, und auf die Abgeordneten wird noch mehr zukommen, weil sich bisher die Arbeit auf 204 Abgeordnete verteilt hat, während es dann „nur“ 180 sein werden. Wir haben einen erheblichen Generationswechsel – über 50 Abgeordnete scheiden aus. Rund ein Viertel der Mitglieder werden damit dem nächsten Landtag nicht mehr angehören. Das ist außergewöhnlich, und ich hoffe, dass dieser Generationswechsel im Landtag insgesamt gelingen wird. Ich habe allerdings keinen Zweifel.

Deswegen gilt mein besonderer Dank natürlich allen ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte namentlich diejenigen besonders herausheben, die seit 1970, also seit über 30 Jahren in diesem Hause die Bevölkerung vertreten: Ludwig Ritter, Adolf Beck, Willi Müller und Hermann Leeb. Dies ist eine ganze Generation im Hause.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, fünf Jahre – eine lange, eine kurze Zeit. Wir hatten in den vergangenen fünf Jahren natürlich auch dramatische Krisen zu bewältigen. Ich nenne die wirtschaftliche Krise, die Strukturkrise, insbesondere nach dem weltweiten Börsentief bei den neuen Technologien; wir mussten aber auch auf existenzielle Katastrophen und Bedrohungen entschlossener reagieren. Einer der dramatischsten Einschnitte war auch für uns der 11. September des Jahres 2001. Auch heute kann sich niemand gegenüber den Gefahren des fanatischen Terrorismus in Sicherheit wiegen. Wir haben auf die BSE-Krise – wir jedenfalls – mit der Schaffung des Ministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz reagiert. Ich glaube, dass wir in einem Land, in dem ein Drittel der Landwirte Deutschlands zu Hause ist und das logischerweise von diesen Problemen am heftigsten betroffen war, insgesamt ein hohes Maß an Vertrauen in die gesunde Ernährung wieder hergestellt haben. Wir haben zwei Naturkatastrophen gemeinsam bewältigt: das Pfingsthochwasser 1999 und die Flutkatastrophe im letzten Sommer, die nicht nur die neuen Länder, sondern in besonderem Maße auch Bayern betroffen hat.

Wichtige Themen haben uns bewegt, die uns ganz besonders angehen. Die Pisa-Studie hat Bayern und der bayerischen Bildungspolitik insgesamt ein beachtliches

Zeugnis ausgestellt. Ich glaube, dass wir darauf auch mutig reagiert haben mit Strukturveränderungen der Hauptschule, mit der Veränderung der Realschule, mit der Einstellung von über 5300 neuen Lehrern zusätzlich zu den Einstellungen für alle ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrern. Dies ist sicherlich ein Kraftakt, der sich im föderalen Wettbewerb mehr als sehen lassen kann. Wir haben sicherlich auch ein hohes Maß an Investitionen in die Zukunftsfelder Bildung und Wissenschaft getätigt, und – dafür möchte ich Ihnen sehr herzlich danken – wir sind das Land, das in den letzten fünf Jahren, in dieser Legislaturperiode die jährliche Neuverschuldung um drei Viertel reduziert hat. Wenn man heute sieht, dass unser Land, das zweitgrößte Land in Deutschland, das Flächenland Nummer 1, in diesem Jahr weniger Schulden als das Saarland aufgenommen hat, dann zeigt dies auch die Seriosität unserer Finanzpolitik insgesamt.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen an diesem Thema weiterarbeiten; denn Nachhaltigkeit betrifft nicht nur den Umweltschutz – Nachhaltigkeit betrifft natürlich auch die Finanzpolitik. Selbstverständlich sind Schulden von heute letztendlich Steuern von morgen. Dies muss uns bei all unseren Handlungen immer bewusst sein.

Ich glaube, dass wir auch stolz sein können auf unser Land als Land der Kunst und der Kultur. Auch in den harten Zeiten des Sparzwangs hat sich Bayern herausgehoben mit einer Reihe von spektakulären oder auch nicht spektakulären Maßnahmen, Initiativen und Investitionen in die Kunst. Ich nenne in besonderer Weise die Pinakothek der Moderne, das Staatliche Museum für Kunst und Design in Nürnberg oder das Museum Sammlung Schäfer in Schweinfurt, nur Pars pro toto für viele andere.

Ich glaube aber, dass man Bayern nicht gerecht wird, wenn man nur auf Leistungen oder Entwicklungen alleine hinweist. Ich glaube, dass Bayern nicht nur Standort ist. Bayern ist für uns, für unsere Bevölkerung im hohen Maße auch Heimat. In Bayern besteht eine wesentlich höhere emotionale Bindung der Menschen an ihre Heimat als in anderen Teilen Deutschlands. Dies beweisen eine ganze Reihe von Umfragen.

Ich glaube, dass es wichtig ist, wer auch immer Verantwortung trägt, meine Damen, meine Herren: Immer muss die Balance gehalten werden zwischen diesem großartigen Kulturstaat Bayern mit seinen Kulturschätzen auf der einen Seite und mit der Modernität auf der anderen Seite, die das Land auszeichnen muss. Diese Balance ist nicht immer leicht zu halten. Ich glaube aber, sie ist uns in den letzten Jahren, auch in den letzten fünf Jahren dieser Legislaturperiode, die jetzt ausläuft, gelungen.

Meine Damen, meine Herren, eine Debatte wird uns morgen und übermorgen sehr tief bewegen – das ist die Debatte über die Veränderung Deutschlands in Europa, und das ist die intensive Debatte über unsere Staatsform, über den Föderalismus. Ich glaube, nicht zu viel Föderalismus blockiert Deutschland – im Gegenteil: Wir haben zu wenig föderalen Wettbewerb unter den Län-

dem. Förderaler Wettbewerb bringt Deutschland voran. Ich glaube, dass wir jetzt eine der ganz großen Chancen haben, ernsthaft nicht nur große Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme durchzusetzen, sondern ich glaube, dass wir auch eine in den letzten Jahrzehnten nie dagewesene große Chance haben, den Föderalismus neu zu beleben und neu zu justieren. Ich denke beispielsweise daran, dass die Ministerpräsidenten im März einmütig eine Weichenstellung vorgenommen haben, indem sie im Prinzip sagten: Wir schaffen im Grundgesetz die Rahmengesetzgebung ab; wir bleiben bei der konkurrierenden Gesetzgebung, aber jedes Land soll ohne Probleme die Möglichkeit haben, in der konkurrierenden Gesetzgebung eigene Regelungen zu treffen. Dies wird natürlich eine gewaltige Vielfalt ausmachen, wenn man das in der Tat so durchsetzt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auch zu einer Entscheidung kommen werden.

Wir sind in einer Situation, in der wir einen hohen Mitwirkungsföderalismus haben, aber die Zuständigkeiten der Landtage ganz erheblich kleiner geworden sind. Wir werden mit Sicherheit wieder ein Stück mehr Zuständigkeiten für den Landtag brauchen und meines Erachtens auch durchsetzen können, aber wir werden dazu auch bereit sein und bereit sein müssen, Artikel 84 zu ändern, jedenfalls das hohe Ausmaß an zustimmungspflichtigen Gesetzen etwas zu reduzieren, damit wir die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern wieder wesentlich stärker auseinanderhalten können. Das ist zum Wohle des Bundes, das ist zum Wohle der Länder, insbesondere Bayerns. Ich glaube, damit werden wir insgesamt in einem zusammenwachsenden Europa wieder handlungsfähiger.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen, meine Herren, sicherlich haben wir im Laufe der letzten fünf Jahre leidenschaftlich und in sachlicher und emotionaler Auseinandersetzung hier um unsere Positionen gekämpft. Trotzdem bin auch ich überzeugt: Bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen ist erkennbar geblieben, dass man sich gegenseitig respektiert und dass man der anderen Seite nicht absprechen wird, soll und darf, dass sie auch – mit einem anderen Ansatz – das Beste für unser Land will. Ich glaube, eines wird sich verändern, und eines hat sich verändert: Die Schwierigkeiten in unserem Lande sind so groß, dass die Menschen heute zu einem großen Teil die normale demokratische Auseinandersetzung und die sehr von Streit geprägte Debatte zwischen den Parteien und vor allen Dingen in den Parlamenten nicht mehr so akzeptieren, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Das ist auch ein Problem für die parlamentarische Auseinandersetzung. Das ist überhaupt ein Problem für die demokratische Auseinandersetzung; denn Demokratie braucht selbstverständlich die sachliche Auseinandersetzung, auch die emotionale. Wir haben aber solch große Schwierigkeiten in unserem Lande zu bewältigen – hier meine ich Deutschland –, dass es ein höheres Maß an Kooperationsbereitschaft geben muss, um die Probleme nicht noch tiefer in unser Mark wachsen zu lassen. Das wird sicher auch unsere Arbeit in den nächs-

ten Monaten und Jahren trotz eines gewiss sehr intensiven und leidenschaftlichen Wahlkampfes ganz erheblich prägen.

Meine Damen und Herren, der stabile demokratische Konsens in Bayern ist auch ein Verdienst der Berichterstattung in den Medien. Die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie hängt natürlich ganz entscheidend davon ab, dass die Bürgerinnen und Bürger objektiv informiert werden. Deshalb gilt mein Dank auch den Vertreterinnen und Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ich glaube, dass wir alle mit dazu beitragen sollten, dass wieder die Inhalte in den Vordergrund gerückt werden und nicht nur die Form und die Verpackung von Bedeutung sind.

Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts, des Stenografischen Dienstes und dem technischen Personal – den Kräften, die dafür sorgen, dass das Parlament auch in seinem äußeren Erscheinungsbild seinem Rang entspricht. Dafür herzlichen Dank!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gute Zeit. Sie wird sicherlich für die, die wieder in dieses Haus kommen wollen, und auch für diejenigen, die freiwillig ausscheiden, eine nicht ruhige Zeit werden. Zur Demokratie gehören aber natürlich auch die Auseinandersetzung und das Votum der Bürger und Bürgerinnen am 21. September. Ich freue mich auf ein Wiedersehen. Alles Gute, viel Glück und eine schöne Zeit!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Präsident Böhm: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auch Ihr Dank hat uns allen wohl getan. Ich erwidere ihn aufs herzlichste. Sie wären nicht Edmund Stoiber, wenn Sie nicht sich und uns gleich ein paar Hausaufgaben auf den Weg gegeben hätten, Stichworte Wettbewerbsföderalismus und Änderung des Grundgesetzes. Allerdings können wir von hier aus nicht unmittelbar ans Grundgesetz heran. Vielen herzlichen Dank! Dank ist immer ein Stück Erinnerung des Herzens. Wenn das Herz am Ende der Legislaturperiode zum Sprechen kommt, ist das auch ganz gut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass Sie in der Sommerpause genügend Zeit finden, sich zu entspannen und neue Kräfte zu sammeln.

(Allgemeine Heiterkeit – Zurufe)

– Herr Kollege Brunner, entspannen muss man sich gerade vor dem Wahlkampf.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall)

Man muss sich entspannen, Kräfte und neue Ideen sammeln. Ideen sind auch für den Wahlkampf gut. Für die meisten ist morgen nicht der Beginn eines wohlverdienten Urlaubs, sondern der Übergang in den Wahlkampf. Wahlkampf war mein Stichwort. Ich hoffe, Herr Kollege Maget verzeiht es mir, wenn ich meinen kurzen Urlaub

an der deutschen Ostseeküste und nicht zwischen Spessart und Karwendel verbringe.

(Maget (SPD): Zugestanden!)

Ich wünsche mir und uns allen, dass der Kampf in der Vorwahlzeit nicht allzu sehr im Mittelpunkt steht und dass die kommenden zweieinhalb Monate bis zum 21. September vom fairen Wettbewerb um die bessere Politik für unser Land geprägt sein mögen.

Ich möchte mit einem Satz schließen, den ich an den Anfang meiner ersten Antrittsrede 1994 gestellt habe:

„Das Volk spendet seine Gunst, nicht sein Vertrauen.“
Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen, auch im Namen der Vizepräsidenten, sowohl für Ihre Gunst als auch für Ihr Vertrauen, das Sie uns entgegengebracht haben. Wir drei Präsidenten haben uns in Ihren Reihen wohlgeföhlt.

Damit ist diese Sitzung und – entsprechend Ihrem vorher zum Ausdruck gebrachten Einverständnis – die Tagung geschlossen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Schluss: 13.44 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.07.2003 zu Tagesordnungspunkt 40: Antrag der Abg. Leichtle, Strasser, Güller u.a. (SPD) „Fördermittel für das Klinikum Augsburg“ (Drucksache 14/11593)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X		Grabmair Eleonore			
Appelt Dieter	X			Dr. Gröber Klaus		X	
Dr. Baumann Dorle	X			Guckert Helmut		X	
Beck Adolf		X		Güller Harald	X		
Dr. Beckstein Günther		X		Guttenberger Petra		X	
Berg Irlind	X			Haedke Joachim		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Dr. Hahnzog Klaus	X		
Biedefeld Susann	X			Hartenstein Volker	X		
Blöchl Josef		X		Hartmann Gerhard	X		
Bocklet Reinhold				Hausmann Heinz		X	
Böhm Johann		X		Hecht Inge			
Boutter Rainer	X			Heckel Dieter		X	
Brandl Max	X			Hecker Annemarie		X	
Breitschwert Klaus Dieter				Heike Jürgen W.		X	
Brosch Franz				Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Hirschmann Anne	X		
Christ Manfred		X		Hoderlein Wolfgang			
Deml Marianne		X		Hofmann Walter		X	
Dingreiter Adolf		X		Hohlmeier Monika			
Döbler Thomas	X			Huber Erwin		X	
Dodell Renate		X		Hufe Peter	X		
Donhauser Heinz		X		Jetz Stefan		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Dr. Kaiser Heinz	X		
Eck Gerhard		X		Kaul Henning		X	
Eckstein Kurt		X		Kellner Emma			
Egleder Udo	X			Dr. Kempfler Herbert		X	
Ettengruber Herbert		X		Kiesel Robert		X	
Prof. Dr. Eykmann Walter		X		Klinger Rudolf		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Kobler Konrad		X	
Dr. Fickler Ingrid		X		Köhler Elisabeth	X		
Fink Martin				König Alexander		X	
Fischer Herbert		X		Kränzle Bernd			
Förstner Anna-Maria	X			Kreidl Jakob		X	
Franzke Dietmar	X			Kreuzer Thomas		X	
Freller Karl		X		Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Gabsteiger Günter		X		Kuchenbaur Sebastian			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kupka Engelbert		X	
Gartzke Wolfgang	X			Kustner Franz			
Geiger Hermann	X			Leeb Hermann		X	
Glück Alois		X		Leichtle Wilhelm	X		
Görlitz Erika		X		Lochner-Fischer Monica			
Goertz Christine	X			Lode Arnulf		X	
Götz Christa		X		Loscher-Frühwald Friedrich		X	
Dr. Götz Franz	X			Lück Heidi	X		
Dr. Goppel Thomas		X		Prof. Männle Ursula			
Gote Ulrike	X			Maget Franz			
				Matschl Christa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Picker Rolf-Jürgen H.		X	
Pienßel Franz			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht			
Schmid Albert			
Schmid Berta			
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut			X
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schuster Stefan	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Dr. Simon Helmut	X		
Simon Hildegard	X		
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara			
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max	X		
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius			
Traublinger Heinrich		X	
von Truchseß Ruth	X		
Untertländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			
Voget Anne			
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Weber Manfred		X	
Weichenrieder Max		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg	X		
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zachert Klaus	X		
Zehetmair Hans		X	
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	72	94	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.07.2003 zu Tagesordnungspunkt 47: Antrag der abg. Gartzke u.a. (SPD) „Metropolregion Nürnberg und Trendszenarien der Raumentwicklung in Deutschland“ (Drucksache 14/12166)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		×	
Appelt Dieter	×		
Dr. Baumann Dorle	×		
Beck Adolf			
Dr. Beckstein Günther		×	
Berg Irlind	×		
Dr. Bernhard Otmar		×	
Biedefeld Susann	×		
Blöchl Josef		×	
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann		×	
Boutter Rainer	×		
Brandl Max	×		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brosch Franz			
Brunner Helmut		×	
Christ Manfred		×	
Deml Marianne		×	
Dingreiter Adolf		×	
Döbler Thomas	×		
Dodell Renate		×	
Donhauser Heinz		×	
Dr. Dürr Sepp			×
Eck Gerhard		×	
Eckstein Kurt		×	
Egleder Udo	×		
Ettengruber Herbert		×	
Prof. Dr. Eykmann Walter		×	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		×	
Fink Martin		×	
Fischer Herbert		×	
Förstner Anna-Maria	×		
Franzke Dietmar	×		
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		×	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	×		
Gartzke Wolfgang	×		
Geiger Hermann	×		
Glück Alois		×	
Görlitz Erika		×	
Goertz Christine	×		
Götz Christa		×	
Dr. Götz Franz	×		
Dr. Goppel Thomas		×	
Gote Ulrike			×
Grabmair Eleonore			
Dr. Gröber Klaus		×	
Guckert Helmut		×	
Güller Harald	×		
Guttenberger Petra		×	
Haedke Joachim		×	
Dr. Hahnzog Klaus	×		
Hartenstein Volker			×
Hartmann Gerhard	×		
Hausmann Heinz		×	
Hecht Inge			
Heckel Dieter		×	
Hecker Annemarie		×	
Heike Jürgen W.		×	
Herrmann Joachim		×	
Hirschmann Anne	×		
Hoderlein Wolfgang			
Hofmann Walter		×	
Hohlmeier Monika		×	
Huber Erwin		×	
Hufe Peter	×		
Jetz Stefan		×	
Dr. Kaiser Heinz	×		
Kaul Henning		×	
Kellner Emma			×
Dr. Kempfler Herbert		×	
Kiesel Robert		×	
Klinger Rudolf		×	
Kobler Konrad		×	
Köhler Elisabeth			×
König Alexander		×	
Kränzle Bernd			
Kreidl Jakob		×	
Kreuzer Thomas		×	
Dr. Kronawitter Hildegard	×		
Kuchenbaur Sebastian			
Kupka Engelbert		×	
Kustner Franz			
Leeb Hermann		×	
Leichtle Wilhelm	×		
Lochner-Fischer Monica			
Lode Arnulf		×	
Loscher-Frühwald Friedrich		×	
Lück Heidi	×		
Prof. Männle Ursula			
Maget Franz			
Matschl Christa		×	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Müller Willi		X	
Münzel Petra			X
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann	X		
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas			
Odenbach Friedrich	X		
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth			X
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Picker Rolf-Jürgen H.		X	
Pienßel Franz			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp		X	
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin			X
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann			
Scharfenberg Maria			X
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht			
Schmid Albert			
Schmid Berta			
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa			X
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schuster Stefan	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Dr. Simon Helmut	X		
Simon Hildegard	X		
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi			X
Stahl Christine			X
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara			
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund		X	
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna			X
Thätter Blasius			
Traublinger Heinrich		X	
von Truchseß Ruth	X		
Untertländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			
Voget Anne			
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Weber Manfred		X	
Weichenrieder Max		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zachert Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	59	96	13

Vorschlagsliste

für die Bestellung der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Zwischenausschusses

Die im Landtag vertretenen Fraktionen haben nachfolgende Personen als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder für den Zwischenausschuss benannt:

CSU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreterin/Stellvertreter
Alois Glück	Prof. Dr. Gerhard Waschler
Dr. Otmar Bernhard	Bernd Sibler
Dr. Ingrid Fickler	Eugen Frhr. v. Redwitz
Joachim Herrmann	Peter Schmid
Willi Müller	Christa Matschl
Manfred Ach	Franz Meyer
Adolf Dinglreiter	Eberhard Rotter
Prof. Dr. Walter Eykmann	Prof. Ursula Männle
Dr. Thomas Goppel	Herbert Ettengruber
Walter Hofmann	Manfred Weber
Henning Kaul	Hermann Leeb
Dr. Herbert Kempfler	Dr. Gerhard Merk
Siegfried Schneider	Barbara Stamm
Konrad Kobler	Otto Zeitler
Jakob Kreidl	Rita Schweiger
Friedrich Loscher-Frühwald	Günter Gabsteiger
Ludwig Ritter	Annemarie Hecker
Markus Sackmann	Stefan Jetz
Christl Schweder	Rudolf Klinger
Max Strehle	Heinrich Traublinger
Peter Welnhofer	Sebastian Kuchenbaur
Alfons Zeller	Manfred Christ
Eduard Nöth	Marianne Deml
Herbert Fischer	Heinz Donhauser
Dieter Heckel	Kurt Eckstein
Engelbert Kupka	Heinz Hausmann
Dr. Ludwig Spaenle	Robert Kiesel
Joachim Unterländer	Bernd Kränzle
Dr. Markus Söder	Dr. Helmut Müller
Thomas Kreuzer	Johann Neumeier
Franz Pschierer	Georg Winter

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreterin/Stellvertreter
Franz Maget	Christa Naaß
Wolfgang Hoderlein	Dr. Dorle Baumann
Harald Güller	Herbert Müller
Susann Biedefeld	Bärbel Narnhammer
Karin Radermacher	Udo Egleder
Johanna Werner-Muggendorfer	Gerhard Hartmann
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer	Inge Hecht
Wolfgang Gartzke	Peter Hufe
Dr. Heinz Kaiser	Heidi Lück
Dr. Hildegard Kronawitter	Hermann Memmel
Monica Lochner-Fischer	Friedrich Odenbach
Marianne Schieder	Gudrun Peters
Franz Schindler	Werner Schieder
Helga Schmitt-Bussinger	Dr. Manfred Schuhmann
Johannes Strasser	Christa Steiger
Joachim Wahnschaffe	Wolfgang Vogel
Ludwig Wömer	Rainer Volkmann

Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Mitglieder	Stellvertreterin
Christine Stahl	Elisabeth Köhler
Dr. Sepp Dürr	Ruth Paulig
Susanna Tausendfreund	Theresa Schopper

